Nr. 105. 25. Jahrg.

**Abonnements-Bedingungen:**
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

## Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Die Insertions-Gebühr**
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 6. Mai 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Der Freisinn für indirekte Steuern!

Die „Freisinnige Zeitung" gesteht in einem Leitartikel gleich der „Vossischen Zeitung" ein, daß sich bei der bevorstehenden Reichsfinanzreform auch der Freisinn bereit finden lassen werde, neue indirekte Reichssteuern zu bewilligen, obwohl sie selbst am Schlusse durchaus mit Recht darauf hinweist, daß zwar Länder wie England bedeutend höhere Erträge aus den Abgaben für Bier, Tabak, Alkohol zögen, daß aber Deutschland die Belastung dieser Gegenstände schon deshalb nicht erhöhen dürfe, weil ja der deutsche Konsument infolge der deutschen Schutzzollpolitik durch Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel, wie Fleisch und Brot, wahrlich schwer genug belastet sei. Obwohl, wie gesagt, die „Freisinnige Ztg." sich selbst theoretisch gegen neue indirekte Steuerlasten erklärt, erklärt sie sich doch unmittelbar vorher für neue indirekte Steuern! Nur hat sie nicht den Mut, rund heraus zu sagen, welche Konsumartikel nach ihrer Meinung in höherem Maße herangezogen werden könnten. Ueber diese wichtigste Frage setzt sie sich mit der faulen Ausrede hinweg, daß sich das „einstweilen noch nicht übersehen" lasse. Als ob sie nicht ganz genau wüßte, daß da in erster Linie der Branntwein, der Tabak und das Bier in Frage kommen. Aber wenn die „Freisinnige Zeitung" auch die Frage nach dem Wie noch schämig umgeht, so erklärt sie sich doch im Prinzip bereit, gemeinsam mit ihren konservativen und nationalliberalen Blockspießgesellen der großen Masse der Nichtbesitzenden durch neue indirekte Steuern mehrere hundert Millionen Mark jährlich abzuknöpfen! Denn daß es sich um die Deckung eines Defizits von mindestens 400 Millionen handelt, das gibt ja auch die „Liberale Korrespondenz" in ihrer neuesten Nummer unumwunden zu. Die indirekte Steuerschraube wird also derart angedreht werden, daß mehrere hundert Millionen dabei herausspringen!

Die „Freisinnige Zeitung" wagt die Tatsache des kolossalen und in den nächsten Jahren zweifellos noch gewaltig anwachsenden Defizits nicht zu bestreiten. Das kann sie ja nicht, da ja selbst Herr Paasche in der letzten Nummer des „Tag" erklärt hat, daß aller Voraussicht nach die zurzeit 4500 Millionen betragende Schuldenlast des Reiches sich binnen der nächsten fünf Jahre auf mindestens 6000 Millionen Mark erhöht haben würde. Aber gerade aus der ungeheuren Höhe des Reichsdefizits zieht die „Freisinnige Zeitung" den Schluß, daß durch direkte Steuern eine Mehreinnahme von jährlich 400 Millionen nicht zu schaffen sei. Weil aber die besitzenden Klassen durch direkte Steuern 400 Millionen mehr nicht aufbringen könnten, so bleibe nun einmal nichts anderes übrig, als zu indirekten Steuern zu greifen.

Wenn das Zentralorgan der Freisinnigen Volkspartei behauptet, 400 Millionen seien durch Erhöhung der direkten Steuern nicht aufzubringen, wenn es darüber stöhnt, daß ja schon jetzt der Steuerdruck — wohlgemerkt der direkten Steuern! — allgemein so schmerzlich empfunden werde, so mag es sich damit den Dank des Ausbeutertums und der besitzenden Klassen erwerben! Wie wenig aber die Behauptung der „Freisinnigen Zeitung" den Tatsachen entspricht, wollen wir hiermit beweisen. Wir wollen auf Grund der amtlichen Zahlen dartun, daß von den besitzenden Klassen sehr wohl 400 Millionen neuer direkter Steuern aufgebracht werden könnten. Wir wollen also nichts geringeres beweisen, als daß die freisinnige Taktik, das durch die Blockpolitik verschuldete Riesendefizit durch neue indirekte Steuern zu decken, nichts als einen **neuen freisinnigen Liebesdienst gegenüber den besitzenden Klassen** darstellt, und eine **neue skandalöse Auspowerung der besitzlosen Klassen!**

In Preußen brachten die physischen Zensiten mit mehr als 9500 M. Jahreseinkommen die Summe von 93 Millionen Mark Einkommensteuer auf. Wollte man diese hohen Einkommen auch nur einigermaßen gebührend zur Steuer heranziehen, so könnten sie in Gestalt einer Reichseinkommensteuer weitere 93 Millionen aufbringen. Sie würden dann im Verhältnis noch lange nicht so schwer belastet sein, wie die kleinen und mittleren Einkommen durch die indirekten Steuern belastet werden. Daß die besitzenden Klassen durch die bisherige direkte Besteuerung ganz unzulänglich zu den Staatslasten herangezogen werden, beweisen ja die Zahlen der Einkommen- und Vermögenssteuerstatistik. Denn wenn die Zahl der Zensiten mit mehr als 100 000 M. Einkommen im Jahre 1892 nur 1659 betrug, die 382 Millionen Einkommen versteuerten, dagegen im Jahre 1907 3561 mit 900 Millionen Einkommen, so ist das ein Beweis dafür, daß die besitzenden Klassen weit energischer zur Steuer herangezogen zu werden verdienen. Denn abgesehen davon, daß sich in den letzten 15 Jahren in Preußen nach dem Ausweis der amtlichen Einkommensteuerstatistik die Zahl der Millionäre mehr als verdoppelt hat, ist auch das Durchschnittseinkommen dieser Millionäre von 236 000 M. im Jahre 1892 auf 250 000 M. im Jahre 1907 angewachsen!

Wer es nicht als die Aufgabe unserer heutigen sozialen Ordnung ansieht, immer zahlreichere Millionäre mit immer höherem Einkommen heranzuzüchten, muß uns also unbedingt zustimmen in der Ansicht, daß die hohen und höchsten Einkommen bedeutend stärker herangezogen werden könnten. Wenn man die Einkommen von 9500 M. ab durch eine progressive Reichseinkommensteuer auch nur einigermaßen heranziehen wollte, ließen sich also allein aus dem preußischen Staatsgebiete leicht **runde 100 Millionen** aufbringen!

Aber auch die Ergänzungssteuer ließe sich in ähnlicher Weise für direkte Reichseinnahmen verwerten. Sie beträgt für Preußen zurzeit 44 Millionen. Wie unzulänglich diese Steuer ist, die bisher für Preußen von 100 M. Vermögen 5 Pfennige Vermögenssteuer forderte, beweist das **kolossale Anwachsen** der Vermögen in Preußen. Das steuerpflichtige Vermögen der Zensiten mit mehr als 3000 M. Jahreseinkommen betrug im Jahre 1902 53 222 Millionen Mark, im Jahre 1905 58 786 Millionen Mark. Das Vermögen der Steuerpflichtigen mit mehr als 3000 M. Jahreseinkommen hat sich also in drei Jahren um **5564 Millionen** vermehrt! Diese 5½ Milliarden Mark verteilten sich auf noch nicht 374 000 Personen! Im Durchschnitt vermehrte sich also das Vermögen jedes einzelnen Zensiten in den drei Jahren **um 15 000 Mark!** Wäre es da nicht ein Leichtes, eine progressive Reichsvermögenssteuer einzuführen, die allein von den preußischen Vermögen derer mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. das Anderthalbfache, ja das Doppelte einbrächte? Denn selbst wenn die 374 000 Zensiten in den drei Jahren das Doppelte der preußischen Vermögenssteuer, also insgesamt 240 Millionen, Reichsvermögenssteuer gezahlt hätten, würde der Vermögenszuwachs der **374 000 Personen** innerhalb dreier Jahre noch immer **5324 Millionen,** also pro Kopf **14 000 M.,** betragen haben!

Die Gelehrten der „Freisinnigen Zeitung" sehen, daß sich allein durch eine noch ganz bescheidene Erhöhung der Vermögens- und Einkommensteuer allein aus Preußen **180 Millionen für das Reich jährlich beschaffen ließen!** Nehmen wir dazu noch eine Erbschaftssteuer, die wirklich diesen Namen verdiente, so ließen sich mühelos **weitere 200 Millionen** aus dem Reiche aufbringen. Bringt doch Frankreich jährlich an Erbschaftssteuern 250 Millionen, England gar 350 Millionen Mark auf! Die „Freisinnige Zeitung" sieht also, daß man gar kein Finanzgenie zu sein, sondern nur das ernstliche Bestreben zu besitzen braucht, die Lasten auf die leistungsfähigen Schultern zu legen, um aus direkten Steuern das Reichsdefizit zu decken!

Aber die Freisinnige Volkspartei, wie überhaupt der Freisinn, ist ja keine Vertretung der nichtbesitzenden Klassen, sondern ebenso gut wie der Nationalliberalismus und Konservatismus der Sachwalter des Kapitals, der besitzenden Klasse, der Ausbeuterinteressen. Deshalb drückt er beide Augen zu, um nicht den Ueberfluß der Reichen zu sehen. Er hält es gleich dem erstbesten Krautjunker oder Scharfmacher mit dem Satze, daß denen, die da haben, gegeben werden, daß hingegen denen, die nichts haben, rücksichtslos **genommen** werden müsse. Deshalb verficht er den Standpunkt, daß das Reichsdefizit hauptsächlich durch neue indirekte Steuern gedeckt werden muß!

Wäre es anders, so wäre ja der Freisinn niemals der Blockbrüderschaft und der Gunst der Regierung, dieses Ausschusses der herrschenden und regierenden Klassen, gewürdigt worden!

## Der Fall Behrens

macht dem Gewerkverein christlicher Bergleute, dessen Generalsekretär der Herr ist, schwere Pein. Wenn auch die Konferenz der Gewerkvereinsangestellten und Vorstandsmitglieder dem Herrn Behrens das Vertrauen ausgesprochen hat, die Meinung der Arbeiter ist eine andere.

In der Not frißt der Teufel Fliegen, weshalb sollten die in der Patsche sitzenden Gewerkvereinschristen weniger wählerisch sein! Damit die empörten Mitglieder von dem Fall Behrens abgelenkt würden, greift die Gewerkvereins- und Zentrumspresse begierig nach dem „Stoff", den ihr einige vom Bergarbeiterverband ausgeschlossene Krakeeler darbieten. Wegen gröblicher Verdächtigung ihrer Verbandskollegen sind die früheren Verbandsangestellten Spaniol und Heinen und das Mitglied Brodam vom Verbandsvorstand auf Grund des Statuts ihrer Mitgliedschaft für verlustig erklärt worden.

Gegen Heinen erhob der Verbandsvorstand wegen schwerer Verdächtigung der Verbandsleitung (Unterschlagung usw.) gerichtliche Klage. Heinen wurde, weil er den Wahrheitsbeweis völlig schuldig blieb, vom Schöffengericht in Steele verurteilt. Der Verurteilte legte Berufung ein, drohte in einem von der Zentrums- und Reichsverbandspresse veröffentlichten Artikel der Verbandsleitung niederschmetternde Enthüllungen an — und im Berufungstermin erschien weder Heinen noch sein Anwalt!

Was er nicht wagte, vor Gericht unter Beweis zu stellen, weil es rein aus den Fingern gesogen ist, das und noch tollere Schwindeleien dazu haben dann Heinen und seine Spießgesellen Spaniol und Brodam in einer von ihnen einberufenen Versammlung vorgetragen. Dieses unsinnige Zeug, das, soweit es anscheinend substantiiert ist, vor dem Steeler Gericht schon als Unwahrheit und krankhaftes Phantasieprodukt festgestellt wurde, haben sich Berichterstatter des christlichen Gewerkvereins, auch nicht einmal richtig, notiert und überschwemmen mit diesen handgreiflichen Verleumdungen gegen den Bergarbeiterverband die Presse. Um den bösen Fall Behrens in Vergessenheit zu bringen, haben, koste, was es wolle, die braven Gewerkvereinschristen auch ein Flugblatt, zwar überschrieben „Der Fall Behrens", aber enthaltend die von Spaniol und Genossen gegen die Verbandsleitung geschleuderten unsinnigen Verleumdungen, herausgegeben. Den „christlichen Brüdern" und allen Zeitungsredaktionen, die gleichfalls den von Verleumdungen strotzenden Versammlungbericht publizierten, wird der Strafrichter Gelegenheit geben, den Wahrheitsbeweis zu liefern. Der Verbandsvorstand wird unnachsichtlich gegen die Verleumder und Verbreiter der Verleumdungen vorgehen!

Was in dem Versammlungsbericht und in dem Christenflugblatt wiedergegeben wird, ist einerseits so hanebüchen erlogen, daß man sich die Verlegenheit der Gewerkvereinsleute über ihren Fall Behrens danach vorstellen kann, und ist andererseits schon gerichtlich als Unwahrheit entlarvt. Wäre die Entrüstung der Arbeiter über das Verhalten des Abg. Behrens nicht so groß wie es tatsächlich ist, dann würden die Gewerkvereinsleiter nicht zu dem verzweifelten Mittel gegriffen haben, sich zu Verbreitern der gerichtlich festgestellten Verleumdungen zu machen. Das dicke Ende wird nachfolgen.

Einstweilen liegt schon eine deutliche Antwort der Bergleute auf den Versuch der Behrensfreunde vor, die Bergleute gegen den Bergarbeiterverband mobil zu machen durch Verbreitung der gedachten Verleumdungen. Am vergangenen Sonnabend fanden in Körne-Wambel und in Mengede knappschaftliche Aeltestenwahlen statt. Emsig haben die „Christen" agitiert mit den „sensationellen Enthüllungen" der Spaniol und Gen. Der Erfolg war folgender: In Wambel-Körne erhielten die Verbandskandidaten 100—106, die „Christen" nur 23 Stimmen! In Mengede (einem „schwarzen" Sprengel) erhielten die Verbandskandidaten 219—222, die Polen 204 und die „Christen" nur 37 bis 40 Stimmen! Diese „glänzende" Niederlage der Gewerkvereinschristen war die erste Arbeiterantwort auf den Fall Behrens. An weiteren solchen „Erfolgen" werden die Behrensfreunde keinen Mangel leiden. —

## Die „Diener des Herrn".

Kein Berufsstand versteht in gleichem Maße nach außen das Dekorum zu wahren und sich den Anschein strengster Pflichterfüllung ohne Rücksicht auf irdische Schätze zu geben, wie die „Diener des Herrn". Sind aber die Gottesdiener ungestört unter sich, ist von ihrer Ergebenheit in Gott und der Besorgtheit um das Wohl der ihnen anvertrauten Seelen wenig zu verspüren. Den Inhalt ihres Gesprächs bilden dann meist Klagen über die Widersetzlichkeit des Gemeindekirchenrats, die Unzulänglichkeit der Pfarrgehälter oder auch über die Zänkereien zwischen den Amtsbrüdern. Selbst in den evangelischen Pfarrblättern erscheint der Pfarrer in einem ganz anderen Licht, als ihn sich ein naives Publikum vorgestellt. Nicht die Sorge um das Seelenheil der Schäflein, sondern um die Erhöhung der Gehälter und Sporteln bewegt dort die pfarrherrlichen Herzen.

Recht interessant ist in dieser Hinsicht eine Erzählung mit dem Titel „Zu den Berliner Anträgen" (gemeint sind die Anträge auf Gleichstellung der Pfarrer in derselben Gemeinde) in Nr. 8 des „Pfarrervereins", des von einem Pastor Pasche redigierten Organs der evangelischen Pfarrervereine von Brandenburg, Berlin, Pommern, Sachsen, Nassau, Westpreußen, Posen usw. An Stelle seines sonstigen Leitartikels bringt das Blatt eine niedliche Schilderung, in der erzählt wird, wie der Pfarrer „Selberesser" in Oberpapstheim in der Kirche eine schöne Predigt gegen den Eigennutz hält, dann nach seiner Amtswohnung geht, dort einen Brief des Konsistoriums mit der Ankündigung findet, daß in Oberpapstheim eine zweite Pfarrstelle errichtet werden solle, und nun folgendes Selbstgespräch führt:

„Wenn jetzt der neue Bruder kommt, habe ich vor allem meine brüderlichen Vorrechte zu wahren, um nicht Schaden zu leiden nach Stellung und Einkünften. Zu dem Zweck muß ich die Stellung des neuen Bruders möglichst zu einer hülfspredigerartigen herunterdrücken. Darum habe ich mich auch schon gar nicht bemüht, mehr als das Minimalgehalt für die nun leider gegründete neue Stelle herauszuschlagen. Ist der neue Bruder nun nicht zufällig ein Millionär, so kann er schon gesellschaftlich nicht mit mir konkurrieren. Jetzt gilt es noch, seine Dienstnachweisung möglichst günstig für mich zu gestalten. Das freilich wird sich heutzutage nicht mehr machen lassen, daß er, wie anderwärts vom Diakonus noch geschieht, in meinen Gottesdiensten die Liturgie lesen muß. Aber wenigstens will ich alle oder doch fast alle Hauptgottesdienste haben. Ihm die Nebengottesdienste!"

Zwar fürchtet der Herr Pfarrer Selberesser, daß ihm ein Justizrat im Gemeindekirchenrat Opposition machen werde; doch er tröstet sich damit, daß in Berlin (Mandarinenburg) alte Konsistorialräte sitzen, die sich bei ihrem Dünkel packen lassen, und er philosophiert deshalb weiter:

„Halt, ich weiß es. Sollte sein Antrag durchdringen, dann reise ich einfach nach Mandarinenburg und bearbeite die Konsistorialräte, daß dies nicht sein dürfe. Denn wenn meine Stelle, wie doch wahrscheinlich wäre, einmal mit einem Superintendenten besetzt würde, dann dürfte der doch unmöglich aller Vorrechte vor dem Amtsbruder am Ort ermangeln. Die kirchenregimentlichen Krähen da oben werden dann schon der eventuellen ephoralen Mitkrähe — ha, ha

cornix epiloralis eventualis — kein Auge aushacken. So eine Dienstnachweisung wird nicht genehmigt. Und dann, wenn der neue Bruder möglichst subaltern gehalten wird, dient seine Hoffnung auf ein späteres Einrücken in die erste Stelle dem Konsistorium gewissermaßen als ein Nasenring, um ihn möglichst unterwürfig zu halten."

Die zweite Pfarrstelle wird also in Oberpapstheim eingerichtet — und sofort bricht zwischen den beiden geistlichen Hirten der Kampf um die Futterkrippe los. In dem „Pfarrerverein" heißt es darüber:

„. . . Als Bruder Hungerleider nun wirklich als Diakonus und zweiter Geistlicher in Oberpapstheim stand, klagte Bruder Selbstesser denn doch oft Stein und Bein über des Amtsbruders unbrüderliches, ränkevolles Wesen und sehnte die Zeiten seines Alleinwirkens zurück. Die ganze Gemeinde nahm ja Anstoß an den ewigen Zwistigkeiten. Doch tröstete er sich oft fromm und ergeben mit dem teuren Gottesmann Paul Gerhardt, der als Probst in Mittenwalde ja auch an einem bösen Unterbruder gelitten habe, und seine Freunde gaben ihm Recht."

Nach langen Jahren stirbt endlich der alte Selberesser, und sein Bruder im Seelsorgeramte, der Diakonus „Hungerleider", rückt zum ersten Pfarrer auf. Nun behandelt dieser wieder den zweiten Pfarrer in genau derselben Weise:

„Und als — endlich, endlich — Bruder Selberesser gestorben war, da rückte Bruder Hungerleider in die erste Stelle auf. Da predigte er eines Sonntags im Hauptgottesdienst ebenso warm und eindringlich wie einst der selige Vorgänger über Phil. 2, 5 ff. Und nach der Predigt warf er sich auf seiner Studierstube in den Sessel und hielt sich selber folgende kurze, aber ergreifende Ansprache:

„Jetzt ist bald die Wahl des neuen Diakonus. Es ist doch eine unerquickliche Stellung. Das merke ich jetzt erst, wieviel angenehmer das Amt des Oberpfarrers ist. Es ist wirklich nicht zu verlangen, daß ich nach all den unangenehmen Jahren, die ich durchgemacht habe, jetzt auf den Lohn meiner Mühe und meines Wartens verzichte. Ich will auch mal was davon haben, erster Geistlicher zu sein."

Die Erzählung liest sich wie eine blutige Verhöhnung der Amtstätigkeit der „Diener im Herrn"; aber sie steht im offiziellen Organ der evangelischen Pfarrervereine, das von Pfarrern geschrieben wird, die sicherlich die schöne Seele ihrer Amtsgenossen kennen. —

## Die Gemeindewahlen in Frankreich.

Paris, 4. Mai. (Eig. Ber.)

Das gestrige Wahlresultat hat die Eigentümlichkeit, daß es — im ganzen genommen — alle Parteien wirklich, nicht nur dem Vorgeben nach, zufriedengestellt hat. Die Regierung verzeichnet die Zunahme der radikalen Gemeindevertretungen, die klerikale und nationalistische Opposition stellt fest, daß sie ihre wichtigsten Positionen mit verstärkten Mehrheiten behauptet hat und die Sozialisten dürfen mit Genugtuung darauf hinweisen, daß der gegen sie von allen bürgerlichen Parteien geführte Vernichtungskrieg damit geendet hat, daß wohl einige bisher von sozialistischen Mehrheiten verwaltete große Provinzgemeinden — Toulouse, Brest, Limoges und Dijon — und auch diese wohl nur infolge lokaler Zwischenfälle der geeinigten Partei entrissen worden sind, daß aber diesen Verlusten der Gewinn von Nimes und besonders die in der Stichwahl verbürgte Eroberung von Bourges entgegensteht und daß der industrielle Norden, wie die Bergwerksbezirke des Pas-de-Calais, von Monteau-les-Mines und Carmaux dem Sozialismus die Treue bewahrt haben.

Auch mit dem Resultat von Paris zu prunken, hat die Regierung nicht den geringsten Anlaß. Wären die Sozialisten wirklich, wie die sozialreaktionäre Presse — bis zur radikalen — täglich den Wählern erzählt hat, Vaterlandsverräter, so stände es um die Republik Frankreich wirklich schlecht. 102 000 Stimmen sind gestern in der Stadt Paris für die Kandidaten der geeinigten Partei abgegeben worden, weitere Zehntausende in der von Arbeitern bewohnten Bannmeile. Gibt es wirklich soviel „Antipatrioten"? Denn die bürgerliche Presse wird nicht bestreiten können, daß gestern nicht eine Stimme für die Sozialisten von Wählern abgegeben worden ist, die sich dieses Bekenntnisses zu den sozialistischen Zielen nicht bewußt waren. Gestern ist die Probe, wieviel internationale Sozialisten in Frankreich sind, ganz rein, mit Ausschaltung aller begünstigenden Umstände, gemacht worden. Kein Mitläufer, kein Blockdemokrat hat für die verleumdete, von der ganzen bürgerlichen Meute gehetzte Partei gestimmt. Und dennoch, weit entfernt davon, „vernichtet" zu sein, halten die geeinigten Sozialisten ihre alten Stellungen in den proletarischen Bezirken fest und sammeln in vielen anderen, zum erstenmal von der Partei betretenen, eine Kerntruppe von Arbeiterwählern.

Nicht soll etwa geleugnet werden, daß auch das Pariser Wahlbild für die Partei einige dunkle Punkte zeigt. Im Quartier von Picpus steht der bisherige Vertreter Genosse Fribourg in einer recht unsicheren Stichwahl mit einem Radikalsozialisten. Er hat wohl fast 900 Stimmen gegen das letztemal gewonnen, aber das ehemals ganz proletarische Quartier hat infolge vieler Neubauten auch einen starken Zustrom bürgerlicher Bewohner erhalten. In Stichwahl stehen noch die früheren Gemeinderäte Genosse Weber im 11. Arrondissement, Deslandres im 13., Brunet im 17., Dherbecourt im 18. (im Viertel Clignancourt; die Partei hat hier gegen 1904 3500 Stimmen gewonnen), Marchand im 20. Wiedergewählt sind 6 Genossen.

Ein Ziffernvergleich mit früheren Wahlen ist nicht möglich. Das letzte Mal waren noch die „unabhängigen" Sozialisten mit der Partei vereinigt und außerdem stimmten viele bürgerlich-radikale Wähler schon im ersten Wahlgang für die sozialistischen Kandidaten. Die 1904 derart errungene Stimmenzahl betrug 150 000. Die „Unabhängigen" haben diesmal 44 000 erhalten. Unter ihnen befindet sich auch der „Possibilist" Heppenheimer, der bis in die letzte Zeit der Partei angehört hat. Wenig rühmlich für die Wählerschaft sind die 1500 Stimmen, die Herr Gerôme Lévy, ein junger, sehr kapitalkräftiger Streber, der sich in den Ministerien herumgedrückt hat und nach seinem Hinauswurf vergeblich an die Partei anzubiedern suchte, im 10. Arrondissement erhalten hat. Sie zeigen, wie viel man in der scheinbar politisch so geweckten Stadt noch mit den gemeinsten Mitteln der Korruption ausrichten kann. Ein Wahlkuriosum, das auch unter dem Posten des „unabhängigen Sozialismus" zu buchen ist, war die „Kandidatur" einer jungen Dame, Frl. Lalos, im galanten Viertel St. Georges. Die Sache war so wenig ernst, wie der französische „Feminismus" überhaupt. Das Fräulein bekam übrigens an 1000 Stimmen, die für ungültig erklärt wurden.

Nicht unerwähnt soll auch eine andere Merkwürdigkeit dieser Wahlkampagne sein: eine „syndikalistische" Kandidatur. Der Sekretär der Elektrizitätsarbeiter Pataud forderte auf zahllosen Plakaten die Wähler aller Arrondissements auf, für ihn zu stimmen, zum Protest gegen die kapitalistische Korruption des früheren Gemeinderats. Der Aufruf war mit seiner Pauschalanklage nicht eben schmeichelhaft für die sozialistischen Gemeinderäte, indes griff Pataud als Redner nur dort in die Agitation ein, wo sich die Stützen der alten schlechten Gemeindewirtschaft um die Wiederwahl bewarben. Es heißt, Pataud habe seine Kandidatur nur darum überall angemeldet, um in allen Versammlungen der kapitalistischen Parteien zum Wort kommen zu können. Die „Humanité" hat sich über die Generalkandidatur Patauds nicht geäußert, aber von einigen seiner Versammlungsaktionen mit Sympathie berichtet. Die Stimmenzahl, die Pataud gestern vereinigte, war sehr geringfügig. Am größten war sie im Viertel der Münze, wo sie 142 betrug, während der Kandidat der Partei 503 bekam. Im übrigen kann man behaupten, daß der größte Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft sozialistisch gestimmt hat.

Nach den amtlichen Ziffern sind die Radikalen in Paris gestern von 89 000 Stimmen bei der letzten Wahl auf 133 000 gestiegen, die Monarchisten und Nationalisten von 148 000 auf 103 000 gefallen. Aber diese Statistik sieht davon ab, daß es Sorten von „Radikalismus" gibt, die man vom echtesten „Nationalismus" schwer unterscheiden kann und Sorten von Nationalismus, die an Regierungsfrommheit nichts zu wünschen übrig lassen.

Der Ausfall der Gemeindewahlen bedeutet einen Sieg der Regierungspolitik in dem Sinn, daß die von Clemenceau gewünschte Vereinigung der Republikaner gegen die Sozialisten anscheinend von den Massen der radikalen Kleinbürger auch gewünscht wird. Damit ist aber auch die Hoffnung auf die Durchführung der auf dem radikalen Programm stehenden Reformen dahin. Nicht die „Republik" hat gestern gesiegt, sondern die kapitalistische Republik. Der Clemenceau neuen Stils triumphiert über den des alten.

## Aus dem Wahlkampf.

### Wer nicht rot wählt, wird boykottiert!

So überschreibt die „Deutsche Tageszeitung" eine Notiz, in der sie mitteilt, daß ein Parteigenosse in einer Versammlung allen kleinen Geschäftsleuten, die von der Kundschaft der Arbeiter abhängig sind, eine genaue Ueberwachung ihrer Abstimmung angekündigt hat und den Boykott arbeiterfeindlicher Geschäftsleute in Aussicht stellte. Deshalb schreit das Bündlerorgan über sozialdemokratischen Wahlterrorismus. Wer in einem Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen! Weshalb halten denn die Reaktionäre so an der öffentlichen Wahl fest, wenn sie nicht die Absicht haben, die Abstimmung jedes einzelnen genau zu kontrollieren? Wollen sie etwa behaupten, daß sie diese Kontrolle nur deshalb üben, um sich über die Wahlfreiheit zu freuen? Wer von den Gegnern abhängig ist, der muß so wählen, wie diese es von ihm verlangen. Das haben die Herrschaften bisher ganz in der Ordnung gefunden, und wenn nun unsere Genossen sich die Leute etwas genauer ansehen, die von den Groschen der Arbeitermassen leben, so ist das ihr gutes Recht. Sie wollen keinen Menschen zwingen, sozialdemokratisch zu wählen, aber es ist doch ganz selbstverständlich, daß sie einen Geschäftsmann, der zu ihnen gehört, lieber geschäftlich unterstützen als einen Schleppenträger der Reaktionäre. Wollen die Bündler eine Kontrolle der Wähler darüber, wie sie abstimmen, verhüten, dann brauchen sie nur dafür zu sorgen, daß die geheime Wahl eingeführt wird! Dazu sind sie aber nicht zu haben, weil sie eine genaue Kontrolle üben wollen; wenn nun aber die Arbeiter das gleiche tun, dann erdreistet sich die bündlerische Presse von sozialdemokratischem Wahlterrorismus zu reden! —

### Der Freisinn in Königsberg.

Der vereinigte Liberalismus in Königsberg hat den Wählern als Kandidaten den Geh. Justizrat Dr. Krause neben den Freisinnigen Pachnicke und Gyßling empfohlen. Herr Krause hat sich im Landtag für ein abgestuftes Wahlrecht erklärt und das hat unsere Genossen veranlaßt, an den Mitkandidaten Gyßling in sehr höflicher Form die Anfrage zu richten, wie er zu den reaktionären Plänen des Herrn Krause stehe. Auf die höfliche Anfrage hat Herr Gyßling in sackgrober Weise mit folgendem Brief geantwortet:

Berlin, 3. 5. 08. Sehr geehrter Herr! Auf Ihr Schreiben vom 30. April d. J. erwidere ich ergebenst, daß ich angesichts der Kampfesweise der Königsberger Sozialdemokratie in Wort und Schrift gegen die Freisinnige Volkspartei und gegen meine Person es ablehnen muß, dem sozialdemokratischen Wahlkomitee eine Erklärung abzugeben. Hochachtungsvoll Gyßling, Justizrat.

Diese Antwort ist echt freisinnig! Es wäre doch dem Herrn Gyßling eine Kleinigkeit gewesen, zu sagen, wie er zum Wahlrecht steht. Wenn er wirklich ein ehrlicher Anhänger des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts ist, dann mußte er sogar mit Vergnügen die Gelegenheit ergreifen, dies seinen Gegnern mitzuteilen. Statt dessen hat er es vorgezogen, den Gekränkten zu spielen, der Sozialdemokraten — denen man sonst doch zumutet, Freisinnige zu wählen — überhaupt keine Auskunft gibt. Das legt die Vermutung nahe, daß auch Herr Gyßling zu den Freisinnigen gehört, die die Forderung nach einem freien Wahlrecht nur als Aushängeschild benützen. Es steht also die Tatsache fest, daß Herr Gyßling einer Beantwortung der Frage, wie er zum Wahlrecht stehe, in sehr verdächtiger Weise aus dem Wege gegangen ist. —

### Politik und Kirche.

Wählt katholisch! Das ist die Aufforderung, die die Zentrumspresse mehr oder minder offen an die Wähler richtet und damit die konfessionelle Ueberzeugung zu politischen Bestrebungen mißbraucht, geistigen Wahlterrorismus ausübt. Die ultramontane Presse veröffentlicht einen Wahlaufruf des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei, in dem es u. a. heißt:

„Der rheinische katholische Bauer kann nicht dazu mitwirken, daß der Katholizismus in der preußischen Ostmark mehr und mehr mit staatlichen Mitteln zurückgedrängt wird, wie es die Wirkung der neuen Ausnahmegesetze gegen die Polen ist."

Demnach führt das Zentrum den Kampf gegen die Ausnahmegesetze nur aus kirchenpolitischen Interessen. Den Gläubigen wird es zur Pflicht gemacht, katholisch, das heißt zentrümisch zu wählen. Wer das verabsäumt, wählt sich in die Hölle hinein.

### Wie der Freisinn das Wahlrecht achtet.

In der schleswig-holsteinischen Stadt Tönning hatte bis vor Jahresfrist jeder, der 660 M. Einkommen versteuerte, das Bürgerrecht. Im Herbst 1906 betrieb zum erstenmal die sozialdemokratische Arbeiterschaft eine energische Agitation zur Stadtverordnetenwahl und es gelang ihr, zwei Mandate zu erringen. Infolgedessen setzte im Juni 1907 die freisinnige Stadtverwaltung den Wahlzensus auf 1500 Mark herauf, womit natürlich die Arbeiterschaft ein für allemal vom städtischen Parlament ausgeschlossen ist. — Tönning gehört zum 4. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreise, wo dem Freisinn das Reichstagsmandat durch die Wahlhülfe der Sozialdemokraten verschafft worden ist. Uebrigens gehört der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Leonhart zu den Männern, die ihren sozialdemokratischen Wählern bestimmte Versprechungen in Sachen des Wahlrechts und des Koalitionsrechts gemacht und diese dann beim Vereinsgesetz gebrochen haben.

Im selben Monat des vorigen Jahres beantragten die Sozialdemokraten im Chemnitzer Stadtverordnetenkollegium die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an Stelle des Berufswahlrechts, das den Arbeitern nur neun Sitze gibt. Der Antrag wurde natürlich abgelehnt, nachdem ein Freisinniger, Vorstandsmitglied der „entschieden" freisinnigen Organisation in Chemnitz, die Vorzüge des Berufswahlrechts nachdrücklich gepriesen hatte!

Merkt's Euch, Proletarier!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Mai 1908.

### Geldverschwendung für Dampfersubventionen, Kolonialbahnen und Ostmarkenprämien.

Nach Genehmigung einiger internationaler Verträge trat der Reichstag in die zweite Beratung der Dampfersubventionen ein. In der Kommission war nur mit knapper Mehrheit (14 gegen 13 Stimmen) die Regierungsvorlage angenommen worden. Nunmehr hatte die Wirtschaftliche Vereinigung den Antrag eingebracht, statt 500 000 M. nur 230 000 Mark zu bewilligen, um die geplante Einrichtung einer Anschlußlinie von Singapore nach Neuguinea in Fortfall kommen zu lassen. Dieser Antrag fand die Unterstützung der Konservativen und des Zentrums, wodurch seine Annahme gesichert wurde. Nur die Freisinnigen und Nationalliberalen traten unentwegt für die Regierungsforderung ein; doch gab selbst Herr Gothein zu, daß die Regierung eine Lektion verdiene, weil sie auch diese Vorlage erst unmittelbar vor Torschluß eingebracht hatte. Die Sozialdemokratie, für die Noske und Molkenbuhr das Wort nahmen, lehnte sowohl die größere wie die kleinere Summe rund ab, versuchte aber im Interesse der Seeleute eine Bestimmung in den Vertrag mit dem Norddeutschen Lloyd hineinzubringen, daß für die ausgehenden Dampfer eine Bemannungsskala festgestellt und die Anmusterung einer genügenden Anzahl weißer Mannschaften bei der Ausfahrt zur Bedingung gemacht würde. Ein zweiter sozialdemokratischer Antrag verlangte die Aufhebung des § 26 des Vertrages, der den subventionierten Schiffen verbietet, Lebensmittel nach Deutschland einzuführen. Beide Anträge wurden abgelehnt. Angenommen wurde gegen die Sozialdemokratie die Subventionserhöhung von 230 000 M.

Dann kamen die fünf Kolonialbahnen an die Reihe; für deren Bewilligung sich die Kommission mit Ausnahme der Sozialdemokratie erklärt hatte. Es stellte sich heraus, daß die Mehrheitsparteien ein Abkommen getroffen hatten, über diese Vorlage, die dem Deutschen Reich in dieser Zeit der Krise eine finanzielle Verpflichtung von rund 150 Millionen Mark aufbürdet, überhaupt kein Wort zu reden, sondern die Bahnen selbst sowie den verzwickten Finanzierungsplan ohne Versuch der öffentlichen Rechtfertigung im Reichstag anzunehmen. Als Ledebour, der die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie begründete, dieses Schweigegelöbnis geißelte und diese Art der parlamentarischen Geschäftsführung, die am krassesten bei dem Vereinsgesetz zutage getreten war, einen Skandal nannte, fuhr der Präsident Graf Stolberg mit einem Ordnungsruf dazwischen.

Dann wurde die 150 Millionen-Belastung unter dem Jubel der Mehrheit gegen die Sozialdemokratie im Ramsch angenommen.

Zu einer Debatte kam es dann wieder bei der zweiten Lesung der Ostmarkenzulage. Den Freisinnigen waren Bedenken aufgestiegen wegen ihrer unbedingten Zustimmung in der ersten Lesung. Sie hatten einen Antrag eingebracht, der die Unteroffiziere von der Ostmarkenzulage ausschließt und dementsprechend die Gesamtsumme von 300 000 M. auf 91 000 M. reduziert. Herr Pachnicke begründete das, schloß sich aber sonst der Auffassung der Minister an, daß die Ostmarkenprämie keine Spur politischen Charakters habe. Gröber vom Zentrum widerlegte das durch Zitate aus den Reden Bülows und Rheinbabens im preußischen Abgeordnetenhause. Der Pole Brejski führte charakteristische Beispiele von Maßregelungen an. Für die Sozialdemokratie bekämpfte Ledebour in kurzen Worten die Maßregel, indem er die Freisinnigen an den Fall Schellenberg erinnerte, der doch an dem Schicksal eines Freisinnigen gezeigt hätte, wie rücksichtslos die Postverwaltung politische Verfolgung ausübe. Bei der Abstimmung wurde der Antrag in der freisinnigen Fassung (also mit Ausschluß der Unteroffiziere) allerdings nur mit knapper Mehrheit angenommen. Ein halb Dutzend Freisinniger hatte doch Schamgefühl genug, dagegen zu stimmen.

Dann wurde die Aenderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches zugunsten der Tierhalter, deren Haftpflicht abgeschwächt wird, in zweiter Lesung angenommen, nachdem die Genossen Stadthagen und Stolle sich vergeblich bemüht hatten, die Ungerechtigkeit dieser Aenderung nachzuweisen.

Schließlich gelangte auch noch der § 63 des Handelsgesetzbuches in der von der Kommission geänderten Fassung nahezu einstimmig zur Annahme, trotzdem der Staatssekretär Nieberding erklärt hatte, daß die Regierung es ablehne, den Handlungsgehülfen in Krankheitsfällen den Bezug des Krankengeldes zuzüglich des Gehaltes zuzugestehen. —

### Die Demokratie des Zentrums.

Die Zentrumspresse der Rheinlande hüllt sich jetzt vor der Landtagswahl in die demokratische Toga. Noch vor wenigen Tagen behauptete z. B. die „Köln. Volksztg.", das Zentrum verträte „die Sache der Freiheit mit den Demokraten um die Wette". Anders das Hauptblatt des Zentrums, die altjungferliche „Germania", die, da sie von Arbeitern und Kleinhandwerkern nicht gelesen wird, derartige verlogene Redensarten nicht nötig hat. In einer Polemik gegen die „Kreuz-Ztg.", die das Zentrum der Hinneigung zur Demokratie beschuldigt hatte, schreibt sie:

„Die „Kreuz-Zeitung" macht seit einiger Zeit einen Sport daraus, das Zentrum als demokratisch hinzustellen. Bald muß einer ihrer Katholiken aus den Kreisen der Deutschen Vereinigung ihm den Vorwurf machen, es rücke immer mehr nach links; bald erhebt sie selbst den Vorwurf. . . .

Man braucht zur Verteidigung der Blockpolitik ein „demokratisches" Zentrum, und deshalb heftet man ihm die Etikette „demokratisch" an. Aber auch der Partei im Lande kann man ehrlicherweise nicht nachsagen, daß sie sich nach links entwickele und demokratisch geworden sei. Oder ist es etwa Demokratie, wenn die Zentrumspartei jetzt bei den preußischen Landtagswahlen in so und so vielen Wahlkreisen die Konservativen gegen die Freisinnigen unterstützt und überhaupt grundsätzlich mehr Neigung für die Konservativen als für den Liberalismus zeigt? Statt der Zentrumspartei Vorwürfe zu machen, sollte

man lieber auf konservativer Seite eine ernstliche Gewissenserforschung darüber anstellen, welche hohen sittlichen, religiösen und staatlichen Güter durch die Verbindung der Konservativen mit dem Liberalismus zerstört oder gefährdet werden."

„Die „Germania" hat recht: das Zentrum ist **nicht** demokratisch; sein Verhalten im Wahlkampf beweist vielmehr, daß es an reaktionärer Gesinnung selbst die Konservativen noch überbietet. Das Prunken der rheinischen Zentrumsblätter mit ihrer Demokratie ist nichts als Schwindel. —

### Warum unterstützt das Zentrum die Konservativen?

Die ultramontane „Schles. Volkszeitung" nennt in einem Leitartikel offen die Gründe, die das Zentrum bestimmen, bei den Landtagswahlen die Konservativen zu unterstützen. Der Hauptgrund ist, daß, wenn der Landtag starke liberale Fraktionen erhielte, **die bisherige Herrschaft der ultramontanen und konservativen Reaktionäre auf dem Gebiet der Schul- und Kirchenpolitik in Frage gestellt werden könnte**, und die Aufrechterhaltung dieser Herrschaft ist nach Ansicht des klerikalen Blattes weit wichtiger als alle Wahlreformen, zumal die Liberalen eine Reform bezwecken, die den Einfluß der großen Städte auf die Gesetzgebung noch verstärken würde. Wörtlich sagt die „Schles. Volksztg.":

„Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß der Ringkampf der Parteien bei dieser Wahl über ihre Machtstellung entscheiden soll, **namentlich über die Herrschaft in den Schul- und Kirchenangelegenheiten.** Wenn der Liberalismus zu einer ausschlaggebenden Stärke gelangen sollte, so wird es allerdings eine Abänderung des Wahlrechts geben, aber nicht eine gerechte Reform, sondern eine derartige Zustutzung des Wahlrechts mit Pluralstimmen und **Vermehrung der städtischen Mandate** usw., daß der Liberalismus dauernd das Uebergewicht über die Konservativen und das Zentrum behaupten kann. Wenn man das richtig erwägt, so muß man es für etwas albern halten, daß die sozialdemokratische Presse dem Zentrum vorschreiben will, es müsse überall gegen die Konservativen stimmen, weil diese Gegner der Wahlreform seien."

Wir machen dem Zentrum keinen Vorwurf daraus, daß es bei den Landtagswahlen für die äußerste Reaktion eintritt; wir finden vielmehr, daß diese Haltung seiner Natur völlig entspricht. Was wir dem Zentrum zum Vorwurf machen, das ist seine verlogene Taktik: die Tatsache, daß es sich in Arbeiterbezirken als demokratische Partei und als Kämpferin für das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht aufspielt, während es lediglich den Zweck verfolgt, sich seine bisherige Machtstellung auf schul- und kirchenpolitischem Gebiet zu erhalten. —

### Anklage gegen die Obermeister der Bäckerinnungen.

Gegen die aus Anlaß des Bäckerstreiks wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung (Verrufserklärung) angeklagten Obermeister der Bäckerinnungen, Milleville und Schmidt, ist jetzt, nachdem das Kammergericht, wie wir seinerzeit mitteilten, die Anklageerhebung angeordnet hat, das Hauptverfahren **eröffnet** worden. Termin steht am 15. Juni an. Wie hoch werden die **Unternehmer** auf Grund des so oft zu Unrecht gegen Arbeiter angewandten Paragraphen verurteilt werden? —

### Die Mandatsniederlegung des Abg. Schwabach.

Der nationalliberale Abgeordnete Schwabach hat gestern sein Mandat niedergelegt; er wollte den Erörterungen aus dem Wege gehen, die bei den bevorstehenden Wahlprüfungen im Plenum des Reichstages sich an die Art geknüpft hätten, in der er sein Mandat „erobert" hat. Seine Wiederaufstellung ist natürlich sicher. Der Wahlkampf verspricht ganz besonders interessant zu werden. Die Konservativen werden alles daransetzen, ihren alten Sitz wiederzuholen. Weniger auf die Kraft der Prinzipien kommt es dabei an, als darauf, welche Partei die meisten Getränke spendieren kann. Für die Wahl Schwabachs ist Bier und Schnaps in Strömen geflossen, weit mehr, als die Konservativen früher bezahlt hatten; Geld ist mit vollen Händen gegeben worden. Wollen die Konservativen siegen, dann werden sie recht tief in den Beutel greifen müssen. Die Art, wie dort gewählt wurde, hat nach den Akten der Wahlprüfungskommission ein **scheußliches Bild der Korruption**. Unsere Genossen werden gut daran tun, die amtlich festgestellte Agitationsmethode im Wahlkampf recht eingehend zu beleuchten. Bei der letzten Wahl erhielten Stimmen: Konservative 5668, Nationalliberale 4941, **Sozialdemokrat** 3342, Littauer 4221. In der Stichwahl siegte der Nationalliberale mit 11 403 gegen 6431 Stimmen. Die „Ostpreußische Zeitung", das führende Organ der ostelbischen Konservativen, hat erst dieser Tage mitgeteilt, daß im Kreise die konservative Presse mehr verbreitet werden müsse, „damit endlich einmal den Wählern Schwabachs die Binde von den Augen gerissen und ihnen die ganze Schamlosigkeit und Verwerflichkeit der Schwabachschen Agitationsweise nahegeführt wird". Gleichzeitig teilt das konservative Blatt mit, daß die Konservativen alle Hebel in Bewegung setzen werden, damit ihnen das Mandat wieder zufällt. Mit Spannung darf man der Kopfwäsche entgegensehen, welche die Blockbrüder gegenseitig an sich vornehmen werden.

### Spotten ihrer selbst!

An politischer Achtung hat der **Freisinn** nicht mehr viel zu verlieren, was er aber noch besitzt, das scheint er so rasch als möglich noch loswerden zu wollen. Hier ein neuer Beleg dafür. Die Bündler wollen im Wahlkreis **Hohensalza** den bisherigen nationalliberalen Abg. Geh. Oberregierungsrat **Lusensky** absägen. Auf die Drohung, daß dann ein Teil der nationalliberalen Wähler abspringen werde und eine Zersplitterung der Deutschen bevorstehe, antwortet die „**Deutsche Tageszeitung**":

„Es wird uns schwer, daran zu glauben, daß wirklich eine Zersplitterung der Deutschen drohe. **Wir nehmen ohne weiteres an**, daß der Herr Geh. Oberregierungsrat **Lusensky allen seinen Einfluß aufbieten wird, um eine solche Zersplitterung hintanzuhalten.** Es würde mit der Politik der deutschen und der preußischen Regierung schwer vereinbar sein, wenn ein Geheimrat, wenn auch nur mittelbar, den Anlaß zur Uneinigkeit unter den Deutschen bilden sollte. Herr **Lusensky** wird gewiß die Wähler auffordern, **auf seine Kandidatur zu verzichten.**"

Dazu bemerkt das Organ des Herrn Wiemer:

„Und mit einer Partei, von der sie derart, wie es hier geschieht, mit ausgesuchtem **Hohn und Spott** behandelt werden, schließen die Nationalliberalen in Ostelbien Wahlbündnisse ab." — Das sagt **ausgerechnet** der **Freisinn**, der sich mit allen reaktionären Mächten verbündet hat, um zu verhüten, daß auch nur **ein** Sozialdemokrat in den Landtag gewählt wird! —

### Ist das eine Antwort?

Der neueste **Prozeß Pöplau** ist während der ganzen Dauer der Verhandlung **unter Ausschluß der Oeffentlichkeit** verhandelt worden. Es drehte sich, wie schon kurz erwähnt, um eine Rede des Staatssekretärs v. **Schön** in der Budgetkommission über das Bagdadbahnunternehmen. Er hatte darin den rein wirtschaftlichen Charakter dieses Unternehmens betont und wörtlich gesagt: Bei diesem rein wirtschaftlichen Charakter fallen alle phantastischen Kombinationen, welche von Zeit zu Zeit im Ausland daran geknüpft werden, in sich zusammen, so die Fabel von der Kolonisierung der von der Bahn durchschnittenen Gebiete mit deutschen Ackerbauern und ebenso die Fabel von der Besitzergreifung eines Hafens im persischen Golf. Den Gedanken, die Bahn in irgendeiner Weise zu kolonisatorischen Zwecken zu benutzen, hat die kaiserliche Regierung niemals auch nur erwogen. In ganz gleicher Weise hat später der Reichskanzler **Fürst v. Bülow** in einem von der „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlichten Interview mit einem Mitarbeiter der Petersburger „Nowoje Wremja" die Annahme für sinnlos erklärt, daß das Deutsche Reich einen Hafen am persischen Golf zu erwerben wünsche. — Auf die Rede des Staatssekretärs richtete der Angekl. **Pöplau** unter dem 12. Februar an diesen ein **Schreiben**, suchte darin die Darlegungen des Staatssekretärs zu **widerlegen** und richtete an ihn die Bitte, **ihn in Kenntnis darüber zu setzen**, ob er dem Reichstage in **geeigneter Weise die erforderliche Berichtigung** der abgegebenen Erklärung geben wolle. Anderenfalls würde dem Briefschreiber die **moralische Verpflichtung** entstehen, **vertraulich der Volksvertretung die ihm bekannten Ziele der Regierung bekannt zu geben.** — Als dieses Schreiben unbeantwortet blieb, folgte unter dem 10. März ein zweites Schreiben, in welchem er erklärte, daß, wenn er nicht bis kurz vor Beginn der zweiten Lesung des Etats für das Auswärtige Amt Nachricht von der Entschließung des Staatssekretärs zu einer Berichtigung seiner Ausführungen erhalten würde, er annehmen müsse, daß eine Mitteilung an den Reichstag ihn — Pöplau — überlassen werden solle. — In diesem Schreiben wurde das **Vergehen gegen § 114 des Strafgesetzbuches — Nötigung eines Beamten zur Vornahme einer Amtshandlung — erblickt.** — Als Zeuge war von dem Angeklagten der Staatssekretär v. **Schön geladen, aber nicht erschienen**, da ihm die **Genehmigung zu einer Aussage nicht erteilt worden war.** — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu **1 Monat Gefängnis**. Die **Urteilsgründe** wurden **unter Ausschluß der Oeffentlichkeit** verkündet.

Die Staatsanwaltschaft hätte besser getan, die Anklage nicht zu erheben. Denn der **sorgfältige Ausschluß der Oeffentlichkeit**, die **Nichterlaubnis** für Schön, aussagen zu dürfen, und andere Momente mehr könnten leicht zu der Auffassung verleiten, daß man Pöplau nicht wegen „Nötigungs"-Versuchs bestraft habe, sondern, um ihn in ähnlichen Fällen künftig um jeden Preis **zum Schweigen** zu bringen!

Wie man Pöplau in dieser geheimen Feme überhaupt wegen „Nötigung" verurteilen konnte, ist uns mangels der Kenntnis der ja auch unter **Ausschluß der Oeffentlichkeit** vorgetragenen Urteilsgründe wirklich **rätselhaft** geblieben!

## Oesterreich-Ungarn.

### Die Studentendemonstrationen.

**Wien**, 5. Mai. Heute vormittag wiederholten sich die studentischen Demonstrationen vor dem Gebäude der tierärztlichen Hochschule. Es wäre beinahe zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei gekommen, der Intervention des Rektors und des Abg. Kolarz gelang es jedoch, die Studenten von unbesonnenen Schritten abzuhalten und zum Abzuge zu bewegen. Ein Teil von ihnen zog jedoch vor das Parlamentsgebäude, wo sich eine Deputation zum Unterrichtsminister, der gerade dort weilte, begab und von diesem die Zusicherung erhielt, daß er die Beschwerden der Studenten prüfen werde.

### Der Prozeß Polonyi.

Die Verhandlung gegen Polonyi hat gerade 8 Tage gedauert, ohne daß man das Bild, das man sich von diesem magyarischen Justizminister nach den ersten Tagen gebildet hatte, eine wesentliche Korrektur erfahren hätte. Der Staatsanwalt kämpfte mit dem Aufgebot aller Kräfte für seinen ehemaligen Chef. Es ist auch tatsächlich gelungen, wenigstens eine teilweise Verurteilung des Gegners Polonyis zu erzielen.

Die Geschworenen **verneinten** die Frage der **Verleumdung**, erkannten Lengyel aber der **Ehrenbeleidigung** für schuldig. Der Gerichtshof verurteilte ihn auf Grund des Verdikts der Geschworenen zu **drei Monaten Gefängnis** und tausend Kronen Geldstrafe. Der Verteidiger meldete die **Nichtigkeitsbeschwerde** an.

### Kroatische Demonstrationen.

**Agram**, 5. Mai. Gestern fanden hier **große Straßendemonstrationen** statt. In dem Hause des Sektionschefs Crnkovics wurden sämtliche Fenster durch Steinwürfe zertrümmert. Polizei und Gendarmerie gelang es nur mit schwerer Mühe, die Demonstranten auseinander zu treiben. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

## Italien.

### Der Agrarstreik in der Provinz Parma.

Rom, 3. Mai. (Eig. Ber.)

Am 1. Mai sind, wie wir telegraphisch berichtet haben, 40 000 Landarbeiter der Provinz **Parma** in den Ausstand getreten. Seit 52 Tagen suchte die Organisation der Grundbesitzer, die „Agraria", durch Aussperrungen die Arbeiterorganisationen zu schwächen. Sie wollte dadurch die Arbeiter zwingen, sich damit abzufinden, daß die Grundbesitzer die Konkordate vom Mai vorigen Jahres nicht eingehalten, sondern die Arbeitszeit der Arbeiter im Jahresvertrag — sposati — um zwei Stunden täglich erhöht hatten. Um einer unerträglichen Situation ein Ende zu machen, wurde so der Generalstreik für alle landwirtschaftlichen Arbeiten, **einschließlich der Versorgung des Viehs**, beschlossen. Die Situation ist sehr ernst. Die Unternehmer haben unter den Söhnen der Bourgeoisie und des Adels der Provinz ein Korps von freiwilligen Arbeitern rekrutiert, die sich mit mehr Provokation als Sachkenntnis an die landwirtschaftlichen Arbeiten machen. Besonders versuchen diese Freiwilligen die Fortschaffung des Viehes, das durch den Streik dem Hungertode ausgesetzt ist. Diese Fortschaffung trifft auf zwei große Hindernisse: es fehlt an Arbeitern, um das Vieh zur Bahn zu bringen und gleichzeitig an solchen, die es in einem anderen Gebiet in Empfang nehmen und verpflegen. Die Provinz Parma liegt im Zentrum eines ausgebreiteten Netzes von Arbeiterorganisationen, die sich natürlich nicht zu Streikbrecherarbeit an Vieh aus Streikgebieten hergeben.

Die freiwilligen Arbeiter, die alle mit Revolvern bewaffnet sind, haben bereits am 2. d. M. in S. Prospero von ihren Waffen gegen die Streikenden Gebrauch gemacht. Fünf Streikende wurden verwundet, aber von der Fortschaffung des Viehes mußte trotzdem abgesehen werden, da die Landarbeiterfrauen sich auf die Straße legten, so daß das Vieh und die begleitenden Soldaten nur über ihre Leiber hätten fortschreiten können. Der Streik erstreckt sich bis jetzt über 13 Gemeinden, die im Gebiet der Arbeitskammern von Parma und Borgo San Donnino liegen. Obwohl die Arbeitskammer von **Parma** in Händen der Syndikalisten und die von Borgo San Donnino in Händen der Sozialisten ist, besteht völlige Einigkeit im Vorgehen.

Im Streikgebiet ist viel Militär zusammen gezogen. Am 1. Mai wurde ein Regiment aus Cremona in die Streikgegend gesandt. Da die Order zur Abreise am Tage eintraf, als die Soldaten zum Teil in der Stadt zerstreut waren, mußten sie durch ein Trompetensignal in die Kasernen zurückgerufen werden. Auch Kavallerie ist auf der Reise nach der Provinz Parma. Eine Folge des ernsten Konflikts, der, obwohl erst jetzt in ein akutes Stadium getreten, seit Monaten dauert, ist die Anschaffung von **landwirtschaftlichen Maschinen**. Bisher wurden diese in der Provinz Parma wenig verwendet, aber in den letzten Tagen wurden, nach dem „Giornale d'Italia", für 2 Millionen Lire eingeführt. Es ist bemerkenswert, daß die Regierung die großen Entwässerungsarbeiten für die die Fonds seit langem bewilligt sind, nicht ausführen ließ. Ein Fünftel der Streikenden könnte bei diesen öffentlichen Arbeiten angestellt werden. Ein Ende des Streiks ist bis jetzt nicht abzusehen. Es ist aber eine oft gemachte Erfahrung, daß örtlich sehr ausgedehnte Streiks meist von kurzer Dauer sind.

## England.

### Die Bergarbeiter für die Arbeiterpartei.

**London**, 5. Mai. Der **Bergarbeiterverband** veranstaltet ein Referendum über die Frage der Angliederung des Verbandes an die **englische Arbeiterpartei**. 600 000 Stimmzettel wurden verteilt und müssen bis zum 16. Mai ausgefüllt sein. Ein Teil der Bergarbeiter, darunter der wichtige Bezirk **Durham**, hat sich bereits **zugunsten der Angliederung** ausgesprochen. Der Verband wird sich voraussichtlich ebenfalls mit großer Mehrheit für einen Anschluß an die Arbeiterpartei erklären.

### Die Annahme der Schankbill.

**London**, 4. Mai. **Unterhaus.** Nach viertägiger Debatte wurde heute die zweite Lesung des **Schankstättengesetzes** mit 397 gegen 147 Stimmen **angenommen**.

### Die Frauenrechtlerinnen.

**London**, 5. Mai. Lord **Churchill**, der neue Handelsminister, der nach seinem Durchfall in Manchester seine Wahl in Dundee eifrig betreibt, wird von den dortigen **Frauenrechtlerinnen** ständig verfolgt, so daß es ihm unmöglich ist, in den Wahlversammlungen das Wort zu ergreifen. Die Frauenrechtlerinnen sind mit **großen Glocken** versehen, die sie zu läuten beginnen, sobald der Minister zu sprechen beginnt. Auch gestern war es dem Minister unmöglich, sich Gehör zu verschaffen.

## Dänemark.

### Der neue Zolltarif.

Das Parlament hat das neue Zollgesetz angenommen. Charakteristisch ist das Fehlen der **landwirtschaftlichen** Schutzzölle. Die Verteuerung der Lebensmittel ist Dänemark erspart geblieben, aber dafür besitzt es eine blühende Landwirtschaft, die genossenschaftlich organisiert ist und für den Export bestimmte Qualitätsprodukte erzeugt. Der neue Tarif sieht zahlreiche Zollerleichterungen vor. Für das Proletariat am wichtigsten ist die Zollfreiheit für Petroleum. Den sonstigen zahlreichen Zollermäßigungen steht die Erhöhung des Finanzzolls auf Spirituosen und Tabak gegenüber. Im ganzen betragen die Zollherabsetzungen 12 Millionen Kronen, die Erhöhungen 5 Millionen Kronen. Der Ausfall wird im wesentlichen durch eine **Erhöhung der Erbschaftssteuer** gedeckt. Man sieht, ein demokratisches Regime bedeutet auch finanziell etwas ganz anderes als die deutsche Politik der Wucherzölle und der indirekten Steuern.

## Rußland.

### Die Verewigung des Ausnahmezustandes.

**Petersburg**, 4. Mai. Die Dauer des **verstärkten Schutzes** in den Gouvernements Jekaterinoslaw und Cherson wurde bis 31. Oktober bezw. 2. November 1908 verlängert. Für die Stadt Tscherdyn im Gouvernement Perm wurde für ein Jahr der verstärkte Schutz erklärt.

## Persien.

### Die Grenzunruhen.

**Urmia**, 4. Mai. Die eben erst wiederhergestellte Telegraphenlinie wurde abermals von **Kurden** zerstört und ein bei den Reparaturarbeiten beschäftigter Beamter getötet. Die Kurden überfallen bei Nacht die in der Nähe der Stadt gelegenen Dörfer und Mühlen und haben bis jetzt in neun Dörfern gewaltsam Abgaben eingetrieben.

## Indien.

### Der Grenzkrieg.

Offiziös sucht man die Bedeutung der kriegerischen Verwickelungen an der afghanischen Grenze möglichst herabzudrücken. Es wird versichert, daß die afghanischen Banden dieselben wilden, undisziplinierten Banden sind, die zu Anfang des kürzlichen Streites mit den Zakkakhels auftraten, und daß sie zusammen nicht mehr als 9000 Mann ausmachen. Es besteht weder Grund zu der Annahme, daß sie im Einverständnis mit dem Emir handeln, noch dazu, die augenblickliche Lage in irgendeiner Weise mit den Ansichten des Emirs über das englisch-russische Abkommen in Verbindung zu bringen. Man hält es nicht für wahrscheinlich, daß die Operationen eine größere Ausdehnung nehmen werden.

Gleichzeitig wird aus **Simla**, 4. Mai, telegraphiert:

**General Wilcocks** griff heute früh die Afghanen auf den Hügeln westlich von Landi Khotal an, wobei er nur auf **geringen Widerstand** stieß, da der feindliche Führer gleich zu Beginn des Gefechtes geflohen war. Die Afghanen wurden sämtlich über die Grenze geworfen. Auf englischer Seite wurden ein Offizier und zwei Gemeine verwundet. Von verschiedenen indischen Maharadschas sind der Regierung Truppen angeboten worden.

An den verschiedenen Stationen der Nordwestgrenze sind jetzt im ganzen 31 Bataillone, 15 Eskadrons und 64 Geschütze **mobil gemacht** bezw. in der Mobilmachung begriffen.

## Marokko.

### Gegen Mulay Hafid.

**Tanger**, 5. Mai. Aus **Fes** kommt das Gerücht, daß die Mehrzahl der Bevölkerung in einer Versammlung in der Moschee Mulay Idris beschlossen habe, **Mulay Hafid abzusetzen** und entweder Abdul Asis wieder anzuerkennen oder einen anderen Marokkaner zum Sultan zu machen, der den heiligen Krieg verkünden solle.

## Afrika.

### Der Aufstand im englischen Sudan.

**Kairo**, 5. Mai. **Abdel Kader** ist in der Nähe des Gefechtsfeldes von Dorfbewohnern gefangen genommen und den Regierungsbehörden ausgeliefert worden.

## Aus der Partei.

### Maifeiernachwehen.

Im vorigen Jahre wiesen wir an dieser Stelle hin auf den eigenartigen Brauch einer Anzahl Parteiorganisationen, durch zeitliche Verschleppung der Maifeier die einheitliche Aktion des internationalen Proletariats am 1. Mai zu stören. So unfreundlich unser damaliger Hinweis teilweise aufgenommen wurde, hatte er doch die erfreuliche Wirkung, daß in diesem Jahre die eingerissene Unsitte, die Feier des 1. Mai auf einen späteren Tag zu verschieben, mit **wenigen Ausnahmen** beseitigt ist. Soweit wir die Parteipresse verfolgt haben, finden sich im Verbreitungsgebiet des „Karlsruher Volksfreund" noch eine Anzahl Orte, z. B. **Forchheim, Heidelsheim, Knielingen, Blankenloch, Rintheim, Ettlingen, Oberkirch, Villingen, Radolfzell**, die es sich nicht versagen konnten, an Stelle der Demonstration am 1. Mai den 2. resp. 3. Mai für eine Maifeier zu benutzen.

Gewiß mag es nicht in allen Orten den Proletariern möglich sein, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen; möglich ist es aber, wenigstens am Abend durch Einberufung öffentlicher Versammlungen dem Maigedanken des internationalen Proletariats beredten Ausdruck zu verleihen. Denn die Stärke der Maidemonstration liegt doch gerade in dem erhebenden Bewußtsein, daß an diesem Tage das Proletariat der ganzen Kulturwelt sich einsweiß in seinen Zielen trotz aller nationalen Verhetzungen chauvinistischer Gegner.

Wer diesen Gedanken erfaßt hat, wird nur eine Maifeier kennen, die am Tage des 1. Mai.

### Eine parteigenössische Unsitte.

Die „Rheinische Zeitung" schreibt:

Bei der Berichterstattung über den sozialdemokratischen Parteitag der oberen Rheinprovinz haben einige Parteiblätter den merkwürdigen Einfall gehabt, als Quelle die „Kölnische Zeitung" zu benutzen und aus diesem Blatte einen Bericht abzudrucken, der nicht allein ein sehr unzulängliches Bild der Verhandlungen ergibt, sondern auch völlig falsche Behauptungen enthält. Wir haben auf diese schon hingewiesen, ohne freilich zu ahnen, daß einige Tage darauf der gleiche Bericht etliche Parteiblätter Rheinland-Westfalens zieren würde. Mit geziemender Bescheidenheit sprechen wir aber heute den Wunsch aus, daß sich unsere Parteiblätter in Zukunft bei gleichen Anlässen an die Berichterstattung aus dem eigenen Lager halten möchten. Wenn ihnen das nicht möglich ist, so verzichten sie noch besser auf jedwede Berichterstattung, als daß sie aus bürgerlichen Blättern ihre Leser falsch informieren.

Wir können uns obigen Ausführungen vollinhaltlich anschließen. Es liegt im Wesen und Interesse der bürgerlichen Presse, Vorgänge aus dem sozialdemokratischen Parteileben falsch und schief darzustellen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit nur daran erinnern, daß auch der weiten Oeffentlichkeit bemerkbare Kundgebungen, wie Maifeier usw., von der bürgerlichen Presse teils totgeschwiegen, teils in hämischer Weise verkleinert dargestellt werden. Wieviel mehr Unrichtigkeiten und manchmal beabsichtigte Fälschungen werden den Lesern der bürgerlichen Presse aufgetischt, geschrieben von Leuten, die mit dem Denken und Fühlen der Genossen keinerlei Verbindung haben, wenn es sich um innere Organisationsangelegenheiten der Partei handelt.

**Redakteurfreuden.** Der Redakteur der „Altenburger Volkszeitung", Genosse Dikreiter, hat am Montag eine einmonatige Gefängnisstrafe angetreten, die er wegen angeblicher Lehrerbeleidigung zu verbüßen hat. Seine Vertretung hat Genosse Bromme-Ronneburg übernommen.

**Unsere Toten.** In Frankfurt a. O. starb einer der ältesten dortigen Parteigenossen, der Arbeiter Karl Buggisch. Er war Mitbegründer des dortigen Wahlvereins und hat jederzeit treu zu seiner Ueberzeugung gestanden.

# Gewerkschaftliches.

## Berlin und Umgegend.

### Die Mai-Aussperrung der Berliner Holzarbeiter.

Der Holzarbeiterverband hatte am Montagabend eine Vertrauensmännerversammlung sämtlicher Bezirke und Branchen nach der Brauerei Friedrichshain einberufen. Auf der Tagesordnung stand die Stellungnahme zur Maiaussperrung. Die Versammelten hörten zuerst einen Bericht von Leopold über die Beteiligung an der Feier, die im allgemeinen als sehr befriedigend bezeichnet werden könne. Keine andere Gewerkschaft sei so vollzählig zur Maifeier erschienen wie der Verband der Holzarbeiter. Und doch hatten die Unternehmer drohende Beschlüsse gefaßt gegen alle Arbeiter, die am Maitage nicht zur Arbeit erscheinen würden. Diese Beschlüsse verfehlten zum größten Teil ihre Wirkung! Freilich ist nicht zu übersehen, daß in einer Reihe von Werkstätten gearbeitet worden ist, und nicht etwa nur in den kleinsten, sondern im Gegenteil in einigen der größten Betriebe, wie bei Zelder u. Plathen, bei Hülsenbeck u. Kroll, bei Rahn und bei Pfaff. Man müsse auch zugestehen, daß die schlechte wirtschaftliche Lage viele Kollegen veranlaßte, sich diesmal nicht mit Energie für die Arbeitsruhe ins Zeug zu legen. Während im letzten Jahre 25 000 feiernde Holzarbeiter gezählt wurden, wurden diesmal nur 20 000 gezählt. Die Unternehmer haben, nach den Feststellungen vom Montag, in 247 Betrieben mit insgesamt 5947 Beschäftigten 3918 Mann ausgesperrt. Von den Ausgesperrten gehören fast alle dem Holzarbeiterverbande an. Von der Aussperrung wurde folgendes Bild entworfen:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| In 24 | Betrieben | wurden | 840 | Kollegen auf | 1 | Tag ausgesperrt |
| „ 4 | „ | „ | 74 | „ „ | 2 | Tage „ |
| „ 181 | „ | „ | 3125 | „ „ | 3 | „ „ |
| „ 5 | „ | „ | 100 | „ „ | 4 | „ „ |
| „ 1 | „ | „ | 6 | „ „ | 5 | „ „ |
| „ 1 | „ | „ | 5 | „ „ | 6 | „ „ |
| „ 2 | „ | „ | 31 | „ „ | 7 | „ „ |
| „ 29 | „ | „ | 237 | „ entlassen. | | |
| 247 | Betriebe mit | | 3918 | Ausgesperrten. | | |

Von den Entlassenen konnten viele bald wieder in Arbeit treten. Die Mehrzahl der Entlassenen bestand aus Vergoldern und Klavierarbeitern. Eine Tatsache verdient festgehalten zu werden, daß nämlich fast überall, wo die Arbeiter einmütig die Arbeitsruhe beschlossen und durchführten, die Unternehmer keine Aussperrungen vorgenommen haben. Wo die Arbeiter aber nicht fest zusammenhielten, da mußten sich die Feiernden allerlei Maßregelungen gefallen lassen. In verschiedenen Fällen haben die Unternehmer den Lohn zurückbehalten, was große Entrüstung unter den Arbeitern hervorrief. — In der lebhaft geführten Diskussion wurden viele Beschwerden über einzelne Unternehmer erhoben. In scharfer Weise wurden die Kollegen verurteilt, die am 1. Mai sich haben einschüchtern lassen und nicht zu feiern wagten. Eine Reihe von Anträgen und einige Resolutionen lagen vor, die von Glocke besprochen wurden. Er empfahl, da die Differenzen in den einzelnen Werkstätten nicht generell durch Annahme eines entsprechenden Antrages erledigt werden, sondern daß es der Verwaltung zur Aufgabe gemacht werde, die Beschwerden von Fall zu Fall zu prüfen und je nach Lage der Dinge vorzugehen. Diesem Vorschlage stimmte die Versammlung zu. — Ein Antrag der Verwaltung wurde angenommen, nach welchem alle, die länger als einen Tag ausgesperrt sind, vom ersten Tage ab Unterstützung erhalten, allerdings aber auch die Mitglieder zur pünktlichen Bezahlung ihrer Extrabeiträge verpflichtet seien. — Ferner mißbilligte die Versammlung, daß die „Holzarbeiter-Zeitung" die Agitation für die Maifeier nicht energischer betrieben habe.

Eine Resolution fand einstimmige Annahme, in der das Verhalten derjenigen Kollegen hart getadelt wird, die sich nicht an der Maifeier beteiligt haben. Es wurde verlangt, daß die Betriebe bekanntgemacht werden, in denen gearbeitet worden ist.

Glocke erklärte, daß man die Unternehmer vor die Schlichtungskommission bringen wollte, als sie drohten, wegen der Maifeier eine Aussperrung von 3 Tagen vorzunehmen. Die Unternehmer erschienen aber nicht, der Verband erhob Beschwerde und will jetzt den Spruch des Einigungsamtes hören. Der Verband ist der Ansicht, daß von einem Vertragsbruch durch die Maifeier, wie die Unternehmer behaupten, keine Rede sein könne. Vor zwei Jahren standen die Unternehmer der Maifeier nicht so feindselig gegenüber wie diesmal, von einem Vertragsbruch war gar nicht die Rede. Der Einladung, vor der Schlichtungskommission zu erscheinen, hätten die Unternehmer unter allen Umständen Folge geben müssen.

### Die Feiertagsbezahlung bei den Tagschneidern.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen hatte am Montag eine Mitgliederversammlung für die Tagschneider einberufen, in der der Ortsvorsitzende Kunze über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wegen Bezahlung der Feiertage berichtete. Die Feiertagsbezahlung der Tagschneider ist eine Frage, die bei den Tarifverhandlungen im vorigen Frühjahr nicht entschieden wurde. Jedoch hat dann im Herbst das Einigungsamt einen Schiedsspruch gefällt, der allerdings nicht zugunsten der Arbeiter ausfiel, wohl aber den Firmen, die bisher ihren Tagschneidern die Feiertage bezahlten, empfahl, dies auch fernerhin zu tun. Der Zustand, der dadurch aufrechterhalten wurde, ist, daß von 397 Tagschneidern 243 für die Feiertage ihren Lohn erhalten, 154 nicht. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Tagschneider, besonders während der Saison, den Verkauf ihrer Arbeitskraft davon abhängig machen, daß sie in jener Hinsicht nicht schlechter gestellt werden als die Mehrheit der Kollegen in ihrer Branche, und hier und da ihre Stellung verlassen, weil man ihnen die Feiertage abzieht. So geschah es kürzlich auch bei der Firma Pabst u. Kunze. Die Tagschneider, die hier sämtlich ihre Stellungen aufgegeben hatten, erklärten ihrer Organisation gegenüber, daß sie nicht in den Streik getreten seien, sondern nur nicht weiter arbeiten wollten, weil sie mit den Arbeitsbedingungen, mit dem Lohnabzug für die Feiertage nicht einverstanden seien. Sie sagten selbstverständlich auch solchen Tagschneidern, die bei der Firma um Arbeit anfragten, warum sie aufgehört hatten, und das hatte zur Folge, daß die Firma trotz aller ihrer Bemühungen keinen brauchbaren Ersatz ihrer Arbeitskräfte auftreiben konnte. Herr Pabst wandte sich sogleich an den Arbeitgeberverband, weil er in dem Vorgehen der Tagschneider einen unberechtigten Streik erblickte, und brachte es auch fertig, die Namen der seiner Meinung nach Streikenden auf eine schwarze Liste zu setzen, um ihrer Arbeitskraft nicht dauernd verlustig zu gehen. Der Arbeitgeberverband stellte sich natürlich auf seiten seiner Mitglieder. Die Vertreter der Schneiderorganisation erklärten dagegen, daß, wenn in diesem Falle diese Firma für gemaßregelt erklärt werden sollte, die Arbeitgeber auch zugestehen müßten, daß es sich, als die Firma Peek u. Cloppenburg im vorigen Jahre aus nichtigen Gründen Entlassungen vornahm, um Maßregelung handelte, was die Arbeitgeber damals verneint hatten.

Die Angelegenheit bei Pabst u. Kunze wurde nach verschiedenen Auseinandersetzungen zugunsten der Tagschneider geregelt, so daß sie, soweit sie nicht anderweitig Arbeit angenommen hatten, bei der Firma wieder weiter arbeiteten. Die Arbeitgeber wünschten nun jedoch eine grundsätzliche Regelung der Frage. Bei den Verhandlungen, die dann am 28. April in der Schlichtungskommission stattfanden, brachten sie zunächst in Anregung, daß eine allgemeine Lohnerhöhung eintreten und dafür die Feiertagsbezahlung, wo sie besteht, aufgehoben werden könnte. Darauf konnten die Arbeitnehmer jedoch nicht eingehen, weil doch auch dann bei Neueinstellungen immer wieder der Minimallohn maßgebend sein sollte, also ein Ersatz für die Feiertage für diese Fälle nicht geboten wurde. Nach einigen anderen Vorschlägen machten die Arbeitgeber schließlich einen Kompromißvorschlag, der besagt, daß die Feiertagsbezahlung, wo sie besteht, beibehalten, in den übrigen Geschäften aber die Feiertage den Tagschneidern nach mindestens halbjähriger Tätigkeit bezahlt werden sollen. Die Arbeitnehmervertreter hatten dagegen vorgeschlagen, daß, wenn überhaupt eine Karenzzeit für die Feiertagsbezahlung eingeführt werden sollte, diese nicht mehr als 6 Wochen betragen dürfe. — Der Referent betonte, daß ja nicht etwa von Arbeitnehmerseite Forderungen erhoben worden waren, sondern daß die Arbeitgeber sich durch das selbständige Vorgehen der Tagschneider bei einzelnen Firmen veranlaßt fühlten, die Verhandlungen anzuknüpfen und Vorschläge zu machen. An den Kompromißvorschlag ist vorläufig keine Partei gebunden. Er wird nur zunächst den Mitgliederversammlungen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer zur Begutachtung vorgelegt.

In der lebhaften Diskussion, die dem Bericht folgte, machte sich ein starker Unwille über die lange Karenzzeit geltend, die von den Arbeitgebern vorgeschlagen wird. Man meinte, daß die Karenzzeit auf jeden Fall nicht länger als 6 Wochen dauern dürfe, da sonst ja gerade die Tagschneider, die in der Saison ein Vierteljahr den Arbeitgeber aus der Not helfen, im Nachteil wären. Es wurde dann auch einstimmig beschlossen, den Arbeitnehmervertretern zu empfehlen, falls die Karenzzeit nicht überhaupt ausgeschaltet werden kann, den Arbeitgebern den Vorschlag auf 6 Wochen wieder zu unterbreiten.

Die Angelegenheit wird übrigens auch noch die allgemeine Mitgliederversammlung am Mittwoch beschäftigen.

### Die Abstimmung der Berliner Maurer,

in der diese Stellung zu dem Einigungsvorschlag zur Beilegung des Kampfes im Baugewerbe nahmen, ergab nicht, wie wir gestern meldeten, eine Zweidrittel-, sondern eine Dreiviertelmajorität für Annahme des Vertrages in der vorgeschlagenen Form.

Gleichzeitig wollen wir auch die Ziffer der wegen der Maifeier ausgesperrten Maurer richtigstellen. Diese ist durch Fortlassung einer Null doch allzu sehr reduziert. Sie beträgt nicht 25, sondern 250.

**Achtung, Glasschleifer!** Bei der Firma Gregoleit, Kochstr. 67, haben sämtliche Glasschleifer die Arbeit niedergelegt, weil der Herr Prinzipal den tarifmäßigen Minimallohn nicht zahlt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

## Deutsches Reich.

**Achtung, Metallarbeiter!** Bei der Firma M. Neuhaus u. Co. in Luckenwalde sind sämtliche Arbeiter der Maschinenfabrik in den Streik getreten. Zuzug von Schlossern, Drehern und Metallformern ist fernzuhalten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
III. Bezirksleitung.

**Ein Streik bei einem staatlichen Bahnbau.** Die königlich preußische Eisenbahnverwaltung läßt bei dem Magdeburger Vorort Rothensee Bahnbauten ausführen. Es entstanden wegen der Arbeitsbedingungen mit den Arbeitern Differenzen, die dazu führten, daß rund 250 Arbeiter in den Ausstand traten. Die Arbeiter, die größtenteils unorganisiert sind, wandten sich an die Gewerkschaften und baten, zur Beilegung des Konflikts Verhandlungen anzubahnen. Das ist auch geschehen, jedoch waren die Verhandlungen bisher ergebnislos, da die Vertreter der Firma Ziese-Berlin, der die Arbeiten übertragen sind, keine Zugeständnisse machen wollen. Unter den Ausständigen befinden sich etwa 100 fremdsprachige Arbeiter. Diesen konnten die Gewerkschaftsleiter von dem Ergebnis der Verhandlungen keine Mitteilungen machen, da die Polizei es verhinderte. Fernzuhalten ist der Zuzug von Erdarbeitern, Metallarbeitern und sämtlichem Lokomotivpersonal.

**Der Schuhmacherstreik in Magdeburg** dauert unverändert fort. Der in freier Vereinbarung — unter Ausschluß der Innung — mit den Arbeitgebern abgeschlossene Tarif ist bisher von 99 Meistern anerkannt worden, bei denen 185 Gesellen arbeiten.

**Ein Bauarbeiterstreik** ist bei dem Bau des neuen städtischen Wasserwerks in Magdeburg ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen die Innehaltung der tariflichen Löhne und der tariflichen Arbeitszeit, wozu der Unternehmer nach dem Vertrage, den er mit der Stadt abgeschlossen hat, verpflichtet ist. Sonderbarerweise wurde vom städtischen Arbeitsnachweis die Vermittelung von Arbeitswilligen zu Bedingungen versucht, die nicht dem Tarif entsprechen. Bisher glücklicherweise ohne Erfolg.

### Maimaßregelungen

sind in Breslau, außer in wenigen Holzarbeiterbetrieben, im Steinarbeiterberufe, und zwar bei der Firma Pausenberger Nachf., trotz der ausdrücklichen entgegengesetzten Bestimmung des Tarifs vorgekommen, wobei der Firmeninhaber Rossi erklärte: „Der Tarif geht mich gar nichts an, ich kann machen, was ich will!" 22 Arbeiter sind auf die Dauer von 14 Tagen arbeitslos. — Auch die Schäfiefabrik von Riesenfeld hat ihre Maidemonstranten für eine Woche ausgesperrt. Der Vorsitzende der Fabrikantenvereinigung, Herr Julius Gloß, eine besondere Freisinnsgröße, hat einen Ukas erlassen: die Gemaßregelten in anderen Betrieben nicht einzustellen. Bezeichnend ist, daß seit längerer Zeit bei Riesenfeld die Arbeiter wegen Mangel an Beschäftigung öfters schon haben aussetzen müssen.

**In der Juteweberei der Firma Gebrüder Spohn zu Neckarsulm** sind den Webern und Weberinnen Lohnabzüge bis über 10 Prozent angekündigt worden. Die betroffenen Arbeiter sind fest entschlossen, die Lohnreduktion abzuwehren. Die verringerten Löhne sollten am 13. Mai in Kraft treten. Kommt während dieser Zeit keine Verständigung zustande, so sind ernste Konflikte zu erwarten. Alle Jutearbeiter werden ersucht, Neckarsulm bis auf weiteres zu meiden. — Die Arbeiterpresse wird um Nachdruck gebeten. Die Gauleitung.

**Die Leipziger Steinsetzermeister** scheinen die Absicht zu haben, einen Kampf unter allen Umständen heraufbeschwören zu wollen. Dieselben hatten eine kleine Lohnerhöhung zugestanden, allerdings unter der Bedingung, daß die Arbeiter erklärten, auf höhere Lohnforderungen zu verzichten und einen Vertrag auf der Grundlage der von den Unternehmern angebotenen Löhne eingehen zu wollen. Das letztere lehnten die Arbeiter ab, akzeptierten jedoch die Lohnzulage als Abschlagszahlung und beantragten weitere Verhandlungen eventuell zwischen den beiderseitigen Zentralinstanzen. Das haben die Unternehmer jedoch abgelehnt — und haben nun auch die anfängliche Lohnerhöhung wieder rückgängig gemacht. Das hat in der Arbeiterschaft naturgemäß eine lebhafte Erregung hervorgerufen.

Nur der außerordentlichen Disziplin derselben ist es zu danken, daß es bisher noch nicht zum Streik gekommen ist, der für den Fortgang der Leipziger Bahnhofsumbauten sehr störend werden könnte. Da die Unternehmer nun aber versuchen, mit allen Mitteln fremde Arbeitskräfte nach Leipzig hereinzuziehen, so ist Zuzug von Steinsetzern und Rammern bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Die Aussperrungen der Steinsetzer und Rammer in Rheinland-Westfalen, sowie Frankfurt a. M. und Umgegend dauern fort.

### Ueber eine niedliche Tarifauslegung durch Unternehmer

hatte das Gewerbegericht Nürnberg zu urteilen. In dem für das Stukkateurgewerbe abgeschlossenen Tarifvertrag ist ein Stundenlohn von mindestens 65 Pfennig vereinbart. Ein Teil der Unternehmer suchte diese Bestimmung dadurch zu umgehen, daß sie für Arbeiten, die nicht zu den eigentlichen Stuckarbeiten gehören, einen niedrigeren Lohn bezahlten. Auf die Klage der Organisation entschied das Gewerbegericht durch Urteil, daß die Unternehmer verpflichtet sind, solchen Arbeitern, die gelernte Stukkateure sind und als solche eingestellt wurden, den tarifmäßigen Lohn von 65 Pfennig pro Stunde zu bezahlen, gleichviel ob sie immer oder nur teilweise zu Stuckarbeiten verwendet wurden.

### Ein Sieg der Organisation.

Die seit 9 Wochen dauernde Aussperrung der Holzarbeiter und Maschinisten in Straubing wurde durch Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband Straubing und dem Deutschen Holzarbeiterverband zugunsten der Arbeiter beigelegt. Erreicht wurde eine tägliche Lohnerhöhung von 40 Pfennig, 56stündige Arbeitszeit sowie sonstige Verbesserungen. Der Tarifvertrag wurde auf drei Jahre abgeschlossen und dauert bis 1. Mai 1911.

## Ausland.

### Das ausländische Komitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes für Littauen, Polen und Rußland

ruft die Arbeitsgenossen aller Länder um Beistand an für 4000 Streikende der Strumpfwirkerbranche im Wilnaer und Witebsker Bezirk. Die ohnehin schon unsinnig niedrigen Löhne wurden im Laufe der letzten zwei bis drei Jahre von den Unternehmern um 20 bis 30 Proz. herabgedrückt, so daß zuletzt ein Drittel der Arbeiter dieser Branche Wochenlöhne von 1 bis 1½ Rubel (d. i. 2,20 bis 3,30 M.), die Hälfte der Arbeiter solche von 2 bis 2½ Rubel (also 4,40 bis 5,50 M.) erhielten. Daß es unmöglich ist, bei solchen Löhnen zu existieren, braucht keinem denkenden Menschen erst bewiesen zu werden. Die Unternehmer lehnten aber die Forderung der Arbeiter, die alten Löhne wieder einzuführen, ab, und so traten am 18. Februar a. St. 1500 Wirkereiarbeiter in den Streik ein, die übrigen schlossen sich in den folgenden Wochen den Streikenden an. Die Einigkeit und Entschlossenheit ist unerschütterlich. Alle erklären, lieber ohne weiteres verhungern zu wollen, als bei derartigen Arbeitsbedingungen den Hungertod in nur verlängerter Qual zu erleiden.

Die Zeit ist für den Kampf sehr günstig, da die Saison begonnen hat und die Aufträge, die an die Firmen eingehen, unausgeführt bleiben dank der Festigkeit und Einigkeit aller Streikenden. Leider sind diese nun aber aller Mittel bar und es wird Sache der Arbeitsbrüder der anderen Länder und Branchen sein, den tapferen und aufopfernden Kämpfern schleunigst zu Hülfe zu kommen, damit sie den Kampf fortführen können bis zum Siege, der dann nicht mehr fern ist. Sendungen unter Angabe des Zweckes sind zu richten an: Imprimerie Israélite, Rue de Carouge 81, Genf. (Schweiz.)

# Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Selbstmord eines Gymnasiasten.

In der Geisbergstraße 15 zu Charlottenburg (bei Berlin) tötete sich gestern der 15jährige Sohn des Oberlehrers Professor Klette von der Kaiser-Friedrich-Schule durch einen Schuß in die Schläfe. Der Gymnasiast, der diese selbe Anstalt besuchte, war Ostern nicht versetzt worden und scheint sich dies derart zu Herzen genommen zu haben, daß er beschloß, aus dem Leben zu scheiden. Als am Abend gegen 11 Uhr die Eltern sich zur Ruhe begeben wollten, ertönte plötzlich aus dem Schlafzimmer des Sohnes ein Schuß. Den Herbeieilenden bot sich hier ein entsetzlicher Anblick: der junge K. lag mit durchschossener Schläfe halb ausgekleidet auf seinem Bett. Die sofort angestellten Rettungsversuche blieben erfolglos, der Tod war sofort eingetreten.

### Böhmische Kühnemänner.

**Prag, 5. Mai.** (B. H.) Die Prager Eisenindustriegesellschaft hat in Kladno 6000 Bergarbeiter für eine Woche ausgesperrt, weil sie am 1. Mai gefeiert hatten.

### Die holländischen Diamantarbeiter.

**Amsterdam, 5. Mai.** (B. H.) Der etwa 8000 Mitglieder umfassende Diamantarbeiterbund hat beschlossen, den Generalstreik am nächsten Montag aufzuheben.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

# Reichstag.

**150. Sitzung vom Dienstag, den 5. Mai 1908, vormittags 11 Uhr.**

**Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg, Dernburg.**

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß der Abg. Schwabach (natl.) sein Mandat niedergelegt hat.

Debattelos wird in zweiter Beratung das Internationale Abkommen über das Verbot der Nachtarbeit der gewerblichen Arbeiterinnen und über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern angenommen, ebenso in dritter Beratung die Vereinbarung zwischen dem Reich und der Schweiz über die Verlegung der badisch-schweizerischen Landesgrenze bei Leopoldshöhe.

Es folgt die erste Beratung von drei Abkommen über das Internationale Privatrecht, die sich auf das Eherecht, die Entmündigung, den Zivilprozeß beziehen.

Staatssekretär des Auswärtigen **v. Schoen**: Die Abkommen bedeuten eine weitere erfreuliche Etappe auf dem Wege, den Deutschland im Verein mit anderen Staaten seit einer Reihe von Jahren verfolgt, der zur Erreichung eines internationalen Rechtsverkehrs führt und dazu, die Schranken zwischen den Nationen wenn auch nicht zu beseitigen, so doch zu öffnen. Ich bitte um die Annahme der Abkommen.

Abg. Dr. **Giese** (f.) spricht seine Genugtuung über die internationale Regelung der betreffenden Materien aus; seine Freunde werden den Abkommen ohne Kommissionsberatung zustimmen.

Abg. **Kirsch** (Z.) spricht sich für die Annahme der Abkommen aus; doch werde es nötig sein, klare Ausführungsbestimmungen für die deutschen Richter zu schaffen.

Abg. Dr. **Junck** (natl.) stimmt den Abkommen zu.

Abg. **Dove** (frs. Vg.): Die linksliberale Fraktionsgemeinschaft wird den Abkommen mit Vergnügen zustimmen.

Abg. **v. Dirksen** (Rp.) begrüßt die Vorlage und die Absicht, auch das Wechselrecht international zu regeln.

Damit schließt die Diskussion.

Das Abkommen wird hierauf auch in zweiter Lesung beraten und debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. Postdampfschiffsverbindungen zu überseeischen Ländern. Die Kommission beantragt die unveränderte Annahme der Vorlage, welche die Subvention des Reiches für den Norddeutschen Lloyd für eine Erweiterung der Postdampfschiffsverbindungen zwischen Neuguinea einerseits und Japan sowie Australien andererseits vom 1. April 1908 um 500 000 M. erhöhen will.

Die Abgg. **Albrecht** und Genossen (Soz.) beantragen folgende Resolution:

a) Die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

1. für die subventionierten Postdampfschiffe eine Bemannungsskala festzusetzen;
2. in die mit den Unternehmern der subventionierten Postdampfschiffsverbindungen abzuschließenden Verträge eine Bestimmung aufzunehmen, wodurch die Unternehmer verpflichtet werden, für die Ausreise der Dampfer soviel weiße Schiffsleute anzumustern, als zu einer ausreichenden Besatzung des Dampfschiffes erforderlich sind.

b) den Reichskanzler zu ersuchen, eine Revision des Vertrages mit dem Norddeutschen Lloyd vom Jahre 1898 dahin vorzunehmen, daß Artikel 26 gestrichen wird.

Die Abgg. **Lattmann** und Gen. (wirtsch. Vg.) beantragen die Erhöhung der Subvention um nur 280 000 M.

Abg. Graf **v. Kanitz** (k.): Ich teile die Anschauung der Kommission nicht, daß es bei unseren großen Schulden auf ein paar hunderttausend Mark nicht mehr ankommt. (Sehr gut!) Bei unserer Finanzkalamität bin ich nicht bereit, für Forderungen zu stimmen, für die keine Deckung vorhanden ist. Das Reich zahlt an Neu-Guinea jährlich eine Million, es hat an den Norddeutschen Lloyd im Laufe der Jahre bereits **110 Millionen an Dampfersubventionen gezahlt.** (Hört! hört!) Dabei gehört der Lloyd sicher nicht zu den notleidenden Unternehmungen. Für den Antrag Lattmann will ich, um meinen guten Willen zu zeigen, stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Hormann** (frs. Vp.): Die subventionierten Linien haben dem Lloyd nicht Vorteile, sondern Verluste gebracht, und dauernde Verluste zu tragen, kann man einer Erwerbsgesellschaft nicht zumuten. Ueber den Antrag Lattmann freue ich mich insofern, als er den vollständig ablehnenden Standpunkt aufgegeben hat, doch sollte er auch die 270 000 M. für die Linie Singapore—Neu-Guinea noch bewilligen. Noch ein Wort zu dem in der Kommission gestellten Antrag, farbige Schiffsmannschaft nicht zu verwenden. Es läßt sich in jenen Gegenden auf die Farbigen zur Besatzung der Schiffe nicht verzichten. — An der Subventionierung, sofern überhaupt von einer solchen die Rede sein kann, hat der deutsche Handel ein ganz außerordentliches Interesse. Die **deutsche Flagge darf aus jenen Gebieten nicht verschwinden**; es handelt sich nicht nur um die Zahlen der Einfuhr und Ausfuhr, sondern **um das Ansehen des Deutschen Reiches.** (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. **Noske** (Soz.):

Uns ist wiederholt zum Vorwurf gemacht worden, daß wir die Interessen der Arbeiter zu sehr in den Vordergrund stellen; der einzelne Abgeordnete sollte die Interessen des ganzen deutschen Volkes wahrnehmen. Nach der eben gehörten Rede aber konnte man annehmen, daß Herr Hormann **nicht als Beauftragter des deutschen Volkes in dieses Haus eingezogen ist, sondern als Beauftragter des Norddeutschen Lloyd.** (Lebhafte Unruhe bei den Freisinnigen.) Bei der Finanzlage des Reiches hätten auch die bewilligungsfreudigsten Parteien allen Anlaß, nur das Allernotwendigste zu bewilligen. (Zustimmung bei den Soz.) Ein Interesse an der Bewilligung haben lediglich eine ganz geringe Anzahl **von Großkapitalisten**; nicht die deutschen Handelsinteressen sollen durch die Vorlage gefördert werden, sondern die Handelsbeziehungen zwischen Asien und Australien. Es handelt sich hier lediglich um die Handelsinteressen von Neu-Guinea und nur diese sind daher zu betrachten. Der Staatssekretär des Kolonialamtes war in der Kommission bemüht, sie möglichst groß erscheinen zu lassen. Die geringe Summe von 800 000 M., die ich für den deutschen Handel nach Neu-Guinea anführte, bestritt er als unzutreffend. Ich habe mich bei meinen Angaben auf das kaiserlich-statistische Amt gestützt. Ob dieses oder der Staatssekretär recht hat, vermag ich nicht zu entscheiden. Für den Reichstag ist es aber ziemlich bedenklich, wenn von den **verschiedenen Reichsämtern in derselben Angelegenheit ganz abweichende Zahlenangaben gemacht werden.** (Zustimmung b. d. Soz.) In der Kommission sowie auch hier war auch die Rede von dem geringen Profit des Norddeutschen Lloyd. Ich bin mit den Regierungsvertretern sowie einigen Rednern einverstanden, daß diese Frage nicht zu berücksichtigen ist, sondern lediglich die Frage, ob wir Anlaß haben, für Neu-Guinea große Aufwendungen zu machen, denn der Meinung bin ich allerdings nicht, daß mit der halben Million dem Norddeutschen Lloyd ein Geschenk gemacht werden soll. Die Vorlage läuft nunmehr darauf hinaus, große Aufwendungen für Neu-Guinea zu machen, und ist insofern ein Seitenstück zu den kolonialen Bahnvorlagen, die uns nachher beschäftigen werden. Ueber die Deckungsfrage ist man mit einigen Redensarten hinweggegangen. In der Kommission ist sogar gesagt worden, der Reichstag müsse doch für 100 Millionen Mark noch Sorge tragen, die vorläufig gepumpt werden müssen, und **da käme es auf eine halbe Million nicht an.** Wenn wir so verfahren wollen, könnten wir in ganz kurzer Zeit unsere Schulden um mehrere Milliarden vermehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist gesagt worden, im Herbst bei der großen Finanzreform werden wir das Geld schon beschaffen. Nun haben wir gewiß kein Interesse daran, dem Block das Vergnügen zu rauben, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wo die hundert Millionen herkommen sollen. Wohl aber haben wir ein erhebliches Interesse, **daß nicht neue Steuern auf unsere Wähler, auf die breiten Volksmassen, gelegt werden.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und deshalb haben wir allen Anlaß, dagegen zu protestieren, daß hier ganz zwecklos erhebliche Ausgaben gemacht werden. Ich betone noch einmal, es handelt sich um die Förderung der Interessen von Neu-Guinea und in geringerem Maße daneben auch um postalische Interessen. Herr Erzberger hat schon betont, daß in Neu-Guinea sich 65 Ansiedler und 65 Händler befinden, im ganzen also 130 **Deutsche, für die wir Hunderttausende opfern sollen.** Es kann gar nicht nachdrücklich genug immer wiederholt werden, daß ein Interesse an der Vorlage lediglich ein paar große Plantagenunternehmungen in Neu-Guinea, deren Stand übrigens keineswegs ein ungünstiger ist, haben. Im letzten Jahresbericht der Neu-Guinea-Kompagnie heißt es, daß eine Anzahl ihrer Betriebe bereits Ueberschüsse abwerfen, und daß der Fortschritt der Pflanzungen ein überraschender sei. Die Samoakautschuk-Kompagnie hat im letzten Jahre 4 Proz. Dividende verteilt, die deutsche Handelsgesellschaft der Südseeinseln hat im vorletzten Jahre 12 Proz., im letzten Jahre 20 Proz. Dividende gegeben. Auch die postalischen Interessen können den Reichstag zur Bewilligung der verlangten Summe nicht veranlassen. Gewiß haben die Leute dort unten ein Interesse am häufigen Postverkehr. Dazu Mittel aufzuwenden liegt aber um so weniger Anlaß vor, als im Reiche selbst die Post immer mehr zu einem **kapitalistischen, Profit abwerfenden Unternehmen** gemacht wird. Wie kämen wir angesichts solcher Tatsachen wie der Erhöhung des Ortsportos zur Bewilligung großer Summen, zur Schaffung besserer Postverbindungen in der Südsee. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Noch ein Wort zu unseren Resolutionen. Wiederholt ist gesagt worden, die Annahme der Vorlage liege im nationalen Interesse. Das erleben wir oft, daß das nationale Interesse herhalten muß, wenn gute Gründe fehlen. **Nach unserer Meinung wäre es nationale Politik, wenn man an die deutschen Arbeiter denkt.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den Subventionsverträgen ist auf alle möglichen nationalen Interessen Rücksicht genommen, nur nicht auf die der deutschen Arbeiter und Seeleute. Es ist bestimmt, daß die Schiffe nur auf deutschen Werften gebaut und daß dazu tunlichst nur deutsches Material benutzt werden darf, in deutschen und niederländischen Häfen dürfen nur Kohlen deutscher Herkunft eingenommen werden, dagegen läßt der Artikel 31 der Verträge die Verwendung farbiger Mannschaften in reichem Maße zu. Freilich heißt es in dem Artikel, sie sollen nur soweit beschäftigt werden, als die Beschäftigung deutscher Seeleute aus Gesundheitsrücksichten unmöglich ist. Unsere Seeleute behaupten nun, daß die Verwendung der Farbigen beständig zunehme und nach den Angaben der Regierung in der Kommission stimmt das, die Zahl der weißen Seeleute hat im Jahre 1906/1907 **um 240 abgenommen, die der Farbigen um ebensoviel zugenommen.** Durch die Ersetzung von 200 Weißen durch Farbige hat der Norddeutsche Lloyd erhebliche Ersparnisse gemacht und das ist auch, wie die Seeleute behaupten, die Absicht dieser Ersetzung. Die Mehreinstellung von Farbigen kann nicht mit Rücksichten auf die Gesundheit der weißen Seeleute begründet werden. Diese gesundheitlichen Gefahren waren 1906 ebenso groß wie 1907. Aber zwischen 1906 und 1907 hat eine **Lohnbewegung der deutschen Seeleute** stattgefunden, und die ist von den Reedern damit beantwortet worden, daß sie Hunderte von deutschen Seeleuten entlassen und durch Farbige ersetzt haben. In der Kommission sagte ein Regierungsvertreter, die deutschen Arbeiter seien zu schade dazu, in den Tropen an den glühend heißen Kesseln zu arbeiten. Die deutschen Seeleute scheinen aber nicht zu schade dazu zu sein, **beschäftigungslos in unseren Häfen herumzulaufen.** Die Fürsorge der Regierung für Leben und Gesundheit der deutschen Arbeiter sollte doch nicht weiter gehen, als diese selbst es wünschen. Der Grund der Beschäftigung farbiger Arbeiter ist vor allem in dem Profitinteresse der Reeder zu suchen und in ihrem Bestreben, die Organisation der weißen Seeleute lahmzulegen. Wenn die Regierung wirklich die Interessen der deutschen Seeleute wahrnehmen will, so sollte sie die Reeder verpflichten, die Farbigen **wenigstens relativ ebenso zu bezahlen wie die Weißen und eine völlige Rechtsgleichheit in sozialpolitischer Hinsicht zwischen Farbigen und Weißen schaffen.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Im zweiten Teil unserer Resolution fordern wir die Aufhebung des Artikels 26 des mit dem Lloyd geschlossenen Vertrages. Ich habe in der ersten Lesung auf eine Resolution hingewiesen, die bei der Beratung der Subventionsvorlage im Jahre 1888 von der agrarischen Mehrheit beschlossen worden ist, und in der die Regierung aufgefordert wird, mit dem Lloyd zu vereinbaren, daß landwirtschaftliche Produkte, die mit den Erzeugnissen der deutschen Landwirtschaft konkurrieren, von der Einfuhr durch subventionierte Dampfer nach deutschen, belgischen und holländischen Häfen ausgeschlossen sind. Ich habe danach gefragt, ob die Regierung dieser Resolution entsprochen habe. Ich kam zu dieser Frage, weil ich bei flüchtigem Durchsehen des Materials übersehen hatte, daß die Regierung in dem uns übergebenen Material einfach eine Reihe von Paragraphen der Verträge nicht abgedruckt hat. Ich halte das für ein recht sonderbares Verfahren, wogegen auf das nachdrücklichste protestiert werden muß, denn ein solch lückenhaftes Material hat natürlich für den Reichstag gar keinen Wert. (Sehr wahr! bei den

# Kleines Feuilleton.

**Afrikanische Kriegstrommeln.** Das Berliner Museum für Völkerkunde ist durch eine Sammlung von vielen Hunderten kostbarer alter afrikanischer Schnitzwerke bereichert worden, die der am 5. März 1908 in einem Gefecht gefallene Hauptmann Glauning aus Nordwest-Kamerun nach Berlin gesandt hatte. Glauning war ein leidenschaftlicher Sammler, dem auch das zoologische Museum in Berlin reichhaltige Schenkungen verdankt. Besonders groß war sein Interesse für Ethnographie und die Kunst der Wilden. Mit großer Umsicht und Beharrlichkeit wußte er alte Schnitzereien bei Stämmen, die diese Kunst seit langem nicht mehr ausüben, aufzufinden und zu erwerben. Seine Schenkungen an die Museen in Berlin und Stuttgart sind einzig in ihrer Art. Unter der großen Berliner Kollektion sind besonders zwei prächtige Signaltrommeln bemerkenswert, die im neuesten Heft der Amtlichen Berichte aus den Königlichen Kunstsammlungen beschrieben werden. Diese Signal- und Kriegstrommeln, auf denen mit Hülfe der Trommelsprache in wenigen Minuten Nachrichten jeder Art über mehr als 100 Kilometer hin vermittelt werden, sind ausgehöhlte Baumstämme mit einem oft nur ganz schmalen Längsschlitz. Sie kommen nicht nur in West-Afrika, sondern auch in Neu-Guinea, auf den Neuen Hebriden, den Fitschi-Inseln und Samoa vor und sind dadurch von Bedeutung für eines der großen Probleme der Völkerkunde, für den Zusammenhang indonesischer mit afrikanischer Kultur. Die „Schlitztrommeln" der Berliner Sammlung sind berühmte historische Stücke aus dem Besitz großer Häuptlinge. Die Kriegstrommel der Banßa, die Tag und Nacht von zuverlässigen Kriegern bewacht als Heiligtum des Stammes unter einem hohen Schutzdach hing, ist oben von der weit überlebensgroßen Figur eines sitzenden Königs gekrönt, der als Zeichen seiner Herrschaft über Leben und Tod in der einen Hand ein Schwert und in der anderen einen abgeschnittenen Kopf hält. Der zylindrische Teil ist mit geschnitzten Reliefiguren von Menschen und Krokodilen bedeckt. Die Trommeln werden mit einer fast mannslangen Stange geschlagen, die mit beiden Händen gefaßt und auf die dünne Wandung in der Nähe des Schlitzes gestoßen wird. Die andere Trommel, das größte Stück dieser Art, das überhaupt jemals in eine europäische Sammlung gelangt ist, hat eine Länge von etwa 3,60 Meter und einen Umfang von fast drei Meter. Sie ruht wagerecht auf vier Elefantenfüßen, hat an den Seitenflächen Schnitzereien von Menschen und phantastischen Tieren und endet auf der einen Seite in einen Büffelkopf, auf der anderen in den Kopf eines sehr stilisierten Elefanten. Auch sehr interessante geschnitzte Türstöcke finden sich in der Sammlung und ein anderes höchst bedeutendes Werk afrikanischer Kunst, der uralte Thron des Königs Ndschoia von Bamum, dessen Schenkung Hauptmann Glauning noch vermittelt hat, befindet sich bereits auf dem Wege nach Berlin.

**Die Wahrheit über den Niagara.** Von seinen Eindrücken bei seinem ersten Besuch der Niagarafälle gibt der New Yorker Korrespondent des „Matin" eine bezeichnende Schilderung: „Wenn Sie zum Niagara kommen, dann gehen Sie vor allem zu „Hennepins View", dort haben Sie den schönsten Blick auf die Fälle . . ." Und ich ging zu „Hennepins View". Ein wilder rauher Wind pfiff mir um die Ohren und dort unten trieb er den Wasserstaub in zerrissenen Wolken durch die Luft. Ein ohrenbetäubender Lärm, ein ruhelos donnerndes Rauschen klingt von den Fällen herüber. Und der Cicerone, der sich an meine Fersen geheftet, beginnt nun seine Litanei herunterzubeten: „Vor Ihren Augen, mein Herr, gewahren Sie das größte Wunder der Welt. Von einer Höhe von 44 Metern stürzt der Strom herab und mit einer Schnelligkeit von 425 000 Kubikmetern in der Minute. Sie können beobachten wie . . ." Aber ich beobachtete nur ein Ding, ich sah nur eines; es war nicht der Fluß, es waren nicht die 425 000 Kubikmeter Wasser, es war nicht der Cicerone. Es waren riesenhaft große Plakate, die mir gegenüberstanden, drüben auf der kanadischen Seite und diese Plakate, sie schworen mirs zu, daß der beste Kakao der Welt der Kakao Thomas wäre und daß es keine schöneren Schuhe gäbe als die Schuhe von Gaspard. Gaspard und Thomas ließen ihre Namen in gewaltigen Buchstaben vor meinen Augen tanzen und ihre Schuhe und ihr Kakao beherrschten sieghaft das ganze kanadische Ufer. Umsonst versuchte ich die Konturen der Hügel zu erkennen, die Profile der Häuser, die Silhouetten der gewaltigen Bäume: Gaspard verdeckte sie alle und Thomas versperrte mir jeden Ausblick. Wütend verließ ich „Hennepins View", über die riesige Eisenbrücke eilte ich zum anderen Ufer, und indem ich Gaspards Schuhen und Thomas' Kakao ostentativ den Rücken kehrte, richtete ich die Blicke von neuem auf „das größte Wunder der Welt", hinüber nach der amerikanischen Seite. Aber ach, ein neues Schauspiel erwartete mich dort: Vor einigen Jahren sind schlaue Industrielle auf den Einfall gekommen, die Kraft des Wassers auszubeuten, einen Teil des Flusses haben sie abgeleitet durch ihre Fabriken und wenige hundert Meter unterhalb der Fälle ergießt sich das aus den Fabriken kommende schmutzige übelriechende Wasser in den Niagara. Und dies hatte ich nur vor Augen, ich sah die trüben bräunlichen Wassermassen, die den Schmutz und den Unrat von 27 Fabriken und 10 000 Bewohnern mit sich führten, ich sah eine Kette von Schornsteinen, die ihren dunkelen rußigen Rauch über das Grün der Landschaft ausspieen: so erschien mir das amerikanische Ufer des Niagara. Und ich konnte den zornigen Gedanken nicht zurückhalten: die diese Plakate aufgestellt haben und diese Schmutzröhren angelegt, das sind — „Ferkel" . . .

## Notizen.

— **Die Zukunft des Lortzingtheaters** ist ungewiß geworden, da ihr Begründer Direktor Garrison zum Schluß der zu Ende gehenden Spielzeit die Direktion niederlegt. Es wäre bedauerlich, wenn das populäre Unternehmen, das eine wirkliche Aufgabe im Berliner Kunsttrubel erfüllte, eingehen sollte.

— **Das koulante Hoftheater.** Der Wiener Dichter Stefan Zweig hat seine vom kgl. Schauspielhaus angenommene und bereits zur Aufführung bestimmte Tragödie „Thersites" zurückgezogen. Die allzu preußischen Methoden der Generalintendanz, die mit künstlerischer Leistungsunfähigkeit bureaukratische und absolutistische Manieren vereinigt, haben ihn dazu bestimmt. Man hatte die Aufführung des Stückes wiederholt verschoben und sie schließlich an der ungünstigsten Zeit angesetzt und zudem entscheidende Umbesetzungen vorgenommen, ohne den Künstler davon zu unterrichten. Da die Generalintendanz von künstlerischem Ehrgeiz sich frei weiß und auch mit den abgespielten Stücken auszukommen meint, so will sie diese Absage ruhig in den Kauf nehmen.

— **General Türr**, dessen Namen Abenteuerlust und Kriegsromantik umwoben, ist in Budapest gestorben. Er war ein Kämpfer für Volksbefreiung in manchem Lande und zugleich ein Condottiere, dessen Element der Krieg ist. Von Geburt ungarischer Deutscher (geb. 1825 in Baja) hat er seit 1848 an allen möglichen Kämpfen und Konspirationen teilgenommen. 1848 kämpfte er auf österreichischer Seite gegen die italienische Erhebung, ging aber nach Ausbruch der ungarischen Revolution zu den Piemontesen über und bildete eine ungarische Legion in Italien. Dann tauchte er in der badischen Erhebung auf, flüchtete nach deren Bezwingung nach London und nahm an den revolutionären Bewegungen für die Befreiung Italiens usw. konspiratorischen Anteil. Der Krimkrieg sah ihn in englischen Diensten. Von den Oesterreichern beim Pferdeankauf aufgegriffen, wurde er zum Tode verurteilt, auf englische Verwendung hin aber freigelassen. 1860 nahm er als Garibaldis Adjutant an dem Zuge nach Sizilien teil und wirkte bei der Annektierung Neapels mit. 1866 suchte er von Serbien aus eine ungarische Erhebung zu organisieren und 1870 arbeitete er an einer Allianz gegen Preußen. Nach diesem bewegten kriegerischen Leben suchte er an Friedenswerken mitzuarbeiten. Er trat an die Spitze der Gesellschaft, die den Kanal von Korinth baute und wurde zum Schluß Befürworter der Friedensbewegung.

— **Katzenschutz.** Der Deutsche Bund für Katzenschutz erläßt folgenden Aufruf. Die andauernden Verhetzungen, Verfolgungen und meist qualvollen Tötungen eines unserer anmutigsten Haustiere, der zu Unrecht verkannten Katze, machen es dringend notwendig, alle wirklichen Tierfreunde und Katzenliebhaber zu einem festen Bunde zusammenzuschließen. Beitrittsanmeldungen sind zu richten an den Geschäftsleiter des Bundes Herrn H. J. Müller, Berlin-Rixdorf, Donau-Straße 105.

— **Die ältesten Spuren des Menschen in Nordamerika.** Ueber das Alter des Menschen in Amerika sind in jüngster Zeit abschließende Forschungen unternommen worden, deren Resultate im „Globus" mitgeteilt werden. Danach ergibt sich, daß alle aufgefundenen Ueberreste der ältesten Bewohner des Landes die größte Aehnlichkeit mit der Schädel- und Knochenbildung der heutigen Indianer besitzen; Ueberreste von Menschen mit primitivem Typus und außergewöhnlichem geologischen Alter sind bisher im Gebiet der Vereinigten Staaten noch nicht entdeckt worden. Es scheint danach, daß der Mensch relativ spät in diesen Gebieten aufgetaucht ist. Nimmt man an, daß der Mensch in der Tertiärzeit sich durch Differenzierung aus dem Affen entwickelt habe, so sind die frühesten Spuren des Menschengeschlechts da zu suchen, wo die Affen von höherer Form existieren, in den wärmeren Teilen Asiens, Afrikas und Europas. Da sie in Amerika fehlen, würde daraus folgen, daß Amerika in verhältnismäßig später Zeit durch Einwanderung von der alten Welt her besiedelt wurde.

Sozialdemokraten.) Tatsächlich hat die Regierung in dem Artikel 25 eine Bestimmung aufgenommen, wonach dem Lloyd bei Strafe bis 300 M. verboten ist, solche landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach den genannten Häfen einzuführen. Man hat von einer Schädigung der nationalen Interessen gesprochen, wenn die Vorlage nicht angenommen würde, aber man will den ganzen Vertrag über den Haufen werfen und die Subvention entziehen, wenn landwirtschaftliche Produkte eingeführt werden. Es ist merkwürdig, wie rücksichtsvoll unsere Regierung sein kann, wenn agrarische Interessen auf dem Spiele stehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission hat die Regierung erklärt, sie sei verpflichtet gewesen, den Beschluß des Reichstages loyal auszuführen. Dutzende und Aberdutzende von Beschlüssen des Reichstags sind in den Papierkorb befördert worden, aber **wo agrarische Interessen auf dem Spiele stehen, da fühlt die Regierung sich auf einmal verpflichtet, loyal den Beschlüssen des Reichstags Rechnung zu tragen.** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich ersuche Sie, unserer Resolution zuzustimmen. Wer das nicht tut, soll uns in Zukunft mit der Behauptung verschonen, daß er nationale Politik treibe. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Kolonialamts **Dernburg:** Die Behauptung, daß in Neuguinea einer Anzahl großkapitalistischer Unternehmungen, denen es ausgezeichnet gehe, billige Arbeiter durch diese Vorlage verschafft werden sollten, trifft nicht zu. Die Dividenden, die in Samoa gezahlt werden, das 4000 bis 5000 Kilometer von Neu-Guinea entfernt liegt, besagen nichts für die Rentabilität der Pflanzungen in Neuguinea. Herr Noske ist den Beweis schuldig geblieben, daß in Neuguinea irgend eine Plantage eine Rente abwirft. Ebenso wenig ist es richtig, daß der Norddeutsche Lloyd bei dieser Sache Seide spinnt. Er hat einwandsfrei nachgewiesen, daß ein Verlust von etwa einer halben Million Mark auf dieser Linie ruht. Herr Noske hat wieder davon gesprochen, daß über unseren Handel mit Neuguinea verschiedene Zahlenangaben gemacht worden seien. Es ist schon in der Kommission darauf hingewiesen worden, daß in der einen Statistik die Freihafengebiete von Hamburg, Bremen, Lübeck nicht mitberücksichtigt sind. Natürlich, Berlin hat auch mehr Einwohner, wenn man sämtliche Vororte dazu nimmt. (Heiterkeit.) Ich habe auch in der Kommission bereits dargelegt, daß unser Handel mit Neuguinea nicht nur ein paar Hunderttausend Mark, sondern einige Millionen beträgt, wozu noch der Handel mit den Karolinen kommt. Wir dürfen das Territorium, das wir kommerziell bereits mit Beschlag belegt haben, nicht wieder aufgeben, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß man unserer Flagge dort weniger Achtung entgegenbringt. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (wirtsch. Vg.): Wir haben niemals prinzipiell gegen die Subventionen gestimmt, sondern hegten nur Bedenken gegen die vorliegende Forderung. Daher haben unsere Vertreter in der Kommission gegen die Forderung gestimmt. Wir haben aber inzwischen uns überzeugen lassen, daß nationale Interessen vorliegen, und haben, um diese mit den Geboten der Sparsamkeit zu vereinigen, unseren Vermittelungsantrag gestellt. Was den sozialdemokratischen Antrag anlangt, so werden wir dem ersten Teil zustimmen, den zweiten jedoch im Interesse der deutschen Landwirtschaft ablehnen. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. **Erzberger** (Z.): Hätte ein Zentrumsredner die Rede gehalten, die Graf Kanitz vorhin gehalten hat, wie hätten Sie dann über das antinationale Zentrum gezetert! (Sehr wahr! im Zentrum.) Mit Recht hat Graf Kanitz die Deckungsfrage betont; das Zentrum hat die Deckung bei jeder Bewilligung in den Vordergrund gestellt und wir wünschten, daß wir dabei immer auf Verständnis träfen. Man sprach davon, daß eine indirekte Deckung durch die Mehrerhebung von Zöllen vorhanden sei. Die Zölle sollten aber sobald als möglich in Kraft gesetzt werden, dazu bedarf es keiner Subvention. Außerdem sind die zahlenmäßigen Angaben des Staatssekretärs des Kolonialamtes über die Erträge der Zölle nicht zutreffend. — Wir sind nun nicht dagegen, daß die bestehenden Verbindungen von Neuguinea aufrecht erhalten werden, dagegen sind wir gegen die Einrichtung der neuen Linie Neuguinea—Singapore, welche der anderen Linie Neuguinea—Hongkong Konkurrenz machen würde; deshalb werden wir dem Antrag Lattmann zustimmen. Herr Hormann erklärte, die unveränderte Annahme der Vorlage sei die Konsequenz früherer Beschlüsse; dabei haben **die Freisinnigen früher gegen jede Postdampfersubvention sich gewendet.** — Für die sozialdemokratische Resolution zu A werden wir stimmen, für die zu B nicht; daß wir dafür eintreten, wird ja Herr Noske selbst nicht erwarten. Ich bitte daher, getrennt über die Resolutionen abzustimmen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Nach der Vorlage und der Verhandlung sollte man glauben, daß der ganze Verkehr erst durch die Subventionen geschaffen ist und bei Fortfall der Subventionen wieder wegfallen würde. Der Staatssekretär sagte, infolge der Ablehnung der Vorlage würde die deutsche Flagge aus jenen Gewässern verschwinden, und dadurch würde das Ansehen des Deutschen Reiches geschädigt. Eine Begründung für solche Behauptung hat er nicht einmal versucht. Er kann sie auch nicht geben, denn auch schon vor den Subventionen ist die deutsche Flagge in jenen Gewässern erschienen, ja die Subventionen sind ein Beweis dafür, daß deutsche Schiffe schon vorher in jenen Gegenden verkehrt haben. Wenn man nun aber einmal die Subventionen ändert, so sollte man auch die Verträge mit den Dampfschiffsgesellschaften selbst einer näheren Revision unterziehen. Seit Abschluß des ersten Vertrages sind mehr als 20 Jahre verflossen und es sind damals Dinge im Vertrage berücksichtigt, die man heute nicht berücksichtigen würde, und umgekehrt sind Dinge nicht berücksichtigt, die man heute berücksichtigen würde. Die Verträge sind zu einer Zeit geschlossen, als die Leistungsfähigkeit des deutschen Schiffsbaues noch nicht anerkannt wurde. Heute stehen die deutschen Werften dagegen so, daß ein Zwang auf die Gesellschaften, die Schiffe auf ihnen bauen zu lassen, nicht mehr gerechtfertigt erscheint. Noch merkwürdiger ist die Klausel, daß unter allen Umständen deutsches Material verwendet werden müsse. 1885 bedurfte die deutsche Eisenindustrie vielleicht noch einer solchen Anregung. Heute dagegen ist der **deutsche Stahlwerksverband** der einzige Lieferant, der in Betracht kommt. Wenn man in dieser Weise auf **kapitalistische Interessen Rücksicht genommen hat, so sind wohl auch die deutschen Arbeiter berechtigt, zu verlangen, daß ihr Interesse gewahrt bleibe.** Es kommt dazu, daß auch in niederländischen und deutschen Häfen nur deutsche Kohlen eingenommen werden dürfen, obwohl feststeht, daß England bezüglich der Kohle leistungsfähiger ist. Als Lieferant der deutschen Kohle kommt nur das **rheinisch-westfälische Kohlensyndikat** in Betracht. Analoge Bestimmungen bestehen für die Einnahme des Proviants, der ohne diese Bestimmungen in Amsterdam billiger zu beschaffen wäre. Man hat so dem Lloyd eine Reihe von Verpflichtungen auferlegt, die den Betrieb erheblich verteuern. Da sollte man doch auch bestimmen, daß überall, wenn es irgend möglich ist, deutsche Arbeiter zu verwenden sind. Auf den asiatischen Fahrten werden aber wesentlich Kulis verwendet, und diese Verwendung ist dem Lloyd geradezu aufoktroyiert, indem er für diese Leute keine Beiträge zur Alters- und Invalidenversicherung zu zahlen braucht, die Verwendung der nichtdeutschen Arbeiter wird also geradezu prämiiert. Es bildet das gewissermaßen einen Ausgleich für die Opfer, die dem Lloyd im agrarischen und kapitalistischen Interesse auferlegt sind. Man wird mir entgegenhalten, warum denn Leute anderer Nationalität von der Arbeit auf deutschen Schiffen ausgeschlossen werden sollen. Wir verlangen das nicht, weil sie von anderer Nationalität sind, sondern weil sie unter ganz anderen Bedingungen arbeiten, **die wir als eine Barbarei, geradezu als Sklaverei ansehen.** Ich hätte nicht erwartet, zu hören, was Herr Hormann hier vorbrachte, daß die Ueberlegenheit der Chinesen und Askaris über die deutsche Mannschaft vollkommen erwiesen sei. Ich habe immer geglaubt, daß die Leute, welche auf niedriger Kulturstufe stehen, auch weniger leistungsfähig sind als die deutschen Arbeiter. Die Ueberlegenheit scheint auch nicht in der Arbeitsleistung zu bestehen, sondern darin, **daß sie viel mehr Schikanierungen ertragen können als die deutschen Arbeiter.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die farbige Mannschaft wird lediglich deshalb genommen, **weil sie billiger ist.** Freilich meinte Herr Hormann, daß das nicht der Fall sei, weil man 20 Proz. mehr einstellen müsse. Würden aber die Weißen ebenso billig sein, so würden sie doch wohl vorgezogen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die schlechte Behandlung, welche die Farbigen sich gefallen lassen, hat aber für unsere Reeder die Nebenbedeutung, daß sie die Gewohnheit einer solchen Behandlung auch auf andere übertragen. Verlangen sie doch jetzt, **daß die Seeleute aus dem Seemannsverband austreten.** Es wäre wohl an der Zeit, darauf zu achten, daß die Schiffe gebaut werden, wie es im Interesse der Gesundheit der Seeleute geboten ist. Darüber aber enthalten die Verträge gar nichts. Nicht mit Einschränkung der weißen Mannschaft kann man den Uebelständen entgegentreten, sondern mit der **Schaffung gesünderer Arbeitsräume.** Die Vertreter des Lloyd werden wahrscheinlich sagen, wenn wir ihnen vorschreiben, daß sie weiße Mannschaften nehmen sollen, so müßten wir erheblich mehr zahlen. Aus diesem Grunde haben wir weiter beantragt, daß die Klausel, wonach auf den subventionierten Dampfern keine landwirtschaftlichen Produkte, die der deutschen Landwirtschaft Konkurrenz machen, eingeführt werden dürfen, gestrichen werden soll. Der deutschen Landwirtschaft erwächst daraus keine Schädigung, denn sicherlich wird kein Weizenkorn, welches für den deutschen Markt bestimmt ist, dadurch von Deutschland ferngehalten, daß seine Einfuhr auf den subventionierten Schiffen verboten ist. Für die Gesellschaft aber ist es zweifellos ein Hindernis, solche Artikel von der Beförderung auszuschließen. Aus diesen Gründen bitte ich Sie um Annahme unserer Resolution. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): Ich bedaure, daß Herr Noske es für nötig gehalten hat, Herrn Hormann vorzuwerfen, er spreche im Auftrage des Norddeutschen Lloyd. Solche persönliche Vorwürfe erhebt man gewöhnlich, wenn die sachlichen Gründe nicht ausreichen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Wir können dem Lloyd nicht zumuten, eine Linie direkt mit Verlust weiter zu fahren. Wenn wir die jetzige Verkehrsentwickelung in Neu-Guinea einschränken, wird die Folge nur sein, daß die Kolonie viel später dazu kommt, sich selbst zu erhalten. Sehr bedauerlich ist es, daß uns die Vorlage so spät zugegangen ist, daß erneute Verhandlungen mit dem Lloyd nicht mehr möglich sind. Wenn die Regierung jetzt eine Niederlage erleidet — was ich nicht wünsche — hat sie es sich danach selbst zuzuschreiben. Für den zweiten Satz des sozialdemokratischen Antrags werden wir stimmen.

Abg. **Schweickhardt** (D. Vp.) spricht sich für die Vorlage aus.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg:** Was unsere Stellung zum Antrag Lattmann betrifft, so ergibt sich die derzeitige Stellung der Regierung aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Dernburg. Mit dem Lloyd sind, sobald der Antrag Lattmann einging, Verhandlungen über seine Stellung dazu eingeleitet, die bisher noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt haben.

Abg. **Hormann** (frs. Vp.) verteidigt die Verwendung farbiger Heizer und Trimmer und bittet nochmals um Annahme der Regierungsvorlage.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. **Erzberger** (Z.) schließt die Debatte.

Abg. **Noske** (Soz.) (persönlich): Der Staatssekretär hat mir die Benutzung falscher Zahlen vorgeworfen und behauptet, es sei bereits in der Kommission aufgeklärt worden, woher die Differenz zwischen seinen Angaben und denen des Kaiserlich Statistischen Amtes stamme. Ich weise diese Behauptungen entschieden zurück; in der Kommission hat der Regierungsvertreter vielmehr erklärt, er wisse die Differenz nicht zu erklären.

Bei der Abstimmung erheben sich für die Regierungsvorlage die Liberalen, Nationalliberalen und ein Teil der Rechten.

Vizepräsident **Kaempf** erklärt: **Das ist die Mehrheit.** (Lebhafter Widerspruch und große Unruhe.)

Zufolge des Widerspruchs wird die Abstimmung wiederholt. **Sie ergibt die Ablehnung der Regierungsvorlage.**

Darauf wird der Antrag Lattmann (Bewilligung von 230 000 M.) angenommen.

Der Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.) wird in seinem ersten Teil gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums, in seinem zweiten Teil gegen die der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der Polen abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung der Kolonialbahnen.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Wir betrachten diese Eisenbahnen von dem Gesichtspunkte aus, daß sie in erster Reihe dazu bestimmt sind, die Herrschaft über die Kolonien auszudehnen und als Mittel zur kapitalistischen Ausbeutung der Eingeborenen zu dienen. In der Kommission wurde erklärt, daß all diese Bahnen in erster Reihe militärische Zwecke haben und die Möglichkeit gewähren sollen, den Eingeborenen rasch Truppen entgegenzuwerfen. Diese Gründe allein würden für uns voll genügen, um von unserem Standpunkt aus **die Vorlage abzulehnen, da wir grundsätzlich jede Herrschaft über andere Völker verwerfen.** Aber auch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die zugunsten dieser Vorlagen ins Feld geführt werden, sind durchaus nicht durchschlagend. Natürlich gibt es eine Anzahl Leute in Deutschland, die an derartigen Kolonialbahnen ein großes Interesse und zwar ein direktes Geschäftsinteresse haben. Vor allem die **großen Lieferanten** für die Eisenbahnen und dann auch **gewisse Kapitalisten,** die daran interessiert sind, daß das Kapital auf diese Weise nach den Kolonien gebracht wird. Unmöglich aber kann man den deutschen Arbeitern, der Masse der deutschen Steuerzahler zumuten, daß sie für diese rein kapitalistischen Zwecke irgendwie Gelder aus ihrer Kasse geben. Man hat betont, die Arbeiter hätten ein wesentliches Interesse an diesen Bahnbauten, denn die Arbeiter verdienten doch dabei, wenn in Deutschland das Material für diese Eisenbahnen hergestellt und nach den Kolonien geschafft würde. Dieses Argument ist ja nicht neu, es ist bei jeder Flottenvorlage angewandt worden. Die deutschen Arbeiter können aber unmöglich ein Interesse daran haben, daß ihnen **aus der einen Tasche Gelder hinausgezogen werden, und ihnen in die andere Tasche ein Teil dieser Gelder wieder hineingesteckt wird.** Denken Sie sich, es verfiele jemand auf den Gedanken, zur Verschönerung der Döberitzer Heerstraße den ganzen Grunewald abholzen zu lassen und auf der so hergestellten Wüste ein Faksimile der Pyramiden von Gizeh errichten zu lassen. Auch da könnte von irgend einem modernen Joseph als Vertreter eines **modernen Pharao** ausgeführt werden, dabei würden die deutschen Arbeiter auf Jahre hinaus lohnende Beschäftigung bei der Abholzung des Grunewaldes und der Errichtung dieser wundervollen Pyramide von Gizeh finden. Mit einem derartigen Argument hat sich schon vor 60 Jahren einmal die Berliner Stadtverwaltung **bis auf die Knochen blamiert,** als sie bei der großen Arbeitslosigkeit, um das Volk zu beruhigen, die Rehberge abtragen und auf einer anderen Stelle wieder aufschütten ließ. Damals hat man allgemein die Berliner Stadtverwaltung wegen dieser Rehbergerei ausgelacht. Was die Bahnprojekte selbst anlangt, so kommt noch dazu, daß die Ansichten der Sachverständigen über sie sehr auseinander gehen. Wir haben es ja wiederholt erlebt, daß die Regierung im letzten Augenblick mit solchen Projekten kommt, die dann hier durchgepeitscht werden, und hinterher stellt sich heraus, daß sie sehr unpraktisch waren. Ich weise auf die Erfahrung hin, die wir in Südwestafrika gemacht haben mit der Bahn Swakopmund—Windhoek. Kaum war sie fertig, so stellte sich heraus, daß sie durch **ganz ungeeignetes Terrain gebaut war,** und da hat man dann die Oktavbahn bis zu einem bestimmten Punkte ganz parallel bauen müssen, so daß also das ganze Geld im wahrsten Sinne des Wortes **in den Sand gebaut war.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von einer anderen Bahn hat Herr Dernburg selbst eine Anekdote erzählt, die beweist, mit welcher **Leichtfertigkeit** solche Projekte betrieben werden. Es handelte sich um eine Bahn von Dares Salam nach Mrogogo und ein Sachverständiger, der gefragt wurde: **wo liegt eigentlich Mogogo, hat gesagt: Instrument für koloniale Angelegenheiten war** (Große Heiterkeit.)

Die Entwickelung des Projektes der Verlängerungsbahn über Taborah ist auch eine sehr merkwürdige. Es war geplant, daß die Verlängerung direkt nach Westen gehen solle. Herr Spahn aber sagte in der Kommission — das war noch zu jener Zeit, **als der Zylinderhut des Herrn Spahn das maßgebende Instrument für koloniale Angelegenheiten war.** (Große Heiterkeit.) — es wäre viel zweckmäßiger, die Bahn nördlich mit einem Knick weiterzuführen. Und was geschah? Man hätte doch erwarten sollen, daß die Regierungsvertreter sagten, nach Befragen des Bundesrats werde die Regierung zu dem neuen Projekt Stellung nehmen, aber Herr Sydow erhob sich sofort und erklärte: **Jawohl, die Strecke nehmen wir auch.** Und so bekamen wir den Knick der Bahn. Was die Togobahn anlangt, so habe ich bereits in erster Lesung darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung ihre eigenen Argumente in der einen Vorlage mit denen der anderen Vorlage totschlägt. In Ostafrika hat die Regierung mit dem Argument operiert; wenn wir die Bahn bauen, dann hat dieselbe ein Wirkungsgebiet nach beiden Seiten von 150 Kilometer. In Togo aber ist der Wirkungskreis 15mal geringer und zwar aus dem Grunde, weil die Regierung in Togo eine Parallelbahn, die kaum 10 Kilometer von der anderen entfernt ist, bauen will. Es ist das charakteristisch für die Geschicklichkeit in der Zusammenbrauung von Argumenten seitens der Regierung. Der eine Geheimrat bringt dies Argument, der andere jenes, und Herr Dernburg merkt nicht, daß sie sich gegenseitig aufheben. (Heiterkeit. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Südwestafrika haben wir es nach wie vor mit rein militärischen Zwecken zu tun. Da werden wir noch auf Jahre hinaus **mit einem enormen Defizit zu rechnen haben.** Vor kurzem hat ein Oberleutnant Schmidt in der Kolonialgesellschaft einen Vortrag gehalten, worin er die wunderbare Auffassung vertrat, Deutschland müsse im Norden gegen die Owambos ein Armeekorps halten auch zu dem Zwecke, **um damit auf England einen Druck auszuüben.** (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Es verdient, festgenagelt zu werden, daß ein Offizier der Schutztruppe, ich nehme an, a. D., derartige Projekte ernsthaft erörtern darf.

Wenn wir nun an sich schon diese Vorlage verwerfen, so können wir auch dem Finanzierungsprojekt nicht zustimmen. Früher wollte man die Bahnen auf Anleihe nehmen, dann tauchte der Plan auf, daß das Reich ein Darlehen geben soll, und jetzt sind diese beiden Pläne ineinander gearbeitet worden. Die Kommission hat neu eingefügt, daß die Kolonien gemeinsam Bürgschaft leisteten. Durch die Art der Kreditbeschaffung soll der Eindruck erweckt werden, als ob außerhalb des Deutschen Reiches ein Rechtssubjekt für die Anleihen vorhanden wäre. Das ist eine Fiktion. In Wirklichkeit sind **es die deutschen Steuerzahler, denen die Anleihen zur Last fallen,** genau so, als wenn das Deutsche Reich direkt ein Darlehn geben würde. Jede Unklarheit, besonders in solchen Finanzfragen, ist aber unbedingt schädlich. Wir wollen unter keinen Umständen den Schritt mitmachen, und deckungslose Millionen ausgeben. Wir haben dabei auch eine menschliche Rücksicht auf den gegenwärtigen Staatssekretär zu nehmen. (Heiterkeit.) Erinnern Sie sich, daß er in der Kommission aufstand und sagte: „Als ich die Aufstellung der Milliarden Schulden bekam — er war damals schon drei Monate im Amte — da ist mir ein Schrecken in die Glieder gefahren. (Heiterkeit.)" Wir wollen ihm nun nicht einen neuen Schrecken bereiten. Jetzt merkt er das vorläufig nicht, aber nach einem Jahre, wenn wieder einmal ein Beamter eine Zusammenstellung der Milliardenschulden macht, die dann an die fünfte und sechste heranreichen — wenn der Staatssekretär dann entdeckt, daß mittlerweile, ohne daß er eine Ahnung hatte, auch noch die finanziellen Verpflichtungen für die Eisenbahn dazugekommen sind, davor wollen wir ihn bewahren, zumal er sich ja für die Reichsfinanzreform trainiert. Ich glaube allerdings nicht, daß Sie sich durch Argumente von Ihrer Zustimmung werden abbringen lassen. Niemand von den Mehrheitsparteien hat es für nötig befunden, das Projekt zu rechtfertigen. Vielleicht haben Sie sich gegenseitig ein Schweigegelöbnis auferlegt, damit die Sache möglichst rasch erledigt wird. Dann wird allerdings die Vorlage sofort angenommen werden, **wir aber möchten entschieden Verwahrung einlegen über die Art der Geschäftsführung, die seitens der Mehrheitsparteien in der letzten Zeit eingeführt worden ist.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist geradezu ein Skandal. (Lebhafte Zustimmung bei dem Antiblock. Ohrufe bei dem Block, Glocke des Präsidenten.) Ich erinnere Sie an das Vereinsgesetz und frage Sie, ob Sie einen anderen Ausdruck dafür haben. Auf diese Weise wird der Parlamentarismus durch das Gebaren der Mehrheitsparteien auf das schwerste geschädigt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident **v. Stolberg:** Ich schließe die Diskussion. **(Lautes Bravo bei dem Block.)**

Die Vorlagen werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Nachtragsetats, welcher 710 000 M. zu außerordentlichen unwiderruflichen Zulagen für die in der Provinz Posen und in den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittleren Kanzlei- und Unterbeamten bei der Postverwaltung fordert und 338 358 M. für dieselben Beamten bei der Heeresverwaltung sowie für die Unteroffiziere fordert (Ostmarkenzulagen).

Die Abgg. **Ablaß** und Genossen (frs. Vp.) beantragen, von der letzteren Summe 210 000 M. zu streichen.

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vgg.): Unser Antrag, 210 000 M. weniger zu bewilligen, entspringt der Absicht, die Unteroffiziere von der Zulage auszunehmen; denn an die Unteroffiziere hat bisher niemals jemand bei den Ostmarkenzulagen gedacht.

Generalleutnant **Sixt von Armin:** Der Antrag, die Unteroffiziere von der Zulage auszunehmen, ist mir ebenso unerfreulich wie überraschend. Ich bitte Sie, die Regierungsvorlage anzunehmen.

Abg. **Gröber** (Z.): Die Militärbeamten und Unteroffiziere stehen mit den Postbeamten keineswegs gleich, das hat die Regierung bei ihren früheren Forderungen von Ostmarkenzulagen selbst zugegeben. Der Wortlaut der Anträge Ablaß setzt nur die zu bewilligende Summe herab, ohne daß die Unteroffiziere, wie es doch die Absicht der Antragsteller ist, gestrichen werden. Wichtiger aber als die Frage der Unteroffiziere ist die Frage, ob überhaupt Ostmarkenzulagen gegeben werden sollen. **Mit Ihren Reden wollen Sie nur bemänteln, daß es sich dabei um eine politische Vorlage handelt.** (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum, bei den Polen und Sozialdemokraten.) In den Erläuterungen heißt es, daß für die Verteilung dieselben Grundsätze maßgebend sein sollen wie in Preußen. In Preußen aber sind, wie Fürst Bülow und der Finanzminister v. Rheinbaben im preußischen Abgeordnetenhause ausführten, politische Gesichtspunkte maßgebend. Die Freisinnigen erklärten früher diese Zulagen für korrumpierend und unannehmbar. (Zuruf bei den Freisinnigen: widerrufliche Zulagen!) Herr Pachnicke meint, die Unwiderruflichkeit sei erreicht; sie könne aber nur für ein Jahr bewilligt werden. Eine solche Unwiderruflichkeit wird die Beamten sehr glücklich machen! (Heiterkeit.)

Reichsschatzsekretär **Sydow:** Die Vorlage hat keinen politischen Zweck. (Lachen beim Zentrum, den Polen und den Sozialdemokraten.) In Preußen ist das anders, dort kommen eben auch politische Beamte in Frage. Daß die Unwiderruflichkeit in Preußen eine andere Bedeutung hat, als hier, liegt daran, daß der Reichstag nur außerordentliche Zulagen für ein Jahr verlangt hat.

Vizepräsident **Paasche** teilt mit, daß zu dem Antrage Ablaß beantragt ist, die Worte „sowie für Unteroffiziere" in der Regierungsvorlage zu streichen.

Abg. **Brejski** (Pole) wendet sich noch gegen die Vorlage, die einen ausgesprochen politischen Zweck habe.

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (wirtsch. Vg.) bittet die Unteroffiziere aus der Vorlage herauszulassen, denn der Soldat soll sich von der Politik fernhalten.

Abg. Dr. **Pachnicke** (Fr. Vg.): Die Vorlage hat keinen politischen Zweck, da es sich nicht um politische Beamte handelt. (Lautes Lachen im Zentrum, bei den Polen und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat in schöner Uebereinstimmung mit dem Abg. Pachnicke gesagt, die Vorlage habe keinen politischen Zweck. Beim Staatssekretär überrascht mich das nicht, er muß das ex officio (pflichtgemäß) behaupten. Bei einem Mitgliede der freisinnigen Partei ist das aber umsomehr überraschend, als Sie den Fall Schellenberg erlebt haben. In Wiesbaden wurde Dr. Schellenberg, der im freien Vertragsverhältnis mit der Post stand, von der Postverwaltung gemaßregelt, weil er seine Wahlpflicht nach seiner Ueberzeugung ausgeübt hat. Diese Tatsache ist von Ihnen selber und von der Mehrheit des Hauses gebrandmarkt worden. Der Staatssekretär Kraetke hat sie verteidigt, aber mit politischen Gründen. Er meinte, er könne es nicht dulden, daß ein Mann, der in irgend einer Weise von der Post abhängig ist, **sich politisch anders betätige, als die Postverwaltung es wünscht.** (Hört! hört!) Und angesichts dieser Tatsache wollen Sie an die politische Harmlosigkeit des Herrn Kraetke und seiner Kollegen glauben. (Große Heiterkeit im Zentrum, bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Wie Sie im Falle Schellenberg behandelt worden sind, wie Sie es sich haben gefallen lassen und wie Sie sich jetzt hinstellen und in die Versuche mit einstimmen, das Korruptionsverfahren zu beschönigen, **das läßt daran zweifeln, daß überhaupt noch ein Funke von Liberalismus in Ihnen ist.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie geben mit sehenden Augen der Korruption des Beamtentums zu politischen Zwecken Ihre Zustimmung. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird die Regierungsvorlage bezüglich der Ausgaben für die Verwaltung des Reichsheeres mit 286 gegen 17 bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt; darauf wird der Antrag Ablaß ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 167 gegen 137 Stimmen angenommen. Es folgt die namentliche Abstimmung über die Regierungsvorlage bezüglich der Ausgaben für die Reichspostverwaltung. Sie wird mit 156 gegen 148 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betr. Aenderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Haftung des Tierhalters). Die Kommission beantragt Annahme der Vorlage und außerdem eine Resolution, welche einen Gesetzentwurf verlangt, der die Unfallversicherungsgesetzgebung auf das bisher nicht versicherungspflichtige Fahr- und Stallpersonal ausdehnt.

Abg. **Gaebel** (wirtsch. Vg.) begründet einen Antrag, wonach die Bienen als Haustiere zu betrachten sind.

Abg. **Barmhorst** (Rp.) schließt sich dem Vorredner an.

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. **Nieberding** ersucht den Antrag abzulehnen.

Abg. **Steindl** (Z.) wendet sich gegen den Antrag.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Für den praktischen Landwirt bringt der Gesetzentwurf rechtzweifelhafte Vorteile, aber sehr klare Nachteile. Vorteile bringt er lediglich für die Großgrundbesitzer. Durch den § 833 ist ein großer Teil der kleinen Landwirte dazu gebracht worden, sich zu versichern, und gerade diese Versicherung ist zu begrüßen. Wir werden den Gesetzentwurf nach wie vor ablehnen, vor allem, weil es ein **antisoziales Ausnahmegesetz zugunsten der Großgrundbesitzer ist** und zuungunsten aller derer, welche durch ein Tier verletzt werden. Nicht einschränken, sondern ausdehnen sollte man den Gedanken des § 833. Sie behaupten doch immer, daß Sie den Großen keine Vorteile zuwenden wollen, sondern dem Mittelstand. Hier können wir die Probe aufs Exempel machen. Nehmen Sie doch entgegen den Kommissionsbeschlüssen unseren ersten Antrag an, den wir hier wieder aufnehmen. Wir wollen dem § 833 einen Satz zufügen: „Wer für einen von ihm verursachten Schaden nicht verantwortlich ist, weil ihm ein Vorsatz oder Fahrlässigkeit nicht zur Last fällt, hat gleichwohl den Schaden insoweit zu ersetzen, als die Billigkeit nach den Umständen, insbesondere nach den Verhältnissen der Beteiligten eine Schadloshaltung erfordert und ihm nicht die Mittel entzogen werden, deren er zum standesmäßigen Unterhalt sowie zur Erfüllung seiner gesetzlichen Unterhaltungspflicht bedarf. Ich bitte Sie dringend, diesen Antrag anzunehmen, der lediglich die Haftung des Reichen festsetzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist unzweifelhafte moralische Volksanschauung, daß der Reiche für den von ihm verursachten Schaden zu haften hat, und daß es unbillig und gegen alle Gesetze des Anstandes ist, daß der Reiche sich dieser Haftung entzieht. Mit der Resolution der Kommission, die Unfallversicherungsgesetzgebung auf das versicherungspflichtige Fahr- und Stallpersonal auszudehnen, erreichen wir gar nichts, vielmehr sollten Sie unseren Antrag annehmen: § 146 des Unfallversicherungsgesetzes für Land und Forstwirtschaft und § 135 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes aufzuheben. Auch unseren Antrag, dem § 833 zuzufügen: „für jeden durch Hasen angerichteten Schaden haftet der Jagdberechtigte" halten wir aufrecht. Die Annahme der Resolution der Kommission befreit Sie nicht von dem Vorwurf, daß Sie als ersten Einbruch in das Bürgerliche Gesetzbuch den machen, **daß Sie erklären, der Reiche soll in Zukunft nicht mehr so haften, wie ehedem.** Das können Sie nur, wenn Sie unsere Anträge annehmen unter Ablehnung des Ausnahmegesetzes zugunsten der Reichen.

Abg. **Stolle** (Soz.): Im Reichstag ist immer betont worden, **man** wolle den Kleinen und Unterstützungsbedürftigen schonen. Wir schlagen Ihnen eine Aenderung des Gesetzentwurfes vor, der das erreichen soll. Nach den Vorschlägen der Kommission ist jeder Arbeiter und jeder kleine Geschäftsmann stets in der Gefahr, **zum Krüppel gemacht zu werden, ohne jeden Anspruch auf Entschädigung.** Die Umkehrung der Beweislast, welche Sie beschlossen haben, ist keineswegs eine Deckung für die geschädigten Arbeiter. Dazu kommt die Schwierigkeit für ihn, zu klagen. „Sei im Besitze und du wohnst im Recht." Freilich sagen Sie, kann der Arme mit dem Armenrecht klagen, aber jeder weiß, wie schwer es für ihn ist, sich ein Armutszeugnis zur Erlangung des Armenrechts ausstellen zu lassen. Die Folge dieses Gesetzentwurfes wird sein, daß die Armenlasten sehr erheblich steigen werden. Wenn Sie Recht und Gerechtigkeit walten lassen wollen, müssen Sie gegen den Entwurf und für unseren Antrag stimmen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge der Gesetzentwurf in der Fassung der Kommission angenommen.

Als letzter Gegenstand wurde der Gesetzentwurf betr. Abänderung des § 63 des Handelsgesetzbuchs in zweiter Lesung angenommen.

Staatssekretär **Nieberding** erklärte, daß die Kommissionsbeschlüsse für die Regierung unannehmbar seien. Diese Beschlüsse gehen dahin, daß die Handlungsgehülfen während der Krankheit nicht nur das volle Gehalt, sondern auch ein Krankengeld erhalten sollen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr. (Wahlprüfungen, Petitionen.)

Schluß 7½ Uhr.

## Parlamentarisches.

### Einlauf.

Im Reichstage gingen ein:

Berichte der Wahlprüfungs-Kommission betreffend die Wahlen der Abgg. Bolz (natl.) und Lehmann (Soz.).

117., 119., 121., 124.—127., 130., 131., 133.—135., 139., 142—145. Bericht der Petitionskommission.

Bericht der Kommission betreffend Abänderung des § 63 des Handelsgesetzbuches.

Entwurf eines Gesetzes, betr. Abänderung der Gewerbeordnung mit den Beschlüssen in zweiter Beratung.

Bericht der Wahlprüfungskommission, betr. die Wahl des Abg. Henning (k.).

**Weißbuch über Marokko.**

## Oberförster Lewandowski vor dem Schwurgericht.

Die gestrige Verhandlung fand unter völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Dem Vernehmen nach spotten die Dinge, die da aus dem „Liebestempel", in welchen die Frau Lewandowski ihre Behausung verwandelt hatte, jeder Beschreibung. Die Frau soll nicht nur junge Mädchen, sondern auch verheiratete Frauen in ihren Netzen gefangen, verkuppelt und dann unter Drohungen in Angst und Schrecken zu erhalten gewußt haben. Besonders charakteristisch in dieser Beziehung sollen die Aussagen einer Zeugin gewesen sein, die gewissermaßen unter der Knute der Frau L. gestanden hat, nachdem sie einmal unter ihrer Aegide einen Fehltritt gemacht hatte. Sie ist in der furchtbarsten Weise von der Frau drangsaliert und durch Mißhandlungen zur Unzucht angehalten worden. Vor Gericht wurde Frau Lewandowski, die übrigens schon einmal viele Monate in einer Nervenheilanstalt zugebracht haben soll, sehr genau über die Quellen ihrer Einkünfte befragt. Sie soll das Bestreben gehabt haben, die Behauptung ihres Ehemannes zu bestätigen, daß dieser keine Ahnung von ihren Geldverhältnissen gehabt habe, sie tat jedoch des Guten zu viel und belastete den Angeklagten unbewußt. Es soll kaum mehr einem Zweifel unterliegen, daß der Ehemann von den Schlichen und Praktiken seiner Frau durchaus Kenntnis gehabt habe und in alles eingeweiht gewesen sei. Die Hauptbelastungszeugin, die ehemalige Gesellschafterin der Frau L., Fr. Supply, fiel bei Erörterung ihrer Liebeleien in Weinkrämpfe und mußte in völlig zusammengebrochenem, ohnmächtigem Zustande aus dem Saal geführt werden. Draußen erbarmten sich ihrer hülfsbereite Personen und trugen die völlig Willenlose in ein besonderes Zimmer. Es dauerte eine ganze Weile, ehe die Zeugin so weit wieder hergestellt war, daß sie in den Saal zurückkehren konnte.

### Urteil.

Die Geschworenen zogen sich kurz vor 6 Uhr zur Beratung zurück. Diese dauerte nur kurze Zeit.

Die Geschworenen erklärten den Angeklagten **des Totschlags schuldig**, billigten ihm aber **die Milderung des § 213** zu, der da sagt: „War der Totschläger ohne eigene Schuld durch eine ihm zugefügte schwere Beleidigung von dem Getöteten zum Zorn gereizt und hierdurch auf der Stelle zur Tat hingerissen worden, so tritt Gefängnis nicht unter sechs Monaten ein."

Staatsanwaltschaftsrat **Ule** beantragte eine Strafe **von drei Jahren Gefängnis.**

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. **Franz Ivers** bat um eine mildere Strafe.

Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor **Schütt**, das **Urteil** dahin: Der Angeklagte wird zu **drei Jahren Gefängnis** verurteilt unter Anrechnung von vier Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Diese Strafe erscheine angemessen mit Rücksicht darauf, daß er eine ehrlose Gesinnung bekundet hat, nicht bloß weil er den Leutnant v. Schmidt tötete, sondern es kommt noch hinzu, daß der Angeklagte bei den strafbaren Handlungen, die seine Ehefrau begangen hat, doch tätig mitgewirkt hat. Es kann nicht zugegeben werden, daß er allein unter dem Einfluß seiner Frau gestanden und nicht selbst ehrlos gehandelt hat. Deshalb ist die beantragte Strafe nicht zu hoch. Nur mit Rücksicht darauf, daß er von Anfang an geständig war, hat ihm der Gerichtshof vier Monate der Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

## Aus Industrie und Handel.

### Ein unbequemer Frager.

Daß die kleinen Anteilseigner für viele Großbesitzer, die in den meisten Gesellschaften den Vorstand und Aufsichtsrat beherrschen, nur Objekte sind, die durch Verwaltungspraktiken, Zubußebeschlüsse usw. schließlich zur Räumung des Feldes gezwungen werden, ist eine allbekannte Tatsache, an die man erinnert wird durch einen Bericht über die Gewerkenversammlung des Bergwerksgesellschaft Altendorf in Altendorf a. d. Ruhr.

Ein Gewerke frug an, warum es der Gesellschaft „Katharina" jetzt gestattet worden sei, für die minimale Entschädigung von 60 Pf. pro Tonne Förderung auf dem Felde von Altendorf abzubauen; früher habe die Gesellschaft pro Tonne 3 M. Entschädigung gezahlt. Der Vorsitzende erklärte, ihm sei von einem Abbauvertrage mit „Katharina" überhaupt nichts bekannt. Der Gewerke gab dann spezialisierte Daten über das Abbauen durch die genannte Gesellschaft. Er mußte sich aber mit der bereits gegebenen Antwort begnügen. Durch die Angaben wird in recht drastischer Weise der Wert der Werksberechnungen über den Gewinn pro Tonne Förderung belegt. Gewöhnlich rechnen die Werke einen Gewinn heraus, der zwischen 1—2 M. schwankt. Wenn aber schon eine Gesellschaft für das Recht, von dem Felde eines anderen Unternehmers abbauen zu dürfen, pro Tonne geförderter Kohle 3 M. Entschädigung zahlt und die arbeitende Gesellschaft doch auch noch verdienen will, so geht der blanke Reingewinn sicher noch erheblich über 3 M. hinaus.

Der Bericht des „Börsen-Courier" über die Versammlung enthält noch eine andere interessante Mitteilung. Der erwähnte Gewerke ersuchte um Auskunft darüber, wie es komme, daß man bei Lieferung eines Ventilators einem Landwirt aus Steele einige tausend Mark für Uebermittelung dieses Auftrages an Dinnendahl gezahlt habe. Die Antwort hierauf wurde verweigert, da die Versammlung geschlossen sei. Wenn durch etwas plötzlichen Schluß die Anfrage nicht zeitig genug gestellt werden konnte, um Anspruch darauf machen zu können, im Rahmen der Geschäftsordnung und Rechtsansprüche der Gewerken beantwortet zu werden, so muß es doch mindestens peinlich berühren, daß man sich hinter die formale Wand verkroch, um der Beantwortung einer solchen Frage zu entgehen. Das um so mehr, als auch die Erledigung der anderen Angelegenheit das Gefühl eines gewissen Unbehagens hinterlassen mußte.

### Zur Geschäftslage der Textilindustrie.

In der Textilindustrie wütet die Krise diesmal weit schärfer, als die Stockung von 1900—1903. Mindestens 100 000 Textilarbeiter und -Arbeiterinnen sind in Deutschland bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt und viele hunderte Arbeiter sind entlassen worden. In ganz kurzer Zeit hat sich in Neugersdorf die Zahl der Beschäftigten um 800 reduziert. Webstühle stehen still. In Gera ist die Zahl der in der Ortskrankenkasse für die Textilindustrie versicherten Personen um zirka 2000 zurückgegangen. Die gedrückte Stimmung auf den Märkten nimmt immer mehr zu. Der kolossale Preissturz der Rohstoffe, vor allen Dingen der Wolle und der Baumwolle, der Seide usw., hat die Unsicherheit noch gesteigert. Die Unternehmerblätter bemühen sich krampfhaft, das geschwundene Vertrauen neu zu beleben. Die Baumwollspinnerei war bisher die einzige Branche, welche von der Krisis wenig spürte. Hier hatte in den ersten Quartalen 1907 eine lebhafte Tätigkeit eingesetzt. Die Preise für Garne waren sehr gestiegen. Und die Spinner verstanden es, die Webereibesitzer zu langfristigen Abschlüssen bei hohen Preisen zu bewegen. Dann brach das Unwetter plötzlich herein. Die Webereibesitzer konnten ihre Ware nicht an den Mann bringen; Konfektionshäuser fallierten. Die Spinnereien bestehen auf Abnahme der abgeschlossenen Garnquanten zu den hohen Preisen. Da der Weber das Garn nicht brauchen kann, bringt er es mit auf den Markt und die Preise fallen. Große Verluste beim Verkauf des Garnes sind die Folgen für die Webereien. Schließlich muß das aber auch auf die Spinnereien ungünstig zurückwirken. Bestellte Ware wird nicht abgerufen, die Lägerbestände schwellen an. Aufträge verfallen und neue Orders gehen überhaupt nicht ein. In den Kreisen der rheinischen Spinner hat man bereits die Frage einer Betriebseinschränkung erwogen. Vielfach ist die Arbeitszeit eingeschränkt worden. Die Baumwollwebereien haben fast allgemein Betriebseinschränkung durchgeführt. In Neugersdorf, Reichenau, Großschönau, Pulsnitz i. Sa., Ebersbach i. Sa., Ostriz, Seifhennersdorf, Leutersdorf, den Orten der sächsischen Lausitz arbeiten viele Tausende nur 4 Tage oder 5 Tage pro Woche. Dasselbe ist in den Baumwollwebereien Bayerns, Württembergs, Schlesiens und des Rheinlands der Fall. So arbeiten in Langenbielau 4500 Personen mit beschränkter Produktion, in M.-Gladbach 10 000. Aehnlich liegen die Dinge in den Kammgarnspinnereien und Webereien. In den Spinnereien ist teilweise die Arbeitszeit verkürzt, so in Leipzig für etwa 6000 Arbeiter. Die Webereien beschränken die Produktion auf andere Weise. Der „Verband sächsisch-thüringischer Webereien" hat seinerzeit beschlossen, eine allgemeine Betriebseinschränkung nicht durchzuführen. Es blieb jedem Unternehmer überlassen, nach Belieben zu handeln. Man hat nun zwar die Arbeitszeit nicht verkürzt, aber in Greiz, Gera, Glauchau, Meerane, Mylau, Reichenbach i. V., Elsterberg usw. müssen die Weber wochenlang auf nur einem Stuhl arbeiten. Sonst ist das Zweistuhlsystem durchgeführt. Tage- oder wochenlang müssen die Arbeiter auf Kette oder Schuß warten. In Gera sind tausende Frauen entlassen worden. In der Seidenstoff-, der Samt- und Plüschbranche ist gleichfalls die Krisis allgemein. Die Plüschfabrikanten haben beschlossen, den Preis für Uniartikel um 5 Proz. zu ermäßigen. In Hainichen (Sa.), in St. Ludwig im Elsaß, im Rheinland in Crefeld, Wermelskirchen, Lobberich und zahlreichen anderen Orten feiern Zehntausende Arbeiter oft viele Tage pro Woche.

So sieht es in fast allen Branchen der Textilindustrie aus. Vielfach herrscht bei den Arbeitern große Not. Wer das Unglück hat, gekündigt zu werden, bleibt entweder arbeitslos, oder er kann seine Arbeitskraft nur zu sehr ungünstigen Bedingungen verkaufen. Die Organisation ist in eine ganze Anzahl Abwehrkämpfe verwickelt.

**Der nord- und ostdeutsche Holzmarkt.** Die Stimmung hat sich etwas gebessert, was zunächst der kleinen Erleichterung des Geldmarktes zuzuschreiben ist. Nach der Eröffnung des Weichselmarktes wird es sich zeigen, ob der Preis für das Rundholz annähernd auf der Höhe der Herbstnotierungen zu halten ist, oder eine wesentliche Herabminderung erfährt. Auf Grund der Bestrebungen, die in der ostdeutschen Mühlenindustrie eingeleitet sind, dürfte eine Verminderung der Produktion im Laufe dieses Sommers stattfinden. Diese Tatsache wird auch auf die Gestaltung des Weichselmarktes nicht ganz ohne Einfluß bleiben, da anzunehmen ist, daß die Sägewerke, welche erst in der zweiten Hälfte des Jahres ihre Betriebstätigkeit wieder aufnehmen, äußerste Zurückhaltung im Einkauf russischen Rohmaterials beobachten werden. Namentlich in geringeren Hölzern ist ein ziemlich großer Ueberfluß vorhanden. Auch in Fußbodenwaren besteht ein großes Angebot, das verstärkt wird durch die Angebote in fertigen Dielungen, die aus Rußland und von schwedischen Lagern durch Vermittelung verschiedener mitteldeutscher Hobelwerke in Bremen, Lübeck und Wismar angeboten werden. Geschnittene Kiefernbalken waren in großen Posten erhältlich und wurden schon mit 42 M. frei Berlin aus kleineren Sägewerken angeboten. Selbst die schwachen Dimensionen, welche hauptsächlich vom Hamburger Markte gebraucht werden, waren reichlich vorhanden, so daß die Preise gegenüber den vorjährigen Notierungen eine Ermäßigung von 6—8 Proz. erfuhren. Die russischen Produzenten lassen große Verkaufslust erkennen. Größere Lebhaftigkeit als bisher war auf dem Grubenholzmarkt bemerkbar. Die angebotenen Posten fanden schlanken Absatz, die Preise waren andauernd hoch. Es wird allerdings in den Kreisen der Wiederverkäufer besonders darüber geklagt, daß der Verkauf an die Grubenverwaltungen sehr schwierig ist und der Nutzen beim Grubenhandel sich fortdauernd verringert. Da mag manchem die sonst breite Decke des Profits zu kurz werden.

## Aus der Frauenbewegung.

**Eine bemerkenswerte Agitation** wurde kürzlich mit Hülfe der „Gleichheit" vom Textilarbeiterverband durchgeführt. Beabsichtigt war die Gewinnung von Verbandsmitgliedern und Abonnenten für die „Gleichheit". Die „Gleichheit" wurde in einer Auflage von 270 000 Exemplaren verbreitet und hatte die Redaktion eine eigens zu diesem Zweck verarbeitete Agitationsnummer herstellen lassen. Es war das erste Mal, daß der Vorstand des Textilarbeiterverbandes eine solche Agitation für seine Mitglieder angeordnet hatte. Der Zeitpunkt war, wie sich später herausstellte, etwas ungünstig gewählt. In vielen Orten waren die Partei- und Verbandsgenossen durch die um jene Zeit fast überall stattfindenden Gemeindewahlen stark in Anspruch genommen und konnte deshalb die Hausagitation nicht genügend intensiv betrieben werden. Trotzdem sind beachtenswerte Erfolge erzielt worden. Die Zusammenstellungen der beim Verbandsvorstand eingegangenen Meldungen ergibt einen Mitgliedergewinn von 3447. Für die „Gleichheit" wurden 1646 neue Abonnenten gewonnen. In diesen Zahlen kommt jedoch nicht der Gesamtgewinn zum Ausdruck. Eine Anzahl Orte hat wohl die Hausagitation durchgeführt, über das Ergebnis aber nicht berichtet. Wie die Neubestellung der Fachblätter ergeben hat, erhöhte sich der Mitgliederbestand des Verbandes um rund 5000. Ein hoher agitatorischer Wert liegt schon in der Verbreitung der 270 000 Exempl. der „Gleichheit". Manche Arbeiterin, die bisher von der Existenz einer so ausgezeichneten proletarischen Frauenzeitung keine Ahnung hatte, ist jetzt darauf aufmerksam geworden. Das Vorgehen des Textilarbeiterverbandes sei deshalb zur Nachahmung empfohlen.

**Schöneberg.** In der hier abgehaltenen Volksversammlung sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Zubeil über: „Welches Interesse haben die Frauen an den preußischen Landtagswahlen?" Schon in den Tagen der französischen Revolution, so führte der Referent aus, haben die hungernden Frauen mitgekämpft, doch ihre Errungenschaften waren nur Männerrechte, nicht Menschenrechte. Die Maschine hat die Frau immer mehr in den Kampf ums Brot hineingezogen, sie immer mehr dem Kapitalismus dienstbar gemacht. Die Frau muß, da des Mannes Verdienst allein nicht ausreicht, mitarbeiten. Das Streben der Frau nach Freiheit muß auch die ganze Arbeiterklasse ein Stück weiter bringen. Lange hat es gedauert, ehe man notgedrungen der Frau das Recht gewährte, sich auch politisch zu organisieren. Ueberall ist die Frau eingedrungen, auf jedem Gebiet, überall hat man der Frau Platz einräumen müssen. Dem Kampf im Reichstag, der Frau den Eintritt in alle bürgerlichen Berufe zu gestatten, setzen sich starke Widerstände entgegen, aber es geht auch hier vorwärts. Wo die Frau fronden muß, bleiben die Kinder in der Entwickelung zurück, und da lehrt die Not nicht beten, sondern denken. Die Frau ist auch in die wirtschaftliche Organisation eingetreten. Die hohe Kindersterblichkeit ist nur zurückzuführen auf unsere heutige Gesellschaftsordnung. Darum ist es Pflicht der Frauen, von dem Vereinsrecht Gebrauch zu machen und in großer Zahl sich zu beteiligen am Vereinsleben. Einige Jahre werden ja noch vergehen, ehe das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auch für die Frauen eingeführt ist. Das neue Vereins- und Versammlungsrecht bringt neben einigen Vergünstigungen auch recht schwere Schädigungen. Der Kampf ums Wahlrecht geht durch die ganze Welt und in einzelnen Staaten haben die Frauen auch schon Erfolge erzielt. So gestattet das böhmische Wahlrecht den Frauen, sich zu beteiligen. In Dänemark haben die Frauen das Gemeindewahlrecht und die Frauen werden es auch in kurzer Zeit in Schweden haben. Die Genossinnen in Belgien und Holland drängen auf Gewährung des allgemeinen Wahlrechts. Schließlich richtete der Referent an die anwesenden Frauen die Aufforderung zum Eintritt in den sozialdemokratischen Landtagswahlverein. Jeder Schritt vorwärts müsse hart erkämpft werden. Die Frauen sollen verstehen, Opfer zu bringen, überall mitwirken und Aufklärung schaffen, um durch gemeinschaftlichen Kampf den Siegespreis zu erlangen. Eine Diskussion fand nicht statt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

# Theater.

**Mittwoch, den 6. Mai.**

Anfang 7½ Uhr.

**Königl. Opernhaus.** Samson und Dalila.
**Königl. Schauspielhaus.** Maria Stuart. Anfang 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
**Neues.** Ramon, der Abenteurer.
**Deutsches.** Was ihr wollt.
**Kammerspiele.** Gyges und sein Ring.
**Berliner.** Hopfenraths Erben.
**Leising.** Die versunkene Glocke.
**Neues Schauspielhaus.** Judith.
**Kleines.** 2 × 2 = 5.
**Komische Oper.** Fledermaus.
**Residenz.** Der Floh im Ohr.
**Hebbel.** Frau Warrens Gewerbe.
**Lustspielhaus.** Sein Alibi. Der Brandstifter.
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Stein unter Steinen.
**Schiller Charlottenburg.** Der Widerspenstigen Zähmung.
**Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.** Frei ist der Bursch.
**Thalia.** Die Brunnennymphe.
**Westen.** Ein Walzertraum.
**Lortzing.** Der Wildschütz.
**Neues Operetten.** Der Mann mit den drei Frauen.
**Luisen.** Der Weg ins Verderben.
**Trianon.** Seine erste Frau.
**Bernhard Rose.** Die Loreley.
**Metropol.** Das muß man seh'n.
**Apollo.** Die süßen Grisetten. Spezialitäten.
**Kasino.** Ein Dorfroman.
**Wintergarten.** Spezialitäten.
**Passage.** Spezialitäten Dr. Rückle.
**Parodie.** Der Troubadour.
**Gustav Behrens.** Spezialitäten.
**Carl Haverland.** Spezialitäten.
**Walhalla.** Spezialitäten.
**Folies Bergère.** Spezialitäten. Liane d'Eve.
**Folies Caprice.** Nachtarbeit. Ein unheimlicher Besuch. Der ganze Papa.
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Henrik Zetterström - Stockholm, Schweden, Lebens- und Naturbilder aus dem nordischen Lande. 2. Abend: Kultur und Volk. Nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

## Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
**Hopfenraths Erben.**
Donnerstag 7½ Uhr: Alt-Heidelberg.

## Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
**Ramon, der Abenteurer**
Morgen u. folgende Tage: Ramon, der Abenteurer.

## Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
**2 mal 2 = 5.**
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Mandragola.
Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.

## Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr, halbe Preise: **Die lustige Witwe.**

## Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
**Frei ist der Bursch.**
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Frei ist der Bursch.
Freitag: Die Brüder v. St. Bernhard.
Sonnabend z. 25. Male: Madame Sans Gêne.

**Lortzing-Oper.** Abends 8 Uhr: **Der Wildschütz.**

## Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
**Der Mann mit den drei Frauen.**

**Hebbel-Theater,** Königgrätzer Str. 57/58.
Abends 8 Uhr:
**Frau Warrens Gewerbe.**
Drama in 4 Akten v. Bernard Shaw.

## Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
**Der Floh im Ohr.**
Schwank in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolff-Jacoby.
Sonntag, 10. Mai, nachm. 3 Uhr: **Die 300 Tage.**

## Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr: **Der Brandstifter.**
Vorher: **Sein Alibi.**

**Sanssouci,** Kottbuser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
**Hoffmanns Norddeutsch. Sänger**
und **Tanzkränzchen.**
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Morgen:
Gr. Elite-Soiree. Tanz.

# Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).**
Mittwoch, abends 8 Uhr:
**Stein unter Steinen.**
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
**Hans Huckebein.**
Freitag, abends 8 Uhr:
**Stein unter Steinen.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**
Mittwoch, abends 8 Uhr:
**Der Widerspenstigen Zähmung.**
Lustspiel in 5 Aufzügen und einem Vorspiel von William Shakespeare.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male: **Ohne Geläut.**
Freitag, abends 8 Uhr:
**Ohne Geläut.**

## Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
**Ueber den Brenner nach Venedig.**
Abends 8 Uhr:
Henrik Zetterström, Stockholm: Schweden, Lebens- und Naturbilder aus d. nordischen Lande.
2. Abend: Kultur und Volk.

## Zoologischer Garten
**Täglich:**
**Gr. Militär-Konzert.**
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— — die Hälfte. — —

## Apollo Theater
**Vierfacher Erfolg!**
**Ballett:**
**Die Töchter der Terpsichore.**
**Spezialitäten:**
François Räthig. × Grete Gallus.
Karl Bretschneider. × D'Osta-Trio.
Enrico Caruso durch das Auxetophon d. deutschen Grammophon-Gesellschaft.
**Operette:**
**Die süßen Grisetten.**
Von H. Reinhardt.
In Szene ges. vom Dir. Rudolf Schier.
**Pantomime:**
**Ein Abend in einem amerikanisch. Tingel-Tangel,**
ausgeführt von Bert. Bernards.
Original-Pantomimen-Kompagnie.

## Metropol-Theater
Zum 228. Male:
**Das muß man seh'n.**
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

## Reichshallen-Theater.
**Stettiner Sänger.**
Anfang Wochentags **8 Uhr.**
Anfang Sonntags **7 Uhr.**

## Kasino-Theater.
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Neu! **Mälzer,** der Urkomische.
Nur noch bis Freitag, den 8. Mai:
**Ein Dorf-Roman.**
Ab Sonnabend, den 9. Mai: **Der Brandstifter.**
Sonntag 4 Uhr: **Ein Dorfroman.**

## Luisen-Theater.
**Reichenberger Straße 34.**
Abends 8 Uhr:
**Der Weg ins Verderben.**
Donnerstag: Der Weg ins Verderben.
Freitag: Vorstellung der „Freien Volksbühne": Mutter Erde.
Sonnabend: Der Weg ins Verderben.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Im Hause der Sünde. Abends 8 Uhr: Der Weg ins Verderben.
Montag: Der Weg ins Verderben.

## Theater an der Spree
Köpenicker Straße 68.
Neu-Eröffnung morgen Donnerstag:
Zum ersten Male:
**Der Cowboy.**

## Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
**Die Loreley.**
Wochentagspreise.
Täglich bis auf weiteres: Die Loreley.

## Wintergarten
**Neues Programm.**
**Otto Reutter.**
**Orford's Elephanten.**
**Palace Girls,** Englische Gesangs- und Tanztruppe.
**Niards,** Akrobaten.
**Hagedorns Wundergrotte.**
**Lili Schreiber,** Soubrette.
**Ferry Corwey,** Musik. Clown.
**Guyer und Crispi,** Amerikanische Excentrics.
**Perezoff-Truppe,** Jongleure.
**Toqué,** der Hund als Reiter, Equilibrist und Jongleur.
**Tambo and Tambo,** Banjo-Jongleure.
**Biograph.**
**Otto Reutter tritt heute 8.10 auf.**

## Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
**Das größte Rechengenie und Gedächtnisphänomen aller Zeiten**
**Dr. RÜCKLE**
und das großartige **Mai-Programm.**

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 4 | 3 | 2 | 6 | 8 | 4 | 5 |
| 9 | 4 | 8 | 2 | 5 | 1 | 3 |
| 7 | 0 | 8 | 4 | 3 | 2 | 0 |
| 9 | 0 | 2 | 0 | 0 | 1 | 8 |
| 5 | 8 | 3 | 7 | 6 | 1 | 4 |
| 1 | 4 | 3 | 9 | 7 | 8 | 8 |
| 4 | 1 | 2 | 4 | 1 | 2 | 4 |

Ganz Berlin spricht heute schon von **Dr. RÜCKLE!**


Feinste, tadellose
# Maßarbeit
aus erstklassigen deutschen und englischen Erzeugnissen
zu niedrigen Preisen
Sorgfältigste Ausführung
Kleidsamste Fassons
Umfangreichste Betriebe
Wegen großen Andranges
wird das geehrte Publikum gebeten, die Maß-Aufträge möglichst frühzeitig aufzugeben, damit den bestimmt zu erwartenden gewaltigen Dimensionen an Bestellungen vorgebeugt wird.
# Baer Sohn
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestraße 29-30 ▫ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20.
Der Haupt-Katalog No. 34 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.


## Passage-Panoptikum.
Zum ersten Male in Berlin!
**Die lange Dora**
Das größte Riesenkind
Gesamtlänge 2 Meter 19.
**:: Kunsttaucher ::**
Kapit. Gröbl in seinem **Riesenbassin.**
Neapolitanische Briganten-Kapelle.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

## W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute: **Geschlossen.**
Sonnabend, den 9. Mai 1908:
**Große Extra-Vorstellung.**
**Das Recht der Mutter.**
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Tanz.

## Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr.
:: Die neuen großartigen ::
Mai-Spezialitäten.
**Amüsantes Programm.**
Im Tunnel: Konzerte.

## Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
**Seine erste Frau.**

## Germania-Prachtsäle
**Carl Richter**
— N., Chausseestraße 110. —
Heute Mittwoch:
**Otto Steidls Hamburger Sänger.**
Anfang 8 Uhr. — Eintritt 30 Pf.
Vorzugskarten gelten.
Anschließend: **Freitanz.**

## Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Nächste Vorstellung Sonnt., 10. Mai.
**Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Bestellungen auf Dauerkarten werden schon jetzt im Bureau entgegengenommen.

## Gustav Behrens-Theater.
**Berlin W.,** Goltzstr. 9.
Des großen Erfolges wegen prolongiert
Die schöne Miß **Belverhs** mit ihren **dressierten Bären.**
Neu! **Unsere Marine.** Neu!
Lebensbild mit Gesang und Tanz.
Neu! **Graf Zeppelin** mit seinem lenkbaren Luftballon Modell 1909.
Außerdem **Duskes Vitograph** und **20 Spezialitäten.**
Anfang 8 Uhr Sonntags 6 Uhr.


Aeltestes Teilzahl.-Geschäft für **Brennabor-Räder!**
Kein Laden! Günstigste Bedingungen.
Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.


Ohne Anzahlung **Gardinen, Portieren, Decken, Federbetten, Bettwäsche, Bilder** auf Teilzahlung, nur Postkarte erbeten.
**L. Matzner, Auguststr. 50.**


270/3*
**Prachtkinderwagen** verdecke sich selbsttätig auf- u. niederbewegend, erhält Sie elegant zum Fabrikpreise. 10 Proz. Rabatt direkt von d. Kinderwagenfabrik
Jul. Treibar in Grimma 134



**Gastwirts- und Kochkunst-Ausstellung**
veranstaltet vom Verband der Gast- u. Schankwirte für Berlin u. d. Prov. Brandenburg (E. V.) und dem Zweigverein Berlin des Internationalen Verbandes der Köche in Berlin, Neue Welt, Hasenheide 108-114
vom 29. Sept. bis 11. Oktober 1908.
Ständiges Bureau:
**Berlin N. 54, Veteranenstrasse 8.**
Prospekte gratis und franko.


## Gustav Lindenhayn,
**Gastwirtschaft.** Telephon: Amt Grünau Nr. 17.
**Grünau,** Friedrich-Str. 2.
5 Minuten vom Bahnhof.
Großer Garten. Vereinszimmer.
**Fremdenlogis.** 26612*
Vorzügliche Speisen und Getränke in größter Auswahl zu soliden Preisen.

## Berichtigung.
In dem Inserat der Firma
**A. B. Koch, Kohlen-Großhandl.,**
**Brombergerstraße 16,**
in der Nummer vom Sonntag, den 3. Mai, muß es heißen:
**Ia. Ilse o. Akw. pr. Ztr. 95 Pf.**
nicht 90 Pf.

## Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
**Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

## Anton Boekers Festsäle
Weberstraße 17. ▫▫▫ Weberstraße 17.
Empfehle den geehrten Vereinen meine **Säle** zu Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten; **große Theaterbühne;** sowie meinen
**schönen Naturgarten**
mit großer, feststehender Theaterbühne.
**Sonnabende und Sonntage** sind noch zu vergeben. :: ::
Um geneigten Zuspruch ersucht 2897L*
Tel.: Amt VII 13 414. **Anton Boeker,** Weberstr. 17.

## Verbandshaus der Gastwirtsgehülfen.
Oekonom: **Paul Kobus.**
**Berlin N. 24, Gr. Hamburger Straße 18/19.**
Telephon: Amt III, 1813.
**Restaurant • Garten • Vereinszimmer.**
**Kleiner Saal** zu **Versammlungen** und **Festlichkeiten** bis zu 150, **Garten** bis zu 300 Personen noch einige Tage in der Woche; auch Sonnabend und Sonntags frei.
**Hintze-Pianino. — 2 Neubusen-Billards.**

## Schwarzer Adler
**Friedrichsberg.** Fernsprecher Nr. 8.
**Frankfurter Chaussee 5.**
**Jeden Mittwoch und Sonntag:**
**Soiree der Apollo-Sänger.**
Nach der Vorstellung:
**Familien-Kränzchen.**

## Nur für Zigarrenhändler
**billigste Einkaufsquelle**
von **Zigarren, Zigaretten** und **Tabaken.**
Alle bekannten eingeführten Sorten zu Original-Fabrikpreisen.
**Max Ziegenhals,** BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, dicht am Alexanderplatz.
Telephon: Amt VII, 3047.


Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Achtung! Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die Leiter der Berliner Urwahlbezirke werden gebeten, die für jetzt nötigen schriftlichen Arbeiten, zu denen die Urwahllisten gebraucht werden, noch im Laufe dieser Woche zu erledigen, da gleich im Anfange der nächsten Woche die Listen auf kurze Zeit zurückgefordert werden müssen.

Das Verbandsbureau.

## Partei-Angelegenheiten.

**Allgemeiner sozialdemokratischer Wahlverein Berlins und Umgegend.**

**Freitag, den 8. Mai, abends 8 Uhr,** im „Alten Schützenhause“, Linienstraße 5, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59:

**Zwei Vereinsversammlungen.**

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

**Die Landtagswahlen und die Frauen.**

Ref.: Genossinnen Zetkin und Zietz-Hamburg.

Genossinnen und Genossen! Beweist durch Eure Teilnahme an den Versammlungen, welches Interesse Ihr an der Wahl habt. Namentlich die Frauen sind verpflichtet, zu zeigen, daß sie dem politischen Leben nicht gleichgültig gegenüber stehen, sondern als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen gelten wollen und Anspruch erheben, über das Wohl und Wehe des Gesamtvolkes mitzuberaten und mitzubestimmen.

Gäste sehr willkommen! Der Vorstand.

**Erster Wahlkreis.** Bei der Maifeier in Happoldts Brauerei sind gefunden: ein Stock und ein Portemonnaie. Als verloren angezeigt: ein Pompadour mit Inhalt. Abzugeben oder abzuholen bei Bittner, Feilnerstr. 11, III.

**Rixdorf.** Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Freitag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale von Hoppe, Hermannstr. 49, und H. Thiel, Bergstr. 151/152, je eine Volksversammlung stattfindet. Alle anderen Versammlungen haben an diesem Abend zu unterbleiben.

Näheres am Donnerstag durch Inserat und Plakate an den Anschlagsäulen.

**Schöneberg.** Die Parteigenossen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag, abends 7 Uhr, von den bekannten Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung stattfindet. Eine zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

**Steglitz.** Am heutigen Mittwoch, abends 8½ Uhr: Wahlvereinsversammlung bei Schellhase. 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Emmel-Mülhausen. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. 3. Die bevorstehende Landtagswahl. 4. Verschiedenes.

**Wilhelmsruh-Niederschönhausen (West).** Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Kollmann, Kronprinzenstraße 2, eine Volksversammlung statt. — Heute Mittwoch, abends 8 Uhr: Handzettelverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus. Pflicht eines jeden Genossen ist es, sich daran zu beteiligen.

Der Vorstand.

**Hermsdorf i. M.** Am Sonnabend, den 9. Mai, abends 8½ Uhr, findet im „Forsthaus“ eine Volksversammlung statt, die sich mit der Landtagswahl beschäftigen soll. Hierzu am Donnerstag, den 7. Mai, abends, Handzettelverteilung. Pflicht aller Genossen ist, sich hieran zu beteiligen.

**Bezirk Waidmannslust.** Die Genossen werden ersucht, bis Sonnabend, den 9. Mai, die Billetts von der Maifeier mit den Abteilungsführern abzurechnen. Billetts, welche bis dahin nicht abgerechnet sind, gelten als verkauft.

## Berliner Nachrichten.

**Städtische Verkehrsfragen.**

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation gelangte zunächst ein Bericht der Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen über den Betriebsunfall der Schwebebahn zum Vortrag. In längeren Darlegungen sucht die Gesellschaft nachzuweisen, daß der Betriebsunfall keinesfalls dem System der Schwebebahn als solcher zuzuschreiben ist, sondern entstanden ist aus dem Zusammentreffen einer Reihe von beklagenswerten Zufälligkeiten, wie sie bei jedem System, auch dem besten und bei dem bestgeleiteten Institut einmal vorkommen können.

Das Einverständnis der Stadtverordnetenversammlung mit Vornahme weiterer Verkehrszählungen und Aufwendung eines Betrages bis zur Höhe von 24 000 M. wurde mitgeteilt und beschlossen, die Verkehrszählungen noch weiter fortführen zu lassen.

Von der Großen Berliner Straßenbahn war der Antrag wegen weiterer Belassung des in der Berliner Straße in Pankow verlegten Notgleises eingegangen. Im Jahre 1906 hatte die Gesellschaft um die Erlaubnis ersucht, in der Berliner Straße eine dritte provisorische Gleisanlage verlegen zu dürfen, um durch Pflasterarbeiten verursachten Störungen dort besser begegnen zu können. Die Erlaubnis wurde mit der Maßgabe erteilt, daß nach Beseitigung der Störungen diese dritte Gleisanlage zu entfernen sei. Wie nun festgestellt wurde, benutzt die Gesellschaft jetzt diese dritte Gleisanlage dauernd als eine Art Depot, indem sie die Anhängewagen dort abhängt und stehen läßt und so der Notwendigkeit überhoben wird, diese Wagen leer bis ans Ende der Linie mitzuschleppen. Da durch solche Verwendung besonders an verkehrsreichen Tagen erhebliche Verkehrserschwerungen herbeigeführt werden, beschloß die Deputation, den getroffenen Abmachungen gemäß, die Beseitigung des dritten Gleises zu verlangen. Zu einem Entgegenkommen lag für die Deputation um so weniger Veranlassung vor, als, ganz abgesehen davon, daß sich solches im vorliegenden Falle durch die Sachlage von selbst verbot, die Gesellschaft wiederholt in ähnlichen Fällen die Gestattung provisorischer Anlagen erbeten, sich nachher aber geweigert hatte, den früheren Zustand wieder herzustellen.

Die von einem Mitgliede beantragte Uebertragung weiterer Funktionen an den Verkehrsausschuß wie Festsetzung des Tarifs, der Abonnementspreise für die städtischen Linien wurde abgelehnt, da das Plenum der Deputation sich solche Beschlüsse selber vorbehalten wollte.

Der Antrag der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen — Abteilung Berliner Ostbahnen — auf Aenderung der Gleisanlagen im Treptower Park an der Endhaltestelle bei dem Zennerschen Restaurant wurde genehmigt, da allseitig anerkannt wurde, daß die neue Anlage für das reisende Publikum Verbesserungen bringe.

Ein dringender Antrag der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft auf vorläufige Bewilligung der Freiheit der selbständigen Tariffestsetzung führte zu einer längeren Debatte. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahres hatten bekanntlich zwischen der Deputation und der Omnibus-Gesellschaft langwierige und zum Teil erregte Verhandlungen über die Gestaltung der Tarife stattgefunden. Die Gesellschaft hatte unter Zustimmung des Polizeipräsidenten die Genehmigung verlangt, den Preis für die bisherigen 5 Pf.-Strecken unter erheblicher Verkürzung der Strecken selbst auf 7½ Pf. erhöhen zu dürfen. Dagegen stand die Deputation von Beginn an auf dem Standpunkt, daß, ganz abgesehen von den Interessen des beteiligten Publikums, die Gesellschaft durch derartige Festsetzungen sich selber schwer schädigen würde, da, je mehr der neue Tarif sich dem 10 Pfennig-Tarife der Straßenbahn annähere, eine um so größere Abwanderung zur Straßenbahn erfolgen würde. Den verschiedensten Drohungen der Gesellschaft gegenüber, was sie alles tun würde, wenn ihr Gesuch keine Genehmigung fände, blieb die Deputation fest, und es kam schließlich unter Zustimmung des Polizeipräsidenten eine Vereinbarung zustande, nach der ein einzelner Fahrschein 10 Pfennig kostet und für die Teilstrecken zwei Fahrscheine zu 15 Pfennig und fünf Fahrscheine zu 30 Pf. verkauft werden. Inzwischen haben die Verhältnisse der Gesellschaft wiederholt die Oeffentlichkeit in unliebsamer Weise beschäftigt. Die Voraussagen der Deputation sind voll eingetroffen und auf der Generalversammlung, die vor wenigen Tagen stattfand, war der Direktor der Gesellschaft gezwungen, wörtlich zu erklären: „Ich gebe zu, daß von uns große Fehler gemacht worden sind; ich gebe auch zu, daß wir den Betrieb nicht so geführt haben, daß er mustergültig genannt werden kann“. Nunmehr bittet die Gesellschaft unter Zustimmung des Polizeipräsidenten, ihr bis zum 1. Januar 1909 die Möglichkeit eigener freier Entschließung zu gewähren, um umgehend feststellen zu können, welche Tariffestsetzungen für ihr Gedeihen die besten seien. Auf Grund dieser Erfahrungen würde sie dann endgültige Genehmigung nachsuchen. Im Widerspruch zu den sozialdemokratischen Mitgliedern, die gerade nach den bisherigen Vorgängen die Zweckmäßigkeit solchen Vorgehens bestritten, beschloß die Deputation die Genehmigung zu erteilen.

Zum Schluß gab der Oberbürgermeister der Deputation Kenntnis von einem gerade in seine Hände gelangten Schreiben der Großen Berliner Straßenbahn, in welchem diese Gesellschaft mitteilt, daß, nachdem auf der Konferenz der Staatsbehörden am 9. April d. J. die Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit der von ihr geplanten Tunnelanlagen anerkannt und ihr anheimgestellt sei, den Weg des Ergänzungsverfahrens zu beschreiten, sie nunmehr vom Magistrat die kleinbahngesetzliche Zustimmung auf 90 Jahre unter wirtschaftlich möglichen Bedingungen erbitte. Da die Tunnelanlagen ein Kapital von rund 88 Millionen Mark erfordern würden, so sei die Zustimmung auf 90 Jahre und eine angemessene Erhöhung des Tarifes zur Kapitalbeschaffung unerläßlich. Als Tarif sei in Aussicht genommen, bis zu vier Kilometer für 10 Pf., bis acht Kilometer für 15 Pf., darüber hinaus für 20 Pf. zu fahren. Ueber die Ungeheuerlichkeiten des neuesten — siebenten — Projekts in technischer Hinsicht: Erschwerung der städtischen Kanalisation; Unterbindung der geplanten städtischen Nord—Süd-Linie, die an der Friedrichstr. 11 bis 12 Meter tief geführt werden müßte; Ueberschreitung des Spittelmarktes mittels einer Hochbahn; Ausschüttung des ganzen Verkehrs aus dem Tunnel der Leipziger Straße in die enge Gertraudtenstraße usw. usw. ist ausführlich in der Nummer unseres Blatts vom 25. April berichtet worden. Ebenso wenig wie diesem rein skizzenhaften 7. Projekt irgendwelche Erläuterungen beigegeben waren, das wird sich später alles finden — ebenso wenig sind dem erwähnten Schreiben der Gesellschaft Unterlagen oder Berechnungen zur Prüfung der gestellten Forderungen beigefügt.

**Von einer sofortigen Beratung des Schreibens wurde abgesehen.**

**Großstadtelend.** Im städtischen Obdach fanden im Monat März d. J. 81739 nächtlich obdachlose Personen (80 934 männliche und 805 weibliche) Aufnahme. Davon wurden 199 Männer und 7 Frauen hiesigen Krankenhäusern zugeführt und 1093 Männer und 28 Frauen der Polizei überwiesen.

Im städtischen Familienobdach wurden im Monat März 130 obdachlose Familien mit 405 Personen (34 Männer, 140 Frauen, 80 Knaben, 94 Mädchen und 57 Säuglinge) verpflegt, ferner 558 Einzelpersonen (424 männliche und 134 weibliche).

Es wurden mithin in den städtischen Anstalten im Monat März 82702 obdachlose Personen verpflegt. Damit ist jedoch dies Elend, welches die Obdachlosigkeit mit sich bringt, noch lange nicht erschöpft, denn nach Angabe des „Asylvereins“ wurden in dessen Anstalten im Monat März d. J. auch noch 21 621 männliche und 4821 weibliche, zusammen also 26442 Obdachlose, unter denen sich 43 Kinder befanden, aufgenommen. — Die Gesamtziffer der in allen genannten Anstalten im März d. J. befindlich gewesenen obdachlosen Personen betrug mithin 109 144. — Ein untrügliches Zeichen, daß wir in der besten aller Welten leben.

**Ein Fall von echten Pocken in Berlin.**

**Gestern wurden in einer Privatklinik in der Oranienburger Straße an einem 4½jährigen Mädchen, Erna Fritz, echte Pocken festgestellt. Das Kind war vor einigen Tagen mit seinem Vater, dem Arbeiter Fritz, aus Galizien zurückgekehrt und hatte bereits unterwegs über schlechtes Befinden geklagt. In einem hiesigen Hotel, wo beide Logis nahmen, verschlimmerte sich der Zustand des Kindes derart, daß der Hotelarzt am 2. d. M. die Ueberführung des Kindes nach einer Klinik anordnete. Hier erkannte man das Wesen der Krankheit und ließ das Kind in einem Kochschen Krankenwagen nach der Charité schaffen. Außerdem nahm man an allen mit der Kranken in Berührung gekommenen Personen sofort Schutzimpfungen vor und ließ die Klinik gründlich desinfizieren. — Die Sanitätskommission des Polizeipräsidiums hat Schutzmaßregeln in vollstem Umfange getroffen.**

**Der Zugang zu dem städtischen Zentralfriedhofe in Friedrichsfelde** von der Gudrunstraße aus ist durch die Legung einer Wasserleitung nahezu unmöglich gemacht. Die Buddelei am Friedhofe versperrt vollständig den Weg zum Friedhofe; nicht einmal für Fußgänger ist ein Weg frei gehalten. Wer von der Gudrunstraße aus zum Friedhofe will, ist genötigt, seinen Weg durch eine Restauration zu nehmen. Es wäre das mindeste, was man verlangen könnte, daß in der Straße wenigstens für Fußgänger ein Weg freigehalten würde.

**Ein von starkem Regenfall begleitetes Gewitter** zog gestern vormittag von Westen herauf und drückte die Temperatur ganz erheblich herab.

**Der Fremdenverkehr in Berlin** ist in den letzten Monaten wieder gestiegen und übertraf den in derselben Zeit des Vorjahres, besonders zahlreich waren Russen vertreten, während Amerikaner nicht so zahlreich als sonst ankamen.

**Ueber die Bedeutung des Waldes für den Touristen** hat auf dem 2. Märkischen Touristentag der Forstmeister Kottmeier einen Vortrag gehalten, dem wir folgendes entnehmen:

„Den freien, deutschen Wald, wie es im Liede heißt, gibt es heute nicht mehr. Der Wald ist nicht mehr frei, er ist Eigentum einzelner oder der Gemeinden und des Staates. So wie ein Einzelner unbestreitbar das Recht hat, eine Mauer um seine Besitzung zu ziehen, so muß es auch jedem Waldbesitzer freistehen, Waldteile oder Wege zu sperren. Das Recht hierzu ist von den höchsten richterlichen Instanzen jetzt festgestellt. Besonders das Verbieten von Wegen kann Jagd-, Kultur- oder Besitzrechtliche Gründe haben. Im letzteren Falle halte er die von ihm in der Oberförsterei Köpenick eingeführten Schilder „Forstweg. Fußgängern widerruflich gestattet“ für richtiger. Wie man vom Vermögenden und also auch vom Waldbesitzer verlangt, daß er andere am Genuß des Waldes teilnehmen lasse, müsse man auch fordern, daß das waldbesuchende Publikum sich ebenfalls solcher Pflichten bewußt sei. So wird durch Abreißen von Zweigen und Blättern bei jungen Bäumen und Sträuchern, die Kindern gleichen, ein zehnfach größerer Schaden angerichtet als bei alten Bäumen. Ebenso ist das Rauchen zu unterlassen, in seinem Revier haben in einem einzigen Jahre 40 Waldbrände stattgefunden. Auch das Zertreten der Beerensträucher und Blumen möge man vermeiden, er erkenne aus den Spuren stets, ob das zarte Geschlecht der Damen oder der robuste Herr der Schöpfung z. B. Erdbeeren gepflückt hat: der Mann nimmt sich in acht, aber die Damen achten mehr auf ihre Kleider, als auf die Blumen. Namentlich das Pflücken von Blumen ist eine Unsitte, da die in der heißen Hand bald welk werdenden Blumen doch wieder fortgeworfen werden. Am Anblick der blühenden Blumen soll man sich erfreuen; manche selten gewordene Waldblume würde dann erhalten bleiben.

Eine Fülle für den Wanderer beherzigenswerter Ratschläge gab der Referent sodann. Wenn Wild von ferne gesehen wird, solle man stehen bleiben, sich ruhig verhalten und die Wandergefährten nur durch eine Handbewegung verständigen, war man aber gerade in lebhafter Unterhaltung und äugt das Wild schon, dann weitersprechen, weil das plötzliche Verstummen das Wild ebenfalls stutzig werden läßt. — Ein gutes Erfrischungsmittel ist, mit der flachen Hand auf einen Ameisenhaufen leicht zu klopfen und dann die aufgefangene Ameisensäure zu riechen. — Im Heidekraut solle man nicht lagern, da, wenn überhaupt Schlangen vorhanden sind, diese gerade hier ihre Schlupfwinkel haben. — Bei Verirrungen im Walde beachte man, daß die Längsseiten der Jagen, d. h. der Waldvierecke nach Norden, die Schmalseiten nach Ost und West führen. Die Richtung erkennt man außer am Stand der Sonne auch an den Bäumen, besonders Laubbäumen, deren Südwestseite stets dunkler, rissig und bemoost ist. — Gerät man auf einen sogenannten Holzweg, so beachte man die Spuren der Pferdehufe, die des Morgens in den Wald und abends zur Ortschaft führen. — Bei Gewitter gehe man in der Mitte des Weges, falls Telephondraht vorhanden, möglichst von diesem fort. Auch vermeide man altes Holz. Am sichersten befindet man sich im jungen Holz, wenn alte Stämme in der Nähe sind. — Auch bei heftigem Sturm vermeide man altes Holz. Besonders „finde“ man kein junges oder krankes Wild. Ein solches Mitleid sei unangebracht; höchstens benachrichtige man den Förster.

**Die 34. Berliner Mastvieh-Ausstellung** ist gestern auf dem Zentralviehhof eröffnet worden; sie ist von 175 Ausstellern mit 1331 Tieren beschickt. An erster Stelle steht wieder Groß-Berlin mit der Mark Brandenburg, die zusammen 48 Aussteller mit 271 Nummern aufweisen. Nächstdem stehen die Provinzen Pommern, Posen, Westpreußen und das Herzogtum Braunschweig. Von den Rieselgütern der Stadt Berlin sind 90 Stück Rindvieh und 14 Schweine ausgestellt, und zwar außer Wettbewerb. Bei den Fleischermeistern erregt die Rinderkollektion der Berliner Rieselgüter immer wieder Kopfschütteln, da sie sich hier Rinderrassen — Pinzgauer, Egerländer, Nordschleswiger usw. — gegenübersehen, die auf dem Berliner Fleischmarkte nur selten auftauchen. Hervorragend vertreten sind diesmal von Hochlandschlägen die „Simmentaler“, denen sich aus dem Flachlande die „Holländer“ würdig anreihen. Das größte Lebendgewicht mit 1215 Kilo weist ein 3½jähriger Simmentaler Bulle auf. Ihm folgt ein Bulle der Niederungsrasse mit einem Gewicht von annähernd 24 Zentnern. Von den Berliner Rieselgütern weist die Gutsverwaltung Osdorf mit Tieren der Bayernrasse das höchste Schlachtgewicht auf. Zwei von ihnen wiegen je 23 Zentner. Auf 20 Zentner kommen ein Bulle des Rieselgutes Malchow und ein solcher des Rieselgutes Sputendorf.

Von den jungen Kälbern weist eins bei einem Alter von noch nicht voll drei Monaten ein Gewicht von 217 Kilo auf. Von Doppellender Kälbern sind Exemplare vertreten, die bei einem Alter von rund vier Monaten schon 273 Kilo wiegen.

Die Abteilung der Schweine umfaßt 122 Nummern mit 376 Tieren. Darunter befinden sich 19 Schweine des früheren Ministers v. Podbielski. Hervorragend vertreten sind die Rassen der weißen Edelschweine und der veredelten Landschweine. Das schwerste Gewicht von sechs Zentnern repräsentiert ein 2jähriges Edelschwein aus Schleswig-Holstein. Von den Berliner Rieselgüterverwaltungen sind durchweg Schlachtiere ausgestellt, deren Alter 11—14 Monate beträgt. Trotzdem weisen die Tiere Gewichte von 150 bis 175 Kilo auf.

Die Schafabteilung geht mit jedem Jahre mehr zurück. Sie umfaßt diesmal in 122 Nummern nur 376 Tiere.

Probeschlachtungen finden während der Ausstellung statt. — Reichhaltige Kollektionen von Maschinen und sonstigen Erzeugnissen, die mit dem Fleischergewerbe und der Mästerei in Verbindung stehen, sind mit zur Schau gestellt.

**Drei Ertrunkene.** Von einem Dampfer abgestürzt und ertrunken ist der 21 Jahre alte Steuermann Bruno Campe aus der Kurzestraße 14 in Friedrichshagen. Der junge Mann war auf dem Sterndampfer „Prinz Joachim“ als Steuermann tätig gewesen. In der Mittagsstunde wollte er mit einem Eimer Wasser aus der Spree schöpfen, um damit das Verdeck des Fahrzeuges zu reinigen. Beim Hinüberbeugen über den Vordrand des Dampfers verlor er das Gleichgewicht und stürzte in die Fluten. Wahrscheinlich erlitt er im Wasser sofort einen Herzschlag, denn obwohl er ein vorzüglicher Schwimmer war, fand er den Tod in den Wellen. Die Leiche konnte bald geborgen werden. —

Ebenfalls in der Spree ertrunken ist der Bootsmann Wilhelm Kranich aus Kalkberge-Rüdersdorf. K. war bei dem Schiffseigentümer Lenz angestellt und er hatte in den letzten Wochen auf einem Schlepper Dienste getan. Gestern durchkreuzte das Fahrzeug den Müggelsee. Als der Bootsmann auf dem Verdeck entlang schritt, um ein Werkzeug zu suchen, tat er einen Fehltritt und stürzte, das Gleichgewicht verlierend, über Bord. Bevor Rettung zur Stelle war, war der Verunglückte in der Tiefe verschwunden. Die Leiche des Ertrunkenen konnte noch nicht geborgen werden. —

Im Teltow-Kanal hat der 43 Jahre alte Steinsetzer Adolf Arnold aus der Kopfstraße 3 den Tod gefunden. A. wurde schon seit mehreren Tagen von seinen Angehörigen vermißt. Gestern fand man an der Rudower Straße eine Leiche in dem Teltow-Kanal, die später als diejenige des Verschwundenen erkannt wurde. A. ist, wie die Untersuchung ergeben hat, zweifellos das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Die Leiche wurde nach der Halle des Britzer Friedhofes übergeführt.

**Ein entsetzlicher Verkehrsunfall** hat sich gestern nachmittag an der Ecke der Treptower- und Kiefholzstraße zugetragen. Zwei

kleine Kinder, ein Knabe und ein Mädchen hatten Hand in Hand über den Straßendamm gehen wollen, als ein Bierwagen der Feldschlößchen-Brauerei um die Ecke gejagt kam. Während es dem Mädchen noch gelang, den schützenden Bürgersteig zu erreichen, wurde der Knabe von den Rädern des schweren Wagens erfaßt, zu Boden geschleudert und eine ganze Strecke mitgeschleift. Furchtbar zugerichtet, wurde das unglückliche Kind unter den Rädern hervorgeholt und nach der Rettungswache am Görlitzer Bahnhof gebracht. Der Unterleib war dem Knaben vollständig aufgerissen, so daß die Eingeweide heraushingen. Der eine Schenkelknochen war derartig zersplittert worden, daß die Knochen zum Fleisch herausragten. In hoffnungslosem Zustande wurde der Knabe nach dem Krankenhause Am Urban transportiert.

**Großfeuer am Dönhoffsplatz.** Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam gestern vormittag in dem Eckhause Kommandantenstr. 89—Leipziger Straße zum Ausbruch. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als gegen 11 Uhr dichte Rauchwolken aus dem Dachgeschosse drangen und sich über den Dönhoffsplatz wälzten. In wenigen Minuten war die ganze Gegend in Dunkel gehüllt. Von allen Seiten liefen Neugierige herbei, die bald den ganzen Dönhoffsplatz besetzten. Als der erste Löschzug der Feuerwehr aus der Hauptwache i.. der Lindenstraße anrückte, stand der rechte Flügel des Dachstuhles an der Kommandantenstraße bereits in Flammen. Brandinspektor Rohnstock ließ daher sowohl in der Kommandantenstraße wie auch an der Front der Leipziger Straße sofort mechanische Leitern errichten und mehrere Dampfspritzen in Tätigkeit treten. Der Hauptangriff erfolgte von der Kommandantenstraße aus. Die Löschmannschaften hatten anfangs einen schweren Stand, da die Verqualmung geradezu enorm war. Teilweise mußten Rauchschutzapparate benutzt werden. Nach einstündiger Löschtätigkeit konnte die Gefahr für beseitigt gelten. Der Dachstuhl ist zu einem erheblichen Teile vernichtet. Es wird Brandstiftung angenommen. Während der Ablöschungsarbeiten stockte zeitweise der Straßenbahnverkehr in der Leipziger Straße.

**Der Unglücksfall im Viktoriapark,** über den wir gestern berichteten, und nach dem ein elfjähriges Mädchen vom Kreuzbergdenkmal abgestürzt ist, hat sich anläßlich eines Schulausfluges zugetragen. Das Kind hatte mit gleichalterigen Schülerinnen der Gemeindeschule in der Scharnhorststraße, die sie besucht, unter der Aufsicht ihres Lehrers einen Ausflug nach dem Viktoriapark unternommen, um das Kreuzbergdenkmal zu besichtigen. Die Kinder vergnügten sich dort bei harmlosem Spiel, und einige kletterten auch die Anhöhe hinauf, um recht nahe dem Denkmal zu sein. Trotzdem der Lehrer davor warnte, daß sich die Schülerinnen zu weit vorwagten und sie ermahnte, aufmerksam auf den Weg zu achten, soll die kleine Erna doch nicht genügend Obacht gegeben haben, denn plötzlich glitt sie ab und rollte ein Stück den Abhang hinunter. Der Lehrer brachte das verletzte Kind nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer, wo der Arzt eine Gehirnerschütterung feststellte.

**Vermißt.** Am 18. April cr. hat sich der Rentier Otto Michelmann, 2. November 1856 in Goßlar geboren, in Braunschweig wohnhaft, aus der Wohnung seines Bruders, Schwedter Straße 265, hierselbst, bei dem er zum Besuch weilte, entfernt und wird seitdem vermißt. Er ist 1,75 Meter groß, hat graue kurzgeschorene Haare, hohe Glatze, blaue Augen, starke, breite Nase, mittelstarken Schnurrbart, blasse Gesichtsfarbe, kräftige Gestalt. Bekleidet war er mit einem schwarzen steifen Hut, dunkelblauem Jackett, schwarzer gestickter Weste, dunkelblauem Sommerüberzieher, schwarzen Schnallenschuhen, schwarzen Strümpfen, Wäsche ist wahrscheinlich mit R gezeichnet. Es wird Selbstmord vermutet. Personen, welche über den Verbleib des Vermißten irgend welche Angaben machen können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 2715 IV. 47. 08 mitzuteilen.

**Zur Verhütung von Unglücksfällen durch abirrende Geschosse aus** den Schießständen der Hasenheide wird vor dem Betreten der Hasenheide und des südlich der Hasenheide gelegenen Teiles des Tempelhofer Feldes gewarnt. Eltern und alle diejenigen, denen die Obhut von Kindern anvertraut ist, werden aufgefordert, diesen das Betreten der genannten Gebiete zu untersagen.

**Im Wintergarten** treten im Monat Mai eine Reihe guter Bekannter auf, deren Leistungen aber an Exaktheit und Schlagfertigkeit nicht das geringste eingebüßt haben. Da ist zunächst der Humorist Otto Reutter, der diesmal mit einer Theaterrevue aufwartet und darin seinen gar zu berechtigten Spott und seine Satire an den Leitungen und Leistungen unserer Berliner Theater ausläßt. Die Rücksichtslosigkeit, mit der er dies tut, wirkt geradezu herzerfrischend.

Als musikalischer Clown leistet auf den sonderbarsten Instrumenten Ferry Corwey vorzügliches. Auf dem Gebiete der Tierdressur steht Mitz Orfords mit ihren dressierten Elefanten, die Kegel schieben, Cake Walk tanzen, Baby verwarten, obenan, während sich in Toquè ein gelehriger Hund als Reiter, Equilibrist und Jongleur vorstellt. Als geschickte Akrobaten sind die Niards anzusprechen. Jongleure, Excentrics im Verein mit der schicken, schneidigen Miniatursoubrette Lili Schreiber runden das Maiprogramm zu einem harmonischen Ganzen angenehm ab.

**Feuerwehrbericht.** In der vergangenen Nacht um 11 Uhr kam in der Bollnitzer Straße 50 Feuer aus. Dort brannten in einer Bäckerei die Ladeneinrichtung, Türen, Schaldecken, Möbel, Gardinen u. a. Durch kräftiges Wassergeben mit einem Rohre gelang es, die Flammen zu löschen. — Heute früh um 6 Uhr mußte in der Friesenstr. 24 ein Brand gelöscht werden, der das Zwischengebälk ergriffen hatte. Dieses mußte aufgerissen werden. Grober Unfug lag einer Feuermeldung nach der Alten Schönhauser Straße 38 zugrunde. Der Täter, ein anscheinend Geisteskranker, wurde ermittelt und der Polizei übergeben. Revaler Straße 16 brannten Bretter, eine Bude u. a. auf einem Lagerplatz und gleichzeitig in der Wilhelmshavener Straße 15 eine Küche. In der Zionskirchstr. 81 wurden Betten ein Raub der Flammen. Der 17. Zug mußte in der Lindenstr. 24/25 einen Kellerbrand löschen. Weitere Feuermeldungen liefen aus der Palisadenstraße 87 u. a. Stellen ein.

**Arbeiter-Samariterkolonne.** Morgen Donnerstag, abends 9 Uhr, beginnt der Kursus in der 3. Abteilung in Schöneberg bei Wieloch, Grunewaldstraße 110, 4. Abteilung in Lichtenberg bei Beckmann, Samariterstraße 10, 5. Abteilung in Rixdorf bei Thiel, Bergstraße 151/152. Einleitungsvortrag in jeder Abteilung über Anatomie (Bau des menschlichen Körpers). Um rege Beteiligung wird ersucht.

# Vorort-Nachrichten.

## Schöneberg.

### Stadtverordnetenversammlung.

Der Vorsteher brachte zunächst ein Schreiben der Architekten-Vereinigung zur Verlesung, in welchem dieselbe ihr Bedauern darüber aussprach, daß für den Bau des städtischen Rathauses nicht ein Wettbewerb erlassen sei; man verlangte, daß dies noch nachträglich geschehen möge. Die Mehrheit stimmte der Auffassung des Vorstehers zu, daß es undenkbar sei, auf die Wünsche der Architekten einzugehen, da die Frage des Rathausbaues für Schöneberg eine brennende ist.

An Stelle des nichtbestätigten Genossen Molkenbuhr wählte die Versammlung wiederum einen Sozialdemokraten in die Schuldeputation, und zwar den Stadtverordneten Magnan. In die Deputation für das höhere Schulwesen wurde seitens der Sozialdemokraten Stadtv. Molkenbuhr gewählt.

Die Ferien der Stadtverordnetenversammlung wurden in die Monate Juli und August gelegt.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag des Magistrats, nach welchem dem Magistrat in Berlin die Anregung gegeben werden soll, eine zwangslose Organisation der Gemeinden Groß-Berlins zu schaffen, damit in periodischen Zusammenkünften Vertreter der interessierten Gemeinden gemeinsame Fragen gemeinsam erörtern können. In der Diskussion wurde auf eine Reihe von Fragen hingewiesen, die ein Zusammengehen der Gemeinden Groß-Berlins notwendig machen. Die Führung in diesem Vorgehen müsse selbstverständlich Berlin übernehmen.

Es folgte die Beratung der Magistratsvorlage betr. Ankauf des Hauses Sedanstr. 49 für Zwecke der Armenverwaltung. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird über die Vorlage in öffentlicher Sitzung verhandelt. Da mit dem Neubau des Rathauses alsbald begonnen werden soll, so ist der Abbruch der auf dem Rathausgrundstück befindlichen Gebäude des Armenhauses und der Baracken erforderlich. Infolgedessen müssen die darin zurzeit befindlichen 12 Familien und 9 Einzelpersonen anderweit untergebracht werden, auch muß Vorsorge getroffen werden, daß zur sofortigen Unterbringung Obdachloser geeignete Räume zur Verfügung stehen. Zu diesem Zweck empfiehlt der Magistrat, bis zur Errichtung eines städtischen Obdachs das Haus Sedanstr. 49 zum Preise von 160 000 M. anzukaufen. Der eingesetzte Ausschuß hatte beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, das Haus nur für 150 000 M. anzukaufen. Es wird mitgeteilt, daß eine Reihe von Petitionen vorliegen, die gegen den Ankauf des Grundstückes protestieren.

Stadtv. Linicus (Unabh. Vereinig.) empfiehlt, dem Antrage die Zustimmung nicht zu geben, da das Grundstück völlig ungeeignet sei. Man würde durch den Ankauf des Grundstückes zu Zwecken der Armenverwaltung der dortigen Gegend einen Schandfleck aufsetzen und die ganze Nachbarschaft kompromittieren. Redner empfiehlt, die Vorlage pure abzulehnen und die Armen in Privathäuser unterzubringen.

Nachdem der vergebliche Versuch gemacht wurde, die ganze Angelegenheit mit einer Geschäftsordnungsdebatte abzutun, erklärte Stadtv. Starke namens der liberalen Fraktion, daß sie die Vorlage ebenfalls ablehnen. Die Kasernierung der Armen sei keineswegs eine soziale Tat. Man könne nicht unbescholtene Armen mit verkommenen Elementen zusammenbringen, auf keinen Fall aber Kinder in einem solchen Hause zusammenpferchen. Für unbescholtene Armen müßten Wohnungen in Privathäusern gemietet und den verkommenen die Kinder abgenommen werden.

Stadtrat Walger stellte zunächst fest, daß es sich doch nur um ein Provisorium handelt. Die Aufregung ist ganz unberechtigt. Der Magistrat beabsichtige ein Siechenhaus und Altersheim außerhalb der Stadtgrenze zu errichten. Die Armenverwaltung müsse jederzeit Wohnungen zur Verfügung haben. Für derartige Zwecke sind aber in Privathäusern sehr schwer Wohnungen zu haben. Die Beschaffenheit der Wohnungen in dem anzukaufenden Hause steht erheblich höher, wie die für teures Geld in Privathäusern gemieteten Wohnungen. Die schlechtesten Wohnungen in diesem Hause sind immer noch besser als viele Wohnungen, in denen heute die Armen untergebracht sind. Für die vorübergehend Obdachlosen muß ein Obdach geschaffen werden.

Stadtv. Fritzsch (Soz.) bedauert zunächst, daß dieser Vorlage von den Stadtverordneten so wenig Interesse entgegengebracht wird. Der Berichterstatter des Ausschusses habe auch jede Objektivität in seinem Bericht vermissen lassen. Der Sturm, der heute von den Interessenten in der Sedanstraße gegen die Vorlage entfacht sei, würde genau so sein, wenn ein Grundstück in einer anderen Straße gekauft wird. Am liebsten würde man ja die Armen ganz aus Schöneberg abschieben. Die Stadt habe die Pflicht der Unterhaltung der Armen. Was die Beschaffenheit des anzukaufenden Hauses anbetrifft, so steht es nicht so schlecht damit, wie es hier immer hingestellt wird. Für die Stadt bedeutet es einen Vorteil, das Grundstück zu erwerben. Wenn die Petitionen ausschlaggebend sein sollen, so würde es ein leichtes sein, eine Petition mit zehnmal mehr Unterschriften zustande zu bringen, die sich für den Ankauf ausspricht.

Stadtv. Obst (Soz.) wundert sich, daß man trotz der schönen Worte so wenig für die Armenpflege getan habe. Trotzdem das jetzige Armenhaus und die Baracken Jahr für Jahr vollgelegt sind, hat man es nicht für nötig gehalten, diesen Zustand abzuschaffen und die Leute anderswo unterzubringen. Jetzt mit einem Male soll das Zusammenwohnen in einem Hause unwürdig sein. Hätte man beizeiten Vorsorge getroffen, so brauchte heute über den Ankauf des Grundstückes nicht verhandelt zu werden. Es ist notwendig, der Vorlage heute zuzustimmen, bis etwas Besseres geschaffen sei.

Stadtv. Kuhnitzky (lib. Fraktion) meint, wir müssen sehr viel Geld haben, wenn für ein Provisorium 160 000 M. ausgegeben werden. Das Haus würde für die soziale Frage das größte Unglück bedeuten. Anständige Leute dürfe man nicht mit Tagedieben zusammensperren.

Die Stadtvv. Val. Fröhlich (Unabh. Vereinig.) und Salinger (lib. Fraktion) sprechen sich ebenfalls gegen die Vorlage aus.

Stadtv. Kratz (lib. Fraktion) meint, solange nicht der Beweis erbracht werde, die Armen wo anders nicht unterbringen zu können, dürfe der Vorlage nicht zugestimmt werden; lieber höhere Mieten in Privathäusern zahlen.

Stadtv. Molkenbuhr (Soz.) hält vieles, was gegen die Vorlage angeführt werde, für Uebertreibungen. Die Stadt behält doch das Kaufobjekt und den Platz, das Geld sei doch nicht fortgeworfen. Die wo anders übliche brutale Form der Kasernierung komme doch hier nicht in Betracht, es soll doch nur ein Mietshaus gekauft werden. Wenn Wohnungen nur nach Bedürfnis in Privathäusern gemietet werden, so wird man für die Zwecke nur Wohnungen finden, die kein Mensch mehr mietet.

Die Vorlage wird darauf mit 23 gegen 13 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag, das Haus auf drei Jahre zu mieten.

Dem Projekt des Magistrats betr. Anlegung eines zweiten städtischen Friedhofs im Südostgelände wird zugestimmt. Der Antrag des Ausschusses, die Wasserflächen aus diesem Projekt zu entfernen, wird abgelehnt.

Zugestimmt wird ferner einem Antrage des Magistrats, die Stadtgemeinde Rixdorf an das bakteriologische Untersuchungsamt des städtischen Krankenhauses anzuschließen.

## Rixdorf.

**Ein Fall krassesten Aberglaubens** hat sich vorgestern in Rixdorf zugetragen. Eine Zigeunerin, die angeblich mit seidenen Bändern und anderen Gegenständen hausieren ging, kam auch nach dem Geschäft der Frau E. in der Kaiser-Friedrich-Straße. Frau E. ließ sich mit der Zigeunerin in ein Gespräch ein, in dessen Verlauf die erstere klagte, daß über ihrem Heim ein Unheil walte. Die Zigeunerin erbot sich nun sofort, den Unstern, der über dem Hause schwebe, zu beseitigen. Sie besitze die Macht hierzu und dieselbe bestehe im Gebet. Wenn sie für die Familie der E. bete, so werde bald wieder alles gut sein. Zu diesem Zwecke brauche sie aber, wenn auch nur für kurze Zeit, einen Geldbetrag, den sie sich selbst aus der Ladenkasse nehmen müsse. Was man nun für unglaublich halten sollte, geschah. Frau E. schenkte der Zigeunerin volles Vertrauen und ließ sie in die Kasse hineingreifen. „Auf wenige Minuten" entfernte sich dann die Beterin. Als eine Minute nach der anderen verrann, ohne daß die Schwarzhaarige wiedererschien, dämmerte es erst in der E. auf, daß sie einer Schwindlerin in die Hände gefallen war. Das schlaue Zigeunerweib hatte einen recht tiefen Griff in die Kasse getan; etwa 50 Mark hatte sie dabei erbeutet.

**Im Hopperschen Lokal** ist bei der Maifeier am Nachmittag ein Herrenschirm verloren gegangen. Es wird gebeten, denselben in der Parteispedition, Neckarstr. 2, abzugeben.

## Rummelsburg.

**In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung** fand die Einführung der neu- und wiedergewählten Gemeindevertreter statt. Wiedergewählt war von unseren Vertretern Genosse Gorges, neugewählt Genosse Hermann Müller. Es gehören von den 8 Vertretern der 3. Klasse sieben unserer Partei an, durch die äußerst gekünstelte neue Wahlbezirkseinteilung hat man es diesmal noch zu verhüten gewußt, daß auch der achte Sozialdemokrat in das Gemeindeparlament einzog. Die Einführung selbst geschah in recht kurzer Weise durch den Beigeordneten Assessor Köhler, welcher an Stelle des durch schwere Erkrankung verhinderten Bürgermeisters Dr. Hahn die Sitzung leitete. Bei den nun vollzogenen Wahlen von Mitgliedern zu den einzelnen Kommissionen und Deputationen wurden unsere Vertreter in sämtliche Kommissionen wie Deputationen gewählt. Bei der Wahl der Mitglieder des Kuratoriums für die Fortbildungsschule entspann sich eine längere rege Debatte über den bereits vor Jahresfrist von unseren Vertretern gestellten Antrag: „in das Kuratorium auch Arbeitnehmer zu wählen". Das Kuratorium selbst hat diesen Antrag mit dem selbstbewußten Bemerken abgelehnt, daß ein Interesse an der Fortbildungsschule doch nur auf seiten der Arbeitgeber zu suchen sei, da doch nur sie ein großes Interesse daran haben, daß ihnen durch ungünstige Schulzeit kein zu großer Schaden zugefügt wird. Nachdem unsere Vertreter diesen rückständigen Handwerksmeisterstandpunkt des derzeitigen Kuratoriums gebührend beleuchtet und gleichzeitig die Gründe für diese Neueinführung dargelegt hatten, wurde der ablehnende Standpunkt des Kuratoriums mit 14 gegen 11 Stimmen verworfen. Die Wahl der zu wählenden 2 Arbeitnehmer in das Kuratorium der Fortbildungsschule findet in der nächsten Sitzung statt. Hierauf wurde die Regulierung und Pflasterung der Simplonstraße von der Simon-Dach-Straße bis zur Gabriel-Max-Straße und von der Ludwig-Lehmann-Straße bis zur Straße 21 genehmigt. Die Kosten hierfür sind auf 195 300 M. veranschlagt, wovon die Hälfte die Stadt Berlin trägt. Die auf unsere Gemeinde entfallenden Kosten sind bereits durch die betreffenen Anlieger hinterlegt worden. — Zur Erbauung einer besonderen Ratsstube nebst einer größeren Küche mit Anschluß an das jetzige Ratskellerzimmer wurden die inkl. der inneren Einrichtung 8000 M. betragenden Kosten bewilligt. — Ferner wurde die Neupflasterung wie Regulierung des Markgrafendammes und des unteren Teiles der Hauptstraße einstimmig beschlossen. Die bereits seit langem notwendig gewordene Regulierung dieser Straßenstrecke hat sich durch die verschiedenen Schwierigkeiten in bezug auf die Freilegung des zur Straßenverbreiterung notwendigen Geländes bis jetzt verzögert. Die in Betracht kommenden Anlieger, nämlich Café Bellevue und die Norddeutschen Eiswerke haben sich jetzt nach längeren Verhandlungen unter erfüllbaren Bedingungen bereit erklärt, das erforderliche Straßenland freizulegen, es wird hierdurch nunmehr ermöglicht, daß der nördliche Bürgersteig, welcher zum Bahnhof Stralau-Rummelsburg führt, nur um etwa 50 Zentimeter verschmälert werden braucht — wodurch die hier befindliche herrliche Baumreihe erhalten bleibt. Assessor Köhler machte hierauf die Mitteilung, daß der vor kurzem verstorbene Millionär, Fabrikant und Kommerzienrat Ludwig Lehmann der Gemeinde durch Testament 3000 M. mit der Bestimmung vermacht hat, daß deren Zinsen alljährlich an hiesige Ortsarme verteilt werden sollen, die Zustimmung zur Annahme dieser großen Stiftung erfolgte teilweise unter recht gemischten Gefühlen. — Eine längere Debatte zeitigte noch ein Antrag der Schuldeputation auf Beschaffung von Konzertflügeln, Pianos oder Harmoniums für die Aulen der Gemeindeschulen. Es wurde hierzu mit Mehrheit beschlossen, den Gemeindevorstand eine Summe von 1300 M. zur Anschaffung eines entsprechenden Instruments für die Aula der Gemeindeschule in der Holtenstraße zur Verfügung zu stellen. — Weiter wurde noch die Anschaffung eines Feuerwehrgeräte- und -Mannschaftswagens gutgeheißen und die Kosten hierfür mit 1850 M. bewilligt. In der nun folgenden nicht öffentlichen Sitzung beantragten sämtliche unbesoldeten Gemeindeschöffen, mit Ausnahme des Herrn Lange, welcher bereits seit mehreren Jahren als stellvertretender Gemeindevorsteher 400 M. Entschädigung erhält, sie für ihre mühevolle Geistesarbeit, von der leider nur sehr wenig zu merken ist — die jetzige Entschädigung von 100 M. auf 400 M. pro Jahr erhöhen zu wollen. Unsere Vertreter wollten jedoch nicht einsehen, daß allen Gemeindeschöffen mit dem Amte zugleich auch der nötige Verstand gegeben worden ist, und beantragten, damit eine Prüfung der ganzen Sache erst vorgenommen werden kann, die Vertagung, die bürgerliche Mehrheit lehnte die Vertagung ab und bewilligte die verlangten 400 M. pro Schöffen.

**Von der Maifeier** des Wahlvereins Rummelsburg im Lokale von Witwe Schonert sind noch die Gewinne für die Nummern 60, 235, 264, 309 abzuholen aus der „Vorwärts"-Spedition, Alt-Vorhagen 56.

## Lichtenberg.

**Die soziale Rückständigkeit** Lichtenbergs wird erneut beleuchtet durch den von der hiesigen Ortskrankenkasse herausgegebenen Jahresbericht. In demselben wird u. a. folgendes betont:

„Die Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten sind ebenfalls gestiegen und würden noch bedeutend höher sein, wenn die Unterbringung aller derjenigen, welche ein Krankenhaus aufsuchen müßten, sich hätte möglich machen lassen! Bemerken wollen wir, so fährt der Bericht fort, daß einzelne Fälle darunter waren, wo die Mitglieder in Lebensgefahr schwebten, bei drei Mitgliedern sogar der Tod eingetreten ist, weil eine sofortige Operation mangels Platz in Berliner Krankenhäusern nicht ausgeführt werden konnte!" Das Ortsblatt machte bereits vor längerer Zeit von dieser Behauptung im Bericht der Krankenkasse mit Vorbehalt Mitteilung und versprach, sich mit der Sache beschäftigen zu wollen. Bis heute jedoch wartet man vergeblich auf die Einlösung dieses Versprechens.

Inzwischen wird uns über einen Fall Mitteilung gemacht, durch den ebenfalls der hiesige Krankenhausmangel in grellste Beleuchtung gerückt wird:

Eine Frau W. aus der Heinrichstraße erkrankte an Kindbettfieber. Der behandelnde Arzt Dr. Sch. in der Wilhelmstraße ordnete die sofortige Aufnahme in ein Krankenhaus an. Um 6 Uhr abends geht die Reise im Krankenwagen los. Um 9 Uhr, also nach drei Stunden, erreicht das Gefährt das Krankenhaus Friedrichshain. Hier setzen die Fahrer die schwer kranke Frau ab, mit dem Bemerken, daß trotz aller Mühe, auch unter Zuhülfenahme der telephonischen Nachweise, ein freies Bett nicht zu finden sei. Der Ehemann hat seine Frau nur als Leiche wiedergefunden und ist nun der Meinung, daß der Tod seiner Frau im wesentlichen dem langen Aufenthalt im Krankenwagen zuzuschreiben ist.

Wie uns mitgeteilt wird, ist nun am 5. Mai die am Anfang des Jahres gewählte Krankenhausbaukommission zur ersten Sitzung zusammengetreten.

**Die Urwählerlisten** für die bevorstehende Landtagswahl liegen für die 37 Uhrwahlbezirke für heute, den 6., und morgen, den 7. Mai, in der Zeit von 8 Uhr morgens bis nachmittags 3 Uhr, zu jedermanns Einsicht im großen Sitzungssaale des Rathauses, Dorfstraße, 1 Treppe, öffentlich aus.

Jeder Urwähler muß sich davon überzeugen, ob er in die Liste eingetragen ist, eventuell sofort seine Nachtragung beantragen, wenn sein Name fehlt. Die Eile, mit der die Listen aufgestellt sind, macht die Einsichtnahme unerläßlich. Ohne Eintragung kein Wahlrecht!

**Zum Polizeidirektor** in Lichtenberg ist mit dem Range als Polizeipräsident und Oberregierungsrat der Oberregierungsrat Dr. jur. Max Lewold aus Marienwerder ernannt.

## Tempelhof.

**In der Generalversammlung** des Wahlvereins referierte Genosse Pusemann über: „Bildungspolitik". Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag erstattete Genosse Thiel den Vorstandsbericht. Danach fanden im letzten Quartal statt: 1 Generalversammlung, 2 Vereins- und 2 öffentliche Versammlungen, 2 kombinierte Vorstandssitzungen, 2 Agitationstouren und 5 Flugblattverbreitungen. Zur Erledigung der örtlichen Geschäfte waren 12 Vorstandssitzungen notwendig. Die Mitgliederzahl stieg von 188 auf 195. Hierauf

erstattete Genosse Günther den Kassenbericht. Einer Einnahme von 213,38 M. steht eine Ausgabe von 211,28 M. gegenüber. Nach dem Bericht des Spediteurs stieg die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ von 321 auf 331. Die Einnahmen des letzten Monats betrugen 559,58 M., die Ausgaben 388,61 M., so daß ein Bestand von 170,97 M. verbleibt. Die Ergänzungswahl der Vorsitzenden hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Genosse Fr. Wilsdorf, 2. Vorsitzender Genosse J. Flieg.

### Pankow.

**Die Sozialdemokratie und die Landtagswahlen** lautete das Thema über das die Genossen Hetzschold und Heinig in zwei Volksversammlungen referierte. Nachdem beide Redner dargelegt, welche kulturelle Bedeutung die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts nicht nur für Preußen sondern für ganz Deutschland habe, forderten sie die Versammelten auf, mit allen Kräften in die Agitation für die Landtagswahlen einzutreten. In beiden Versammlungen wurde mitgeteilt, daß alle seinerzeit an den Landtag gerichteten Protestresolutionen, laut Antwortschreiben, der Regierung als Material überwiesen worden seien. Nach einem eindringenden Appell der Vorsitzenden an die Versammelten wurden die Versammlungen mit Hochrufen auf die Partei geschlossen.

### Spandau.

**Partei- und Gewerkschaftsgenossen.** Für die am 3. Juni stattfindenden Wahlmännerwahlen zur Wahl des preußischen Landtags liegt die Urwählerliste am 7., 8. und 9. Mai, vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, im Stadthause, Potsdamer Straße 14, Zimmer 29, im Obergeschoß, öffentlich zu jedermanns Einsicht aus. Auch sind folgende Genossen bereit, die Einsichtnahme gegen Uebermittelung genauer Angabe von Namen, Stand und Wohnung die Listen einzusehen:

Böhle, Restaurant, Havelstraße 20. Huth, Restaurant, Lindenufer 17. Beiler, Restaurant, Jüdenstraße 19. Hallecker, Restaurant, Frobenstraße 12. Greinert, Restaurant, Frobenstraße 19. Pritschof, Restaurant, Falkenhagener Straße 39. Hausburg, Restaurant, Kurzestraße 10. Hornig, Konsum, Mittelstraße 13. Schuster, Restaurant, Wröhmänner Straße 11. Kumke, Restaurant, Schönwalder Straße 80. Grieben, Schuhmachermeister, Neumeisterstr. 13. Scholz, Bäckermeister, Neumeisterstraße 11. Köppen, Buchhandlung, Jagowstraße 9. Johannsen, Zigarrengeschäft, Lynarstraße 8. Feuerherdt, Restaurant, Kurstr. 21. Lumma, Restaurant, Weißenburger Straße 24. Köpnick, Rest., Pichelsdorfer Straße 39. Schröter, Rest., Pichelsdorfer Straße 5. Kramer, Bäckermeister, Scharfe Lanke 2. Pieper, Zigarrengeschäft, Metzer Straße 12. Enders, Zigarrengeschäft, Wilhelmstr. 152. Götze, Restaurant, Seeburger Straße 87. Jäger, Restaurant, Kloster Straße 29. Schwabe, Restaurant, Seegefelder Straße 54/55. Bietke, Barbiergeschäft, Seegefelder Straße 126. Wohlfeil, Restaurant, Hamburger Straße 50. —

Wer nicht in der Urwählerliste steht, beantrage sofort seine Eintragung, da der Betreffende sonst seines Wahlrechts verlustig geht.

### Potsdam.

**Von einem Auto überfahren** wurde vorgestern nachmittag in der alten Luisenstraße die Frau Wiesener aus der Lindenstraße zu Nowawes, die an Schwerhörigkeit leidet. Eine Samariterin brachte die Frau, die einige Hüftenverletzungen davon getragen hatte, nach ihrer Wohnung. Ihr Zustand ist nicht gefährlich.

**Bootsunfall.** Auf dem Templiner See, der am Sonntag von Segelbooten wimmelte, kenterte nachmittags bei böigem Wind ein Segelboot mit 3 Personen, die von einem Potsdamer Motorboot gerettet und aufgenommen wurden.

**Ein Selbstmörder,** der noch die Hand krampfhaft um den Revolver gepreßt hatte, wurde von Jägern in der Pirschheide aufgefunden. Der Tote scheint mit einem Walter Grosse aus Geltow identisch zu sein.

## Gerichts-Zeitung.

### Hehler und Rechtsanwälte.

Die beleidigenden Aeußerungen der Landgerichtsräte Keßler und Cämpfe während des Plaidoyers des Rechtsanwalts Dr. Oskar Cohn haben eine außerordentliche Erregung in der Anwaltschaft hervorgerufen. Der Präsident des Kammergerichts hat aus Anlaß der von uns zuerst gebrachten Darstellung des Falles in der Presse persönlich im Kriminalgericht sich über den Fall informiert und den Vorstand der Anwaltskammer in Kenntnis gesetzt, daß er das Ergebnis der Erörterungen dem Vorstand mitteilen wird. Der Vorstand hofft, daß infolge der durch Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn eingelegten Beschwerde im Wege der Dienstaufsicht der Anwaltschaft Genugtuung gegeben werde. Mit Rücksicht auf das Vorgehen der Justizverwaltung ist von der Einreichung des von zahlreichen Anwälten bereits unterzeichneten Strafantrages gegen den Landgerichtsrat Keßler vorab Abstand genommen.

### Lokalboykott gegen Seitz.

Gestern stand vor dem Kammergericht die Berufungsklage des Spandauer Restaurateurs Seitz gegen den „Vorwärts“ an. Seitz hatte eine einstweilige Verfügung beantragt, dem „Vorwärts“ zu untersagen, Flugblätter zu verbreiten, in denen aufgefordert wird, sein Lokal zu boykottieren sowie dahingehende Vermerke in die Lokalliste aufzunehmen. Das Landgericht hatte die demgemäß erlassene einstweilige Verfügung aufgehoben. Dagegen hatte Seitz Berufung eingelegt. Später hat er beim Kammergericht noch unter der unzutreffenden Behauptung, daß er an der einstweiligen Verfügung kein Interesse mehr habe, da es dem „Vorwärts“ gelungen sei, seinen Absatz so zu schädigen, daß er sich zur Aufgabe seines Restaurationsbetriebes habe gezwungen gesehen, seinen Antrag auf Erlaß der einstweiligen Verfügung zurückgenommen und nur noch beantragt, dem „Vorwärts“ die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen. Das Kammergericht hat auch in diesem Umfange in der heutigen Verhandlung die Berufung des Seitz zurückgewiesen und ihm in vollem Umfange die Kosten auferlegt.

### Der Streit um die tuberkelhaltige Milch,

die der Berliner Bevölkerung geliefert worden sein sollte, dauert nun ziemlich drei Jahre. Er ist eine Hinterlassenschaft des Milchringes, der zwischen den Milchhändlern Groß-Berlins und den „Milchbauern“ der Mark Brandenburg durchgeführt worden war. Der Milchkrieg ist inzwischen längst in Vergessenheit geraten, nur jener Streit um die tuberkelhaltige Milch hat immer noch nicht zu Ende kommen wollen. Soweit aber an ihm die Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und ihr damaliger Schriftführer Dr. Engel beteiligt waren, dürfte nunmehr doch eine Beilegung erzielt werden. Engel hat eine Reihe von Beleidigungsklagen durchzumachen gehabt, in denen er teils als Kläger, teils als Beklagter auftrat. Eine wechselseitige Beleidigungsklage zwischen ihm und Vorstandsmitgliedern vom **Verband der Milchhändlervereine Berlins und Umgegend** war veranlaßt worden durch ein Merkblatt, in dem die Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit vor der von den Milchhändlern importierten dänischen Milch warnte. Auf diese Warnung antworteten damals die Milchhändler mit einem Flugblatt, das die Tätigkeit der Gesellschaft als erfolglos schilderte und unter anderem auch behauptete, in Milch aus den von der Gesellschaft empfohlenen Molkereien seien sogar Tuberkeln gefunden worden. Engel wahrte sich in einer Erklärung, die dem Flugblatt bewußte Unwahrheit vorwarf. Drei Vorstandsmitglieder, Milchhändler Lulay-Schöneberg, Milchpächter Müller-Berlin, Milchpächter Kloppe-Berlin, fühlten als die für das Flugblatt verantwortlichen Personen sich durch E. beleidigt und verklagten ihn. E. erhob Widerklage wegen des Flugblattes sowie wegen eines Schriftsatzes der Kläger, in dem sie ihm „Verleumdung“ vorgeworfen hatten. Dieser Prozeß hat mehrfach die Gerichte beschäftigt. Das Schöffengericht sprach beide Parteien frei, weil beide in gutem Glauben gehandelt hätten, beiden der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zur Seite stehe, beiden die Absicht der Beleidigung gefehlt habe. Nur von Dr. Engel wurde hiergegen Berufung eingelegt. Das Landgericht I Berlin (8. Strafkammer) entschied, die Berufung sei zu verwerfen. Jenes Flugblatt der Milchhändler habe sich gegen die Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, nicht gegen Engel persönlich gerichtet. Gegen dieses die Freisprechung der Milchhändler bestätigende Urteil rief E. die Entscheidung des Kammergerichts an. Er erreichte, daß das Kammergericht (2. Strafsenat) das Urteil aufhob und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwies. Am Dienstag sollte vor dem Landgericht (9. Strafkammer) erneut verhandelt werden. In den früheren Verhandlungen waren die Vergleichsvorschläge gescheitert an dem Widerstand Engels, der nur durch Gerichtsurteil volle Genugtuung für die ihm widerfahrene Kränkung erlangen zu können meinte. Diesmal aber ließ E. durch den Vorsitzenden sich bewegen, den Vergleich anzunehmen, den die Widerbeklagten ihm anboten. Lulay war nicht erschienen, aber Müller und Kloppe stellten in Aussicht, daß auch er dem Vergleich beitreten werde. Die Parteien einigten sich dahin, daß die Widerbeklagten erklären, es habe ihnen ferngelegen, Dr. Engel durch jenes Flugblatt sowie durch ihren Schriftsatz in seiner Ehre kränken zu wollen, insonderheit habe ihm von ihnen niemals der Vorwurf gemacht werden sollen, daß durch seine Fahrlässigkeit oder sein Verschulden Milch von tuberkulösen Kühen zur Ernährung von Säuglingen verwendet worden sei, auch könnten von ihnen sonst Vorwürfe gegen Engels wissenschaftliche und persönliche Ehre nicht erhoben werden. Unter der Voraussetzung, daß auch Lulay dieser Erklärung sich anschließt, ist E. bereit, die Widerklage zurückzunehmen. Anderenfalls will E. von dem Vergleich zurücktreten und gerichtliche Entscheidung herbeiführen.

### Ein böses Rencontre mit seinem Schwiegervater

hat für den Arbeiter Paul Marske eine Anklage wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zur Folge gehabt, die gestern das Schwurgericht am Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Krüger beschäftigte. Ursprünglich war die Strafsache unter dem Gesichtspunkte der fahrlässigen Tötung vor die Strafkammer gekommen, diese hatte sich aber für unzuständig erklärt und die Sache an das Schwurgericht verwiesen. Der 68jährige Arbeiter Friedrich Roll war der Schwiegervater des Angeklagten. Dem letzteren wird das Zeugnis eines soliden, fleißigen und nüchternen Menschen gegeben, während der Schwiegervater sich dem Trunke stark ergeben hatte. Der alte Mann war 40 Jahre mit einer ordentlichen Frau verheiratet. Jahre hindurch war die Ehe glücklich, sie wurde aber sehr unglücklich, als der Alte vom Alkoholteufel gepackt wurde. Die Ehefrau hatte unsäglich viel zu leiden, sie schluckte aber alles herunter und blieb bei ihrem Ehemann. Endlich konnte sie es aber nicht mehr aushalten, da sie von ihrem Manne auch wiederholt mißhandelt wurde; sie verließ diesen daher und fand bei dem Angeklagten, ihrem Schwiegersohn, freundliche Aufnahme. Roll hatte schon mehrmals ohne Erfolg Versuche gemacht, sich mit seiner Frau wieder ins Einvernehmen zu setzen. Am 3. Oktober früh in der 6. Stunde erschien er wiederum in dem Hause der Stromstraße, wo sein Schwiegersohn wohnt und versuchte mit einem Schlüssel die Wohnungstür zu öffnen. Als seine Frau, die das Geräusch gehört hatte, die Tür öffnete, um zu sehen, wer dort sei, stellte der alte Roll sofort seinen Fuß zwischen die Tür, so daß diese nicht zugemacht werden konnte. Seine Frau suchte ihn zurückzudrängen, er ging aber mit einem Schlüssel auf sie los und versetzte ihr damit mehrere Schläge. Auf das Hülfegeschrei der alten Frau sprang der soeben aus dem Schlafe erwachte Angeklagte aus dem Bett und sah auf dem Korridor seine Schwiegermutter von deren Ehemann bedrängt. Er eilte der Frau zu Hülfe und es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf der Angeklagte sich des offenbar angetrunkenen alten Mannes schließlich nicht anders erwehren konnte, als daß er einen Stuhl ergriff und damit einige Schläge gegen den Schwiegervater führte, der nun auf den Treppenpodest hinausgedrängt wurde. Als er sich vor einem weiteren Schlage durch Vorhalten der Hand schützen wollte, muß er wohl fehlgetreten sein, denn er stürzte die Treppenstufen hinab und blieb unten liegen. Die durch den Lärm alarmierten Hausbewohner fanden den alten Mann tot vor. Dieser traurige Ausgang wurde dem Angeklagten zur Last gelegt. Die Beweisaufnahme fiel jedoch für diesen sehr günstig aus. Nach dem übereinstimmenden Antrage des Staatsanwalts Dr. Lehmann und des Rechtsanwalts Wolfgang Heine gaben die Geschworenen ihren Wahrspruch auf nichtschuldig ab, worauf die Freisprechung des Angeklagten erfolgte.

## Vermischtes.

**Ein schwerer Automobilunfall.** Aus Mittelfranken wird der „Frankf. Zeitung“ gemeldet: Zwischen Steinbach und Burschbernheim überschlug sich das mit mehreren Personen besetzte Automobil des Brauereibesitzers Alois Adler. Der Buchhalter der Brauerei blieb tot, die Gattin des Brauereibesitzers erlitt einen Armbruch. Adler und ein anderer Insasse kamen mit leichten Verletzungen davon. Das Automobil wurde vollständig zertrümmert.

**Selbstmord eines Doppelmörders.** Der Schuhmachermeister Günther in Allstedt, der auf die Anzeige seiner eigenen Frau hin unter der Beschuldigung verhaftet wurde, die Witwe Rein und deren Schwester ermordet zu haben, hat im Gefängnis Selbstmord verübt, nachdem es ihm gelungen war, sich seiner Fesseln zu entledigen. Günther hatte zwar bis zu seinem gewaltsamen Ende ein Geständnis nicht abgelegt, doch sind die belastenden Momente und Beweise gegen ihn so erdrückend, daß an seiner Schuld nicht gezweifelt werden kann.

**Erdbeben.** Nach einer Meldung aus Straßburg (Elsaß) verzeichneten gestern morgen zwischen 8 und 9 Uhr die Instrumente der dortigen kaiserlichen Hauptstation für Erdbebenforschung ein mittelstarkes Fernbeben. — Nach einem Telegramm aus London ist am Montag ein Erdbeben an der Küste von Tasmania verspürt worden.

**Todessturz.** Gestern abend stürzte, wie aus Essen berichtet wird, zwischen Wetter und Witten ein Artist, der die Fahrgäste eines Personenzuges im Kostüm mit akrobatischen Kunststücken unterhielt, aus dem Zuge. Er wurde vom nachfolgenden Wagen überfahren und getötet.

**120 Personen ertrunken.** Ein entsetzliches Unglück wird aus Bychow (Gouvernement Tschernigow) gemeldet. Bei der Fahrt über den Dnjepr schlug vorgestern eine Barke, auf der sich 150 vom Kirchgang heimkehrende Bauern, darunter Kinder, befanden, infolge Ueberfüllung um. Nur 30 Personen wurden gerettet, alle übrigen ertranken.

**Der anarchistische Händedruck.** New York, 5. Mai. In Mason wurde ein Soldat verhaftet, der sich vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben wird, weil er der Anarchistin Emma Goldmann die Hand reichte mit den Worten, sie könne auf ihn zählen.

**Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.** Heute abend 8 Uhr: Abteilung IV. bei Gumbert, Schönleinstr. 6. Abteilung XV. im „Markgrafen-Kasino“, Markgrafenstr. 83; Kollege Späthe: „Alkoholfrage“. Abteilung XX. bei Lanser, Lausitzerstr. 25.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 66—68 pr. 100 Pfd., IIa 60—65, IIIa 54—58, Bullenfleisch Ia 62—66, IIa 50—60. Kühe, fett 46—56, do. mager 30—40, Fresser 48—56, Bullen, dänische 49—61. Kalbfleisch, Doppellender 110—120, Mastkälber Ia 88—95, IIa 76—85, Kälber ger. gen. 55—70, do. holl. 50—55. Hammelfleisch Mastlämmer 71—74, Hammel Ia 65—67, IIa 57—62, unger. 0,00. Schafe 50—56. Schweinefleisch 51—58. Rotwild, per Pfd. 0,57—0,63, Wildschweine, per Pfd. 0,40—0,52, Frischlinge 0,40. Kaninchen, Stück 0,80—1,00. Schneehühner, Stck. 0,75. Birkhühne, Stck. 2,00. Birkhennen 0,00. Schnepfen, Ia Stück 0,00, do. IIa 0,00. Fasanenhähne, junge, Stck. 2,75—3,50, do. alte 0,00. Hühner, Ia per Stück 1,80 bis 2,85, dito IIa Stück 0,80—1,60, dito Wolga-, Stück 0,80—1,60. Hamburger Küken, Stück 0,42—1,15, Poulets 0,75—1,60. Kapaunen, deutsche, per Stück 0,00. Tauben, junge, Stück 0,50—0,66, dito alte 0,40, dito italien. 0,00. Enten, per Pfund 0,00, dito per Stück 0,00, dito Hamburger, per Stück 1,50—3,00. Gänse per Pfd. 0,00, do. junge 0,80—1,10. Puten Ia per Pfd. 0,00, do. IIa. und alte 0,60. Hechte per 100 Pfd. 100—110, do. mittel 0,00, do. groß 39—48, do. groß-mittel 84, do. matt 0,00. Zander, mittel, matt 110, do. groß 0,00, do. groß-mittel 0,00. Schleie 120, do. unsortiert IIa 121—124, dito IIa 0,00. Aale, klein 0,00, do. groß 117—127, do. klein-mittel 112. Karpfen 0,92, do. 40er 0,00, do. 50er 0,00, do. 50er Lausitzer 0,00, do. 70er 0,00. Roddow 0,00. Plötzen 30—38, dito groß 0,00. Aland 35. Wels 43. Karauschen 80. Bunte Fische 30—60, Barse 79, do. klein 0,00. Bleie 34—38. Bleifische 0,00. Quappen, klein 0,00. Winter-Rheinlachs, p. 100 Pfd. 0,00, Amerikan. Lachs Ia, p. 100 Pfund 110—130, do. IIa 90—100. Seelachs, p. 100 Pfund 15—25. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, do. mittel, Kiste 0,00, do. Hamb. Stiege 3—6, halbe Kiste 2—3, pomm. Ia Schock 0,75—2,00, IIa 0,00. Bücklinge, Kieler per Wall 2,00, schwedische 0,00, englische 0,00, Stralsunder 2,50—3,00. Sprotten, Danziger, Kiste 0,00, do. Rügenwalder, 0,30—0,40. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,60, do. mittelgroß 0,90—1,20, klein 0,60—0,90. Heringe per Schock 5,00—9,00. Schellfische, Kiste 3,00—5,00, dito ½ Kiste 2,00—3,50. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90. Schottische Vollheringe 1906 0,00, large 40—44, full. 38—40, med. 36—42, deutsche 30—40. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 0,00. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 8, do. kleine 4—5, do. Riesen- 10. Krebse per Schock 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 16, dito kleine 10—11 cm 5,00—5,50, do. uns. 8,50—9,00, Galizier, klein 0,00. Seemuscheln 100 St. 1,00. Eier, Land-, unsortiert per Schock 3,10—3,30, do. große 3,40—4,00. Butter per 100 Pfd. Ia 124—126, IIa 122—123, IIIa 115—120, abfallende 108—114. Saure Gurken Schock 4,50—5. Pfeffergurken Schock 4,50—5. Kartoffeln per 100 Pfund Dabersche 3,40—3,75, weiße runde 3,00—3,25, mag. bon. 3,25—3,50. Porree, per Schock 1,00—1,75. Meerrettich, Schock 8—14. Spinat per 100 Pfund 8—14. Sellerie, per Schock 12—25. do. pommerischer 0,00. Zwiebeln per 100 Pfund 7,50. Petersilie, grün. Schockbund 0,80—1,00. Rettich, bayrischer, per Stück 0,00, junger, per Stück 0,15. Moherrüben, 100 Pfund 4,00—6,50. Karotten, per 100 Pfund 0,00. Wirsingkohl, holl. p. Schock 15—28. Rotkohl, Schock 13—20. Weißkohl p. 100 Pfd. 8—10. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00, do. italienischer 100 Stück 0,00, do. in Körben 18 Stück 2,00—2,50. Rosenkohl, franz., per 100 Pfund 0,00. Grünkohl 0,00. Kohlrüben, Schock 5,00—7,00. Petersilienwurzeln, per 100 Pfd. 6,00—7,00, Schockbund 0,00. Schnittlauch, Schockbund 0,90—1. Tomaten, kanar., per Kiste 5,00—6,50. Rote Rüben, per 100 Pfund 0,00. Rhabarber 100 Bund 3,50—4,00. Rabunzen 20 bis 30. Rübchen 0,00. Eskarol, 100 Stck. 0,00. Endivien, 100 Stck. 0,00. Radieschen, Schock 1,00—2,00. Waldmeister, Mandel 0,40—1,00. Morcheln 0,75—0,80. Sprossenkohl, 100 Pfd. 10—15. Birnen, Kochbirnen hiesige, per 100 Pfd. 6—10,00, Tafelbirnen Ia 30—32, do. IIa 6—17, Italiener Ia 25—28, do. IIa 18—20. Aepfel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 27—28, do. IIa 22, do. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30—50, Most-, hies., 100 Pfd. 3—14, Koch- 5—12, Tafeläpfel Ia 15—23, do. IIa 0,00, Amerikaner, per Faß 18—30, Italiener, lose, 100 Pfd. 8—14, do. in Körben per 100 Pfd. 10—16, do. in Kisten 10—26. Weintrauben, Almeria, per Faß 16—20. Ananas I, per Pfund 0,70—0,75, do. II. 0,50. Bananen, kanar., per 100 Pfd. 26—30, Jamaica 23,00—25,00. Maronen, italienische, per 100 Pfund 0,00. Feigen, Kranz- per 100 Pfd. 0,00, do. Trommel- per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 25—40. Traubenrosinen per 100 Pfd. 0,00, Zitronen, Messina, 300 Stück 5,00—8,00, do. 360 Stück 4,50—7,00, do. 200 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00. Apfelsinen, Blut- 200 St. 9,00—11,00, do. Blut- 300 Stück 10,00—12,00, do. Valencia 420 Stück 17,00—24,00, do. 714 Stück 20—30,00, do. Messina 160 Stück 9—12,00, do. 200 Stück 10—12,50, do. 300 Stück 13,00, do. Blut- 100 Stück 7—8,00, do. 150 Stück 7—8,00, do. 80 Stück 6,00—7,00, do. 160 Stück 12—15, do. 200 Stück 12—15, do. Kalif. 0,00. Datteln, per 100 Kart. 00, do. per 10 Pfd. 6,00, do. Kalif. 100 Pfund 28—30.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.**

**F. 53.** Wiederholen Sie Ihre Frage unter Darlegung des Sachverhalts. Ohne daß zu ersehen ist, um welche Art Forderung es sich handelt, ist die Frage, ob Verjährung eingetreten ist, nicht zu beantworten. **E. T. 13. F. K., R. N., H. K. L., Berlin 15. und andere Anfragen betreffs Wahlrecht.** Wiederholt haben wir dargelegt: Derjenige, der Ehrverlust erlitten hat, kann den Ehrverlust nur durch gerichtliches Urteil und nur auf Zeit erlitten haben. Nach Ablauf dieser Zeit ist der Betreffende vollkommen wahlberechtigt. Die gegenteilige Ansicht des Magistrats ist unhaltbar und raten wir zu einer Beschwerde an den Minister des Innern. — **A. D. 25.** Sie sind nicht wahlberechtigt, weil Sie Sachsen sind. Sie müssen nunmehr um Aufnahme in den preußischen Staatsverband einkommen, damit Sie wenigstens künftig wählen können. Irrig ist diejenige erteilte Auskunft, diese Aufnahme koste 50 M. Die Aufnahme kostet nichts. Wenden Sie sich an den Vorstand des Wahlvereins, damit dieser Sie bei den vorzunehmenden Schritten unterstütze. — **A. M.** Nach der Gesindeordnung wäre der Schaden zu ersetzen, der durch Schuld des Dienstmädchens entstanden ist. In dem von Ihnen beschriebenen Fall hätte eine Klage auf Zahlung der 9 M. Aussicht auf Erfolg. Das Mietsgeld abzuziehen ist die Herrschaft leider berechtigt. — **Marwitz.** Eine weitere Unterschrift ist nicht erforderlich, es müßte aber der Verpfändungsvertrag anders lauten. Wenn ein anderer Gläubiger pfändet, so geht er vor. Dem würden Sie nur dadurch vorbeugen können, daß der erste Gläubiger pfändet. Auch dann wäre aber auf Dringen der späteren Gläubiger ein Verkauf nicht hintanzuhalten. — **P. B. 103.** Nach dem von Ihnen Dargelegten gilt der Mietsvertrag auf ein Jahr. — **B. H. 32.** Ehebruch, böswillige Verlassung, grobe Mißhandlung oder ein sonstiges Verhalten, das die Fortführung der Ehe unmöglich macht. — **M. H. 100.** Sie müßten sich zunächst beim Polizeipräsidium melden. Dann erfolgt eine Vorprüfung beim Stadtphysikus, dann werden Sie in die Liste der Aspirantinnen eingetragen und werden dann zum Kursus an der Charité berufen. Der Kursus dauert sechs Monate und macht etwa 300 M. Kosten. Hierauf erfolgt das Hebammenexamen. Da der Andrang sehr stark ist und Hebammen bei ihrer Ernennung nicht älter als 30 Jahre sein dürfen, so wäre es für Sie zwecklos, sich zu melden, wenn Sie zurzeit älter als 27 Jahre sind. — **B. W. 1.** Nein. 2. und 3. Ja. — **S. 59.** Sie müßten auf Zahlung des verweigerten Betrages gegen die Wirtin klagen. — **W. W., Niederschöneweide.** Sie sind wahlberechtigt. — **B. S. 22. 1.** Wenn es schriftlich ausgeschlossen ist, nein, sonst ja. 2. 200 Marken. 3. Nein. — **H. G. 100.** Nein, wenden Sie sich an die Chirurgische Klinik oder einen Arzt. — **100 R.** In Sachsen gilt dasselbe Erbrecht wie im anderen Deutschland, falls der Tod nach 1899 eingetreten war. Wiederholen Sie event. die Anfrage unter Angabe, wann der Tod eingetreten ist, ob der Betreffende verheiratet war, ob er Kinder und ob er noch Eltern hatte. — **M. Z. 83.** Im Julinsturme liegen 120 Mill. Mark. — **O. S. 124.** Eine Klage hätte leider keine Aussicht auf Erfolg. —

### Witterungsübersicht vom 5. Mai 1908, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Swinemünde | 754 | SO | 4 | halb bd. | 10 | Haparanda | 762 | N | 2 | bedeckt | −1 |
| Hamburg | 753 | O | SO | 3 Regen | 9 | Petersburg | 754 | NW | 1 | bedeckt | −1 |
| Berlin | 753 | O | 2 | bedeckt | 10 | Scilly | 744 | S | 5 | bedeckt | 11 |
| Frankf. a. M. | 756 | W | 1 | wolkenl. | 15 | Aberdeen | 748 | Still | | wolkig | 7 |
| München | 757 | SW | 5 | heiter | 14 | Paris | 757 | SW | 3 | wolkig | 13 |
| Wien | 756 | Still | | bedeckt | 13 | | | | | | |

**Wetterprognose für Mittwoch, den 6. Mai 1908.**

Mild und vielfach heiter, aber noch veränderlich mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**
für den
**2. Berliner Reichstagswahlkreis**
Bezirk 230.

Am Sonntag, den 3. Mai, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter

## Wilhelm Herborth.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Adlershof aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht. 210/17

**Der Vorstand.**

---

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

## Richard Klotz

am 2. Mai gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Gemeinde-Friedhofes in der Magistrale aus statt. 83/20

**Die Ortsverwaltung**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

## Johannes Winter

am 1. Mai gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michaels-Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

**Nachruf.**

Am 28. April starb der Kollege, Tischler

## Otto Elsholz.

**Ehre seinem Andenken!**

**Die Ortsverwaltung.**

---

**Zentral-Verband der Steinsetzer (Pflasterer) und Berufsgenossen Deutschlands.**
**Filiale Groß-Berlin I.**
Unterbezirk Berlin-Osten.

Hierdurch den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

## Max Lubrig

am Sonntag, den 3. Mai, plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofs in Weißensee, Lichtenberger Weg, aus statt.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

171/15 **Der Vorstand.**

---

**Turnverein „Fichte"**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Turngenosse

## Hans Winter

am 1. Mai verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Mai, nachmittag um 4 Uhr von der Leichenhalle des neuen Michaels-Kirchhofes (Brit), Mariendorfer Weg, aus statt. 19075

**Um rege Beteiligung ersucht**

**Der Vorstand.**

---

**Todesanzeige.**

Nach schwerem, langem Leiden verschied mein lieber, braver Mann, Vater, Großvater und Schwiegervater 29872

## Ernst Fallmer

im 71. Jahre seines arbeitsreichen Lebens.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 7. Mai, 2 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof, Friedrichsfelde, statt.

---

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**
**Zweigverein Berlin.**
**Sektion der Putzer.**

Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangvereins zur Nachricht, daß unser Ehrenmitglied

## Ernst Fallmer

am 2. Mai cr. an chronischer Bauchfellentzündung im Alter von 70 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

133/20 **Der Vorstand.**

---

**Zentralverein für alle in der Huthranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.**
**Filiale Berlin.**
**Todes-Anzeige.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

## Lorenz Hansen

am 3. Mai verstorben ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 6. Mai, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

76/3 **Der Vorstand.**

---

**Zentral-Kranken-Unterstützungs-Verein der Schmiede**
u. verwandten Gewerbe Deutschl.
**Zahlstelle Berlin 4.**
**Nachruf.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

## Willi Finke

am 2. d. Mts. im Alter von 26 Jahren plötzlich verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

287/6 **Die Ortsverwaltung.**

---

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**
**Zahlstelle Steglitz.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

## Heinrich Löhr

am Sonntag, den 3. Mai, freiwillig aus dem Leben schied.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Mai, nachmittags ½6 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Kirchhofes, Bergstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

**Der Vorstand.**

---

**Todes-Anzeige.**

Nach schweren Leiden verstarb Montag früh 7 Uhr mein lieber Mann, der Steinmetz

## Philipp Jäger

im 51. Lebensjahre.

Die trauernde Witwe
**Klara Jäger.**

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 7. Mai, nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes, Reinickendorf-West, aus statt.

---

**Danksagung.**

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres

**lieben Rudolf**

sagen wir allen Freunden, Kollegen, Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 19235

Lichtenberg, 5. Mai 1908.

**Witwe Luise Wiersing.**
**Alfred Wiersing.**

---

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters

## Otto Weber

sagen wir dem Direktor Herrn Aigner, den Kollegen, dem Wahlverein, Chemigraphen und Vereinsgenossen unseren herzlichsten Dank. 19245

**Witwe Weber nebst Tochter.**

---

**Danksagung.**

Für die Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau

**Johanna Graf**

sage ich allen Freunden und Bekannten sowie dem Tanzlehrer-Verband „Solidarität" und dem Wahlverein, Bezirk 309, meinen herzlichen Dank. 19275

**Karl Graf nebst Familie.**

---

**Danksagung.**

Für die herzliche Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gastwirts

## August Arlt

sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere allen Gästen, den Sängern und Vereinen meinen innigsten Dank. 19225

**Ww. Franziska Arlt.**

---

**Wir verkaufen**
jetzt noch billigst
**□R 4 Mark** an
in Petershagen, Ostbahn,
**□R 8 Mark** an
Seegefeld, am Bahnhof,
**□R 10 Mark** an
Kaulsdorf, am Bahnhof,
**□R 10 Mark**
Bahnhof Sadowa, Biesdorf-Kaulsdorf-Süd,
**□R 30 Mark** an
Biesdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof.
Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen.
**Nieschalke & Nitsche**
Berlin, Neue Königstr. 16.

---

**Tischtücher, Reinleinen**
für 6, 8, 12 und 18 Personen
etwas angeschmutzt
**für die Hälfte**
des bisherigen Preises.

# Von Donnerstag ab

zur Verringerung besonders grosser Bestände
in fast allen Lagerabteilungen, Auslagen

## zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Unter anderem empfehlen:

**Tisch- und Kaffee-Decken**
Stück von . M. 1.50, 2.00 bis **3.50**

**Mundtücher, Reinleinen**
in verschied. Mustern Dtzd. M. **7.00**

**Handtücher, Reinleinen**
verbürgt gute Ware . . M. **6.80**

**Wischtücher, Reinleinen**
Dtz. M. **4.40**

**Weisse Bettbezüge**
1 Deckbett- und 2 Kissenbezüge
aus Wäschetuch statt M. 8,— nur M. **6.00**
aus Damast statt M. 13,— nur M. **9.50**

**Laken,** halbleinen Stck. M. **2.40**

Ein Posten
**weisse halbfertige Schweizer Stickereikleider**
beste Ausführung statt M. 60.— nur M. **30.00**

**Farbige Unterröcke**
Nr. 598. Alpaka m. ecru Spitzeneinsatz statt M. 5.25 nur M. **3.90**
Nr. 9230. Mit Sammetbandverzierung statt M. 10,50 nur M. **7.50**
Nr. 9145. Mit Taffet-Falbel statt M. 15,— nur M. **10.50**
Hausschürze, farbig bedruckt statt M. 1,25 nur M. **0.85**
Zierschürze, mit Lochstickerei statt M. 1,65 nur M. **1.20**

**Waschstoff-Reste**
weiss und farbig,
für Kleider und Blusen passend

**Abschnitte**
von Leinen- u. Baumwollstoffen mit kleinen Webefehlern, passendes Maß für Leib- u. Bettwäsche.

**Reste**
von Leinen, Baumwoll-Vorhangstoffen, Musselin, einfb. Satins, Züchen, Inletts.

**teilweise für die Hälfte des bisherigen Preises**

# F. V. Grünfeld

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei
Berlin W., Leipziger Strasse 20-21.

**Ein Posten**
**Halbfert. Blusen, weiss u. farbig**
in Leinen und Batist
**für die Hälfte**
des bisherigen Preises.

**Gardinen, Stores, Vorhänge**
einzelne Vorlegemuster
**bedeutend unter Preis.**

**Schlafdecken, Steppdecken, Bettdecken**
einzelne Stücke
**bedeutend unter Preis.**

---

# SALAMANDER

SCHUH-GES. m. b. H.

Centrale W. Friedrichstr. 182
C. Königstr. 47
SW. Friedrichstr. 221

Einheitspreis für Damen u. Herren M. 12.50
Luxusausführung M. 16.50

Das hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuh-Industrie aus besten Rohstoffen hergestellt und von tadelloser Arbeit

Fordern Sie Musterbuch

---

Wir empfehlen Schriften von

## Friedrich Engels:

**Die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.** Neue Auflage mit einem Vorwort von Karl Kautsky. Mk. 1,—

Diese Engelssche Schrift ist auch heute noch zeitgemäß. Sie enthält eine kurze Geschichte des Sozialismus und zugleich eine kritische Darlegung der verschiedenen sozial-utopischen Schulen. Der Anhang enthält eine Geschichte der deutschen Mark-Genossenschaft: wie das heutige Grundeigentum entstanden ist.

**Internationales aus dem „Volksstaat"** (1871—1875). Mk. —,80

Inhalt: I. Abermals Herr Vogt (1871). — II. Die Bakunisten an der Arbeit (1873). — III. Zwei Flüchtlings-Kundgebungen: a) Eine polnische Proklamation (1874), b) Programm der blanquistischen Kommune-Flüchtlinge. — IV. Soziales aus Rußland (1875). — Nachwort hierzu (1894).

**Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft.** Brosch. Mk. 2,50; geb. Mk. 3,—

Neben Marx' „Kapital" das bedeutendste Erzeugnis der deutschen sozialistischen Literatur, eine geradezu klassische Darlegung der sozialistischen Weltanschauung.

**Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie.** 3. Auflage. Mk. —,75

**Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats.** Geb. Mk. 1,50

Im Anschluß an Lewis H. Morgans Forschungen.

**Die Lage der arbeitenden Klasse in England.** Geb. Mk. 2,50

Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen bearbeitet.

**In Sachen Brentano kontra Marx wegen angeblicher Zitatenfälschung.** Mk. 1.—

**Expedition des „Vorwärts"**
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

---

**Ob dünn, ob dick, Gekleidet chic**

**Wichtig für die Reise! Nur 3 Tage direkt einzeln an Private!**

3 Artikel: **Kostüme! Staubmäntel! Paletots!**

Nur Neuheiten; bis auf noch nicht **ein Drittel** des Wertes ermäßigt!!!

**Uebergangsmäntel,** früher bis M. 29.—, jetzt für diese 3 Tage nur M. 7.— p. Stück.

**ca. 1000 Stück wollene, seidene und Batist-Blusen**

in 3 Abteilungen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| früher | bis M. 15.— | bis M. 30.— | bis M. 60.— |
| jetzt für diese 3 Tage | M. 4¾ | M. 8½ | M. 15.— |

**Modelle** in Abendmänteln, Paletots, Kimonos, Staubmänteln, Gummimänteln, Seiden-Konfektion, Reisekleidern, Kostümen, Röcken, Blusen, Capes, Kragen, Fichous.

**Prachtvolle Stoffe! — Gediegene Zutaten! — Vielseitige Ausführungen!**

in 3 Serien

| | 1 | 2 | 3 | |
|---|---|---|---|---|
| vorher | bis M. 25.— | bis M. 45.— | bis M. 280.— | usw. |
| nur für diese 3 Tage | M. 7.— | nur M. 14.— | nur M. 85.— | |

Um die Räumung der I. Etage, welche die von mir erworbenen umfangreichen Bestände des weltbekannten Engroshauses **Fürst & Liebner** enthält, zu beschleunigen, gewähre ich auf die bereits bis zu **einem Drittel** herabgesetzten Preise einen

**Extra-Rabatt** von **10 %**, der **sofort** in der **Kasse gekürzt** wird!

Genaue Beachtung der Firma und Hausnummer empfiehlt sich im eigenen Interesse.

Eleg. Trauer-Magazin
Separat-Abteilung
Auswahl & Preise konkurrenzlos

Des großen Andranges wegen in den Nachmittagsstunden wird dringend gebeten, die Einkäufe in meinen Geschäften des Vormittags zu besorgen.

**Konfektionshaus Westmann,** Hauptgeschäft W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonaden; 2. Haus von der Jerusalemer Straße. u. Berlin NO., Große Frankfurter Straße 115, 2. Haus an der Andreasstraße.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Erhebungen über die Arbeitszeit in der Binnenschiffahrt.

Der Beirat für Arbeiterstatistik ergänzte in seiner Sitzung vom 28., 29. und 30. April die Erhebungen über die Arbeitszeit in der Binnenschiffahrt durch Vernehmung von Auskunftspersonen. Die bisherigen Vernehmungen, die vor einiger Zeit erfolgten, ließen noch einige Lücken offen. Deshalb hielt der Beirat noch eine Ergänzung für notwendig. Hinzugezogen waren zunächst Personen aus der Schiffahrt im Weser- und Weichselgebiet, da hierüber bisher Erhebungen nicht stattgefunden hatten. Die Arbeitszeit in der Personenschiffahrt auf der Weser wechselt nach Angaben der Auskunftspersonen zwischen 10 bis 15 Stunden täglich. Die Heizer können sich nach vierstündigem Dienst ablösen. In der Schleppschiffahrt wird im Sommer solange gefahren, als es Tag ist. Beginn der Fahrt morgens 3 oder 4 Uhr. Die Bemannung ist so bemessen, daß Ablösungen der Mannschaft möglich sind. Es kommt nach den Angaben eines Angestellten in der Schleppschiffahrt vor, daß die Mannschaft nur 2 bis 3 Stunden Nachtruhe hat.

Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den Schiffern auf den Schlepplähnen. An Sonntagen wird die Fahrt nicht unterbrochen, die Besatzung der Schiffe hat nur die wenigen freien Sonntage, wenn das Schiff im Hafen liegt und durch die Sonntagsruhe nicht geladen oder gelöscht werden kann. Auf der Unterweser wird bei hellen Nächten im Sommer auch nachts gefahren, die Mannschaft hat dann Arbeitszeiten bis zu 30 Stunden hintereinander.

Auf der Weichsel kommen in der Personenschiffahrt 14stündige Dienstzeiten vor. Im Winter werden die Angestellten, wenn die Schiffahrt ruht, mit Reparaturarbeiten beschäftigt bei regelmäßiger 10stündiger Arbeitszeit. Von der Schleppschiffahrt berichtet ein Maschinist, daß, wenn es auch selten vorkommt, zwei Tage und die Nacht hintereinander gefahren würde, ohne daß eine Nachtruhe für ihn möglich sei, er könne nur einige Stunden auf der Bank im Maschinenraum schlafen, wenn er von dem Heizer für diese Zeit vertreten wird. Im Winter habe er im Vorjahre drei freie Sonntage gehabt, im Sommer keinen. Der Eigentümer eines Schleppdampfers gibt an, daß auch bei ihm Arbeitszeiten über 24 Stunden vorkommen, gewöhnlich wird im Sommer von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gefahren. Ein anderer Maschinist berichtet, daß in der Schleppschiffahrt im Sommer 4 bis 6 Stunden Nachtruhe zu verzeichnen sind.

Ueber die Schiffahrt auf der Oder wurden neue Feststellungen gegenüber den bisherigen nicht gemacht. In der Personenschiffahrt kommt in der Regel eine Nachtruhe von 6 bis 8 Stunden heraus. Ein Matrose berichtet, daß er im Vorjahre einen Tag frei gehabt habe. Auf die Frage, ob er denn eine andere Regelung der Arbeitszeit wünsche, entgegnet er, daß er mindestens alle drei Wochen einen freien Tag beanspruchen möchte. Die Kohlenkähne von Kosel nach Berlin setzen ihre Fahrt auch des Nachts fort, von den drei Mann Besatzung erfolgt eine Ablösung auf einige Stunden.

Die Rheinschiffahrt verzeichnet für den Personenverkehr geregeltere Verhältnisse als in der Schleppschiffahrt. Die Köln-Düsseldorfer Rheinschiffahrt-Gesellschaft gewährt ihren Angestellten nach acht Tagen einen freien Tag, desgleichen ist jeder achte Sonntag frei. Diese freien Tage gehen aber nach Aussage der Angestellten viel verloren, da oft Vertretungen nötig sind. In der Güterschiffahrt wird auf der Fahrt von Rotterdam nach Mannheim im Sommer auch des Nachts durchgefahren. Ein Heizer berichtet, daß er eine Ruhe von 6 bis 7 Stunden habe, aber diese Ruhepause nur in zwei mal drei Stunden erhalte. Der Kapitän eines Güterdampfers berichtet, daß er des Nachts nicht fahre, die Besatzung eine sechsstündige Nachtruhe habe.

Von der Elbschiffahrt berichtet ein Kapitän, daß auf der Fahrt von Magdeburg bis Dresden 70 Stunden ohne Ruhepause gefahren wird. Die Heizer können auf diesen Schleppdampfern sich ablösen, der Maschinist nicht; er hat nur die Möglichkeit, auf der Bank im Maschinenraum ein wenig zu ruhen. Als der Vorsitzende des Beirats fragt, ob er, der Kapitän, nicht eine Unterbrechung der langen Arbeitszeit wünsche, wurde die Antwort erteilt: Eine Aenderung sei weder zu wünschen noch nötig, Beschwerden haben sich bei der 70stündigen Arbeitszeit nie ergeben. Auf eine weitere Anfrage wurde festgestellt, daß der Mann 15mal im Jahre die 70stündige Arbeitszeit durchgemacht hatte. In der Kettenschiffahrt wurden im Sommer bis zu 20 Stunden Arbeitszeit angegeben.

Von Hamburg wurden eine Anzahl Ewerführer vernommen und vom Hafeninspektor eine eingehende Darstellung der Hafenbetriebsverhältnisse gegeben. Die Ewerführer schilderten, daß es vorkommt, daß sie 36 Stunden im Dienst seien. Früher kamen solche Arbeitszeiten oft vor, im letzten Jahre ist dieser Uebelstand sehr zurückgegangen. Eine Aenderung in diesen Verhältnissen wird als sehr schwierig, fast unmöglich bezeichnet. Nach der Aussperrung der Hafenarbeiter sei eine Besserung insofern zu spüren, als durch diesen Kampf die Nachtarbeit der Hafenarbeiter nicht mehr so oft eintritt als früher. Die Ewerführer, die mit ihren Booten die Ware an die Seeschiffe bringen oder von dort abholen, sind abhängig von der Arbeitszeit der Hafenarbeiter. Die Hafenarbeiter seien insofern günstiger daran, als sie seit der Aussperrung bei der Nachtarbeit von einer anderen Kolonne abgelöst werden. Diese Ablösung lasse sich aber bei den Ewerführern schwer durchführen, da diese für die Ladung verantwortlich sind und die Ablösung wegen der oft weiten Entfernung große Schwierigkeiten biete. Von einigen Auskunftspersonen wurde möglichste Einschränkung der Nacht- und Sonntagsarbeit gefordert, damit ergebe sich dann für die Ewerführer von selbst eine geregeltere Arbeitszeit.

Zu erwähnen ist ferner, daß in der Schiffahrt die Arbeitsunterbrechung im Winter sehr ungleich ist, in der Personenschiffahrt sind auf allen Stromgebieten die Pausen größer als in der Güterschiffahrt. Die Besatzung wird in der Regel auch im Winter auf der Werft zu Reparaturarbeiten herangezogen oder zur Hälfte entlohnt und in die Heimat entlassen, wieder andere Gesellschaften entlassen einen Teil der Mannschaft vollständig. Auf Anfrage wurde festgestellt, daß oft die Leute während des ganzen Sommers nicht zu ihren Familien kommen, andere in Unterbrechungen von Wochen und Monaten. Von sozialpolitischer Erkenntnis war bitterwenig bei den Auskunftspersonen zu merken; auf die Frage, ob sie eine Aenderung der Verhältnisse wünschen, antworteten die meisten: sie seien zufrieden!

# Neunte Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter.

Leipzig, 4. Mai 1908.

### 1. Verhandlungstag.

Der Vorsitzende Hübsch eröffnet die Generalversammlung mit einem Rückblick auf die Kämpfe, die gerade in Sachsen mit den Scharfmachern in der Textilindustrie stattgefunden haben. — Hierauf erfolgen die üblichen Wahlen.

Laut Präsenzliste sind 170 Delegierte einschließlich des Vorstandes und der Gauleiter erschienen, um aufs neue die Waffen und die damit verbundene Schlagfertigkeit des Verbandes zu prüfen. Aus Oesterreich ist der Genosse Hanusch, Sekretär der Union der Textilarbeiter, erschienen, der dem Verbandstag die Grüße der Kollegen überbringt und erklärt, daß die deutsche Organisation ihnen als Muster diene, daß auch dort die wirtschaftlichen Verhältnisse mit Allgewalt zur Zentralisation gedrängt haben, wodurch die Bewegung vorteilhaft gefördert sei. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat den Genossen Umbreit als Vertreter entsandt.

Nachdem in warmen Worten des verstorbenen Kollegen Treue-Berlin, der lange Jahre als Kassierer des Verbandes tätig war, gedacht ist und die Delegierten sich von ihren Plätzen erhoben, erhält der Vorsitzende Hübsch das Wort zu dem gedruckt vorliegenden

### Geschäftsbericht.

Die Geschäftsperiode ist für die Entwickelung des Verbandes äußerst günstig gewesen. Der Verband hat bis heute 12 Gaubezirke eingerichtet, in denen die Agitation von besoldeten Gauleitern gefördert wird. Außerdem sind zurzeit in den Ortsverwaltungen 57 Geschäftsführer angestellt. Auch der Hauptvorstand hat in der verflossenen Geschäftsperiode um 3 Personen verstärkt werden müssen, unter denen sich eine Kollegin befindet. Der Mitgliederbestand ist von 77 808 auf 126 440 angewachsen; die Zahl ist somit um 48 632 gestiegen. In Prozenten berechnet beträgt die Zunahme der männlichen Mitglieder 54 Proz., die der weiblichen aber 79,2 Prozent. Eine gewaltige Entwickelung und erhebliche Fortschritte hat der Verband demnach in der letzten Geschäftsperiode, trotz der großen Fluktuation, unter der er zu leiden hatte, gemacht. In 89 Orten konnten Verbindungen angeknüpft, respektive Zahlstellen gegründet werden. 27 Zahlstellen sind eingegangen, und andere haben sich mit größeren vereinigt, um die Anstellung von Geschäftsführern zu ermöglichen und dadurch die Agitation zu fördern. Dieselbe war in allen Gauen gleich lebhaft, nur daß den jeweiligen Verhältnissen Rechnung getragen wurde insofern, als in einzelnen Gauen sich die öffentlichen Versammlungen, in anderen wieder Sitzungen, Besprechungen und Fabrikversammlungen als praktisch für die Gewinnung neuer Mitglieder erwiesen. Der Gau Sachsen hat sich während dieser Zeit vornehmlich gut entwickelt und hat die größte Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Dagegen ist der Gau Thüringen arg im Rückstand geblieben; dies ist in Anbetracht der zahlreichen Textilarbeiterbevölkerung daselbst recht bedauerlich.

Eine Hausagitation über das ganze Verbreitungsgebiet des Verbandes veranlaßte der Vorstand im November 1907. Zur Verwendung kam eine für diesen Zweck ausgestattete Nummer der „Gleichheit“ in einer Auflagenhöhe von 270 000. Es war dabei auf die Gewinnung von Arbeiterinnen für die Organisation abgesehen, zu gleicher Zeit aber auch auf die Gewinnung von Abonnenten für die „Gleichheit“. Der Vorstand ging dabei von der Erwägung aus, daß die Arbeiterinnenbewegung einer besonderen Stärkung bedürfe, wenn die Organisation in diesen Kreisen schneller Fortschritte machen soll als bisher. Der Verlag der „Gleichheit“ und ihre Redaktion unterstützten diesen Plan. Leider waren die Kollegen nicht in allen Orten auf dem Posten, sonst wäre das Resultat entschieden zufriedenstellender ausgefallen. Im März wurde ein weiterer Versuch mit dem „Textilarbeiter“ gemacht, der in 158 000 Exemplaren zur Verteilung gelangte.

Das Protokoll der Jutekonferenz in Braunschweig wurde als Agitationsbroschüre in deutscher, tschechischer, polnischer und italienischer Sprache herausgegeben. Ferner wurden 2 Broschüren, von denen eine den Kampf der Crimmitschauer Kollegen um den Zehnstundentag, und „Soziale Gegensätze“, die die Lage der Augsburger Textilarbeiterschaft schilderten, zur Agitation verwendet.

Besonders reich an wirtschaftlichen Kämpfen waren die Jahre 1906 und 1907 infolge des Fortschrittes der Organisation und der günstigen Geschäftsperiode; es konnte dadurch in vielen Fällen zum Angriff übergegangen werden. Sehr zahlreich sind auch die Lohnbewegungen, welche ohne Streik beendet werden konnten, und sind gerade durch diese Bewegungen oft wesentliche Erfolge erzielt worden. Gewöhnlich gelang es in den Orten, die Bewegung ohne Streik günstig für die Arbeiter zu beenden, wo die Organisation recht kräftig war. Ein besonderes Gewicht wurde bei den Lohnbewegungen auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt. Die Bewegungen erstreckten sich auf alle Gaue und Industriezweige des Reiches.

Es fanden in der Geschäftsperiode 92 Angriffsstreiks, an denen 23 451 Arbeiter beteiligt waren, statt; Abwehrstreiks 37 mit 3061 Beteiligten; Aussperrungen waren 8 mit 25 187 Arbeitern zu verzeichnen. Außerdem machten sich 303 Lohnbewegungen ohne Streik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und 22 zur Abwehr von Arbeitsverschlechterungen notwendig. Es wurden durch diese Bewegungen Verkürzung der Arbeitszeit für 90 697 Kollegen, im Durchschnitt 3¼ Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von 1,18 M. erreicht. Das Jahr 1906 war den Bewegungen bedeutend günstiger als wie 1907, wo die einsetzende Krisis sich schon sehr bemerkbar machte.

Längere Ausführungen macht der Vorstand über die vorgekommenen Streiks, und besonders die unglücklich verlaufene Stoffweberbewegung in Krefeld wird recht ausführlich behandelt. Redner gibt der Meinung Ausdruck, daß solche Vorkommnisse von Disziplinlosigkeit sich nicht wiederholen dürfen, und daß es Zeit ist, mit Krakeelern, die durch ihr Vorgehen den Verband und sein Ansehen schwer schädigen, ein ernstes Wort zu reden. Besonders das verbreitete Flugblatt sollte dazu dienen, den dortigen Gauleiter, der allen wegen seines umsichtigen Vorgehens bekannt ist, in Mißkredit zu bringen.

Die Krefelder Zahlstelle hat nun außer der ordnungsmäßigen Delegation noch 2 Kollegen als Gäste entsandt; als solcher ist der besoldete Geschäftsführer v. d. Berg und Flieten als Wortführer der Opposition anwesend. Die Generalversammlung hat darüber zu entscheiden, ob diese Kollegen in Sachen der Krefelder Angelegenheit das Wort haben sollen.

Zum

### Kassenbericht

erhält Lehms-Berlin das Wort. Die Hauptkasse hatte mit Kassenbestand 1906 eine Einnahme von 2 239 426,45 M., dem stellt sich eine Ausgabe von 1 797 763,28 M. gegenüber. Von den Hauptausgaben seien folgende erwähnt: Für Streiks und Aussperrungen leistete die Verbandskasse in den Jahren 1906 und 1907 eine Gesamtausgabe von 653 004,36 M.; für Fachblätter, die den Mitgliedern geliefert wurden, 163 021,32 M.; für Streikunterstützung an andere Berufe des In- und Auslandes 19 300 M.; für Krankenunterstützung sind 289 732,40 M. verausgabt. Zur Gemaßregeltenunterstützung war die Summe von 145 007,97 M. notwendig, für Gewährung von Rechtsschutz 13 022,20 M., und für Umzugsunterstützung 7241,25 M.. Die Agitation erforderte die Summe von 5 248,20 M.; die Zuschüsse an die Ortsverwaltungen betrugen 117 850,79 M. Außerdem wurde dem Ungarischen Textilverband ein Agitationszuschuß von 1000 M. gewährt, und an den internationalen Streikfonds 5 800 M. abgeführt. Diese Summen geben einen kräftigen Beweis, daß der Deutsche Textilarbeiterverband in jeder Hinsicht seinen Mitgliedern Schutz und Rückenstärke zu geben vermochte.

Der Kassierer gibt verschiedene Anregungen, wie der Verband vor Ausnutzung durch unverschämte Mitglieder, die den Verband als milchende Kuh betrachten, geschützt werden kann und die den Auszahlern von Unterstützungssummen zur Beachtung empfohlen werden.

### Den Ausschußbericht

gibt Vetterlein-Gera. Danach hat der Ausschuß 8 Sitzungen allein und 4 gemeinschaftliche mit dem Vorstand abgehalten. Die Beratungsgegenstände waren zumeist Differenzen, die der Vorstand wegen nicht bewilligter Streiks oder Zahlung von Unterstützungssummen mit den einzelnen Zahlstellen hatte.

# Soziales.

### Eine famose Illustration zur kommunalen „Selbstverwaltung“

liefert ein Verwaltungsstreitverfahren, bei dem es sich um eine Disziplinarordnungsstrafe handelte. Der Ort Pestlin im preußischen Kreise Stuhm hatte eine Zeitlang keinen Gemeindevorsteher. Die Gemeindevertretung wollte bald gern einen wählen. Als nun der Gemeindeschöffe und stellvertretende Gemeindevorsteher Radtke auf dem Bureau des Kreisausschusses zu tun hatte, kam die Sprache auf die Wahl eines neuen Gemeindevorstehers. Der Landrat erklärte, er wünsche noch keine Gemeindevorsteherwahl; es sei ja Radtke bekannt, daß fast alle Besitzer von Pestlin als Gemeindevorsteher nicht bestätigt worden seien. Vielleicht würde den Pestlinern der kommissarische Amtsvorsteher gefallen. Wenn der das Gemeindebürgerrecht erst erworben hätte, könnte er vielleicht gewählt werden. Der Landrat ließ Radtke auch noch eine schriftliche Verfügung zugehen, von der Neuwahl eines Gemeindevorstehers zunächst Abstand zu nehmen und den Gemeindevertretern zu antworten, wie er, der Landrat, die Angelegenheit mündlich erörtert habe. Als das Schriftstück eintraf, war schon auf Verlangen der Gemeindevertreter eine Sitzung der Gemeindevertretung anberaumt mit der Tagesordnung: Wahl eines Gemeindevorstehers. Radtke trug in der Sitzung den mündlichen und schriftlichen Wunsch des Landrats vor. Die Gemeindevertretung bestand aber darauf, die Wahl vorzunehmen. Das geschah denn auch, und Radtke selber wurde einstimmig zum Gemeindevorsteher von Pestlin gewählt. Die Aufsichtsbehörde versagte dem Gewählten die Bestätigung. Außerdem wurde er in eine Disziplinar-Ordnungsstrafe von neun Mark genommen. Grund: Er habe sich gegen die ihm obliegenden Dienstpflichten vergangen, indem er trotz mündlichen und schriftlichen Verbots des Landrates die Wahl herbeigeführt habe. — R. erhob wegen der Strafe die Beschwerde. Der Regierungspräsident in Marienwerder verwarf jedoch die Beschwerde als unbegründet. Was diese Behörde als maßgebend für ihren Bescheid anführte, war noch wunderbarer als die Gründe der Strafverfügung. Im Kreise Stuhm, so hieß es, sei die geltende Verwaltungspraxis, daß die Wahlen der Gemeindebeamten von der Aufsichtsbehörde bestimmt würden. Dagegen habe R. verstoßen, indem er als stellvertretender Gemeindevorsteher die Wahl auf die Tagesordnung gesetzt habe und sich nicht einmal durch das ausdrückliche Verlangen des Landrates bewegen habe lassen, die Vornahme der Wahl zu verhindern.

Radtke klagte dann gegen den Regierungspräsidenten und betonte, ihm sei von einer derartigen Verwaltungspraxis im Kreise Stuhm nichts bekannt. Mit Recht machte er geltend, daß eine solche Praxis auch gesetzwidrig sein würde, weil sie mit den Bestimmungen der Landgemeindeordnung in Widerspruch stände. Danach sei es Sache der Gemeindevertretung, den Gemeindevorsteher zu wählen, und der Gemeindevorsteher habe die Pflicht, die Beschlüsse der Gemeindevertretung auszuführen. Nur das habe er getan. Da die Gemeindevertretung die Vornahme der Wahl einstimmig beschlossen hatte, so habe er die Wahl vornehmen lassen. Trotz Kenntnisnahme des landrätlichen Schreibens habe die Gemeindevertretung nicht Abstand nehmen wollen.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage R.'s gleichwohl ab. Von der Stuhmer Verwaltungspraxis sprach es indessen nicht. Es sagte: Der Landrat habe dem Kläger mündlich und schriftlich den Auftrag gegeben, die Gemeindevorsteherwahl aufzuschieben und der Kläger habe diesen Auftrag angenommen. Trotzdem habe er die Wahl vollziehen lassen. Und dabei habe er seinen Pflichten insofern gröblich zuwider gehandelt, als er dem Landrat sofort oder doch noch rechtzeitig hätte mitteilen müssen, daß der den Auftrag nicht zur Ausführung bringen könne und wolle. Das habe er nicht getan und so die Pflicht nicht erfüllt, die ihm als Untergebenen zukam.

### Haftpflicht des Arbeitgebers für Unterlassung der Verwendung von Klebemarken.

Die Frage, ob und aus welchem Grunde der Arbeitgeber, der zu kleben unterlassen hat, schadenersatzpflichtig ist, wird verschiedenartig entschieden. Für die Bejahung der Haftpflicht spricht sich ein in den letzten „Amtlichen Mitteilungen der Landesversicherungsanstalt Berlin“ veröffentlichtes Erkenntnis des Oberlandesgerichts Köln vom 9. Oktober 1907 mit folgender Begründung aus:

„Ein Schadenersatz läßt sich allerdings weder auf § 823 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches stützen, der allgemeine Haftung für fahrlässige Vermögensbeschädigung nicht kennt, noch aus § 823 Absatz 2 daselbst (Verletzung eines Schutzgesetzes) herleiten, weil es sich bei dem hier vorliegenden Verstoße gegen das Invalidenversicherungsgesetz nicht um ein Schutzgesetz, sondern um eine öffentlich rechtliche Bestimmung handelt. Dagegen reichen die von dem Kläger behaupteten Tatsachen aus, um die Haftbarkeit des Beklagten aus anderen rechtlichen Gesichtspunkten als begründet erscheinen zu lassen. Ebenso wie es möglich ist, daß der Arbeitgeber sich dem Arbeiter gegenüber zu bestimmten Leistungen ausdrücklich verpflichtet, so können auch besondere Umstände zu der Annahme berechtigen, daß bei dem Arbeitsvertrag es der unausgesprochene Wille der Vertragschließenden ist, der Arbeitgeber solle mit dem Abschluß des Arbeitsvertrages zugleich die Fürsorge für die Markenverwendung übernehmen. Wenn innerhalb eines gewissen Kreises die Verkehrssitte sich so gestaltet, daß der Arbeitgeber regelmäßig nicht bloß die für gemachte Lohnabzüge angeschafften Marken verwendet, sondern darüber hinaus die Versicherungspflicht der von ihnen beschäftigten Personen übernimmt und die Anschaffung von Quittungskarten veranlaßt, so können durch dieses Verhalten des Arbeitgebers die einzelnen Arbeiter zu der Meinung veranlaßt werden, daß der Arbeitgeber, was er bei den Mitarbeitern als selbstverständlich tut, auch ihnen gegenüber selbstverständlich übernehmen werde. Es muß alsdann gemäß § 242 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Arbeitgeber gegenüber dem sich auf den Brauch verlassenden Arbeiter seine Leistung als Arbeitgeber so bewirken, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern. Daß die Arbeiter sich auf den Arbeitgeber in dieser Richtung, wie dem Arbeitgeber bekannt ist, verlassen, ist insbesondere bei den größeren Betrieben, wo der erwähnte Brauch sich eingebürgert hat, häufig der Fall.“

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand | am 4. 5. cm | seit 3. 5. cm[1]) | Wasserstand | am 4. 5. cm | seit 3. 5. cm[1]) |
|---|---|---|---|---|---|
| Memel, Tilsit | 347 | —9 | Saale, Grochlitz | 184 | 0 |
| Pregel, Insterburg | 132 | —3 | Havel, Spandau[2]) | 117 | +16 |
| Weichsel, Thorn | 220 | +2 | „ Rathenow[2]) | 168 | +1 |
| Oder, Ratibor | 185 | —3 | Spree, Spremberg[2]) | 96 | 0 |
| „ Krossen | 176 | —3 | „ Beeskow | 144 | 0 |
| „ Frankfurt | 180 | —2 | Weser, Münden | 56 | —12 |
| Warthe, Schrimm | 68 | —2 | „ Minden | 137 | —7 |
| „ Landsberg | 98 | —4 | Rhein, Maximiliansau | 472 | +4 |
| Netze, Vordamm | 56 | —2 | „ Kaub | 272 | —16 |
| Elbe, Leitmeritz | 43 | —3 | „ Köln | 331 | —11 |
| „ Dresden | —63 | —5 | Neckar, Heilbronn | 108 | —2 |
| „ Barby | 230 | —1 | Main, Wertheim | 180 | +16 |
| „ Magdeburg | 191 | —1 | Mosel, Trier | 127 | —12 |

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall, — [2]) Unterpegel.

# Allgem. sozialdemokratischer Wahlverein Berlins und Umgegend.

**Freitag, den 8. Mai 1908, abends 8 Uhr,**
im „Alten Schützenhause", Linienstr. 5,
in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 58/59:

## Zwei Vereins-Versammlungen.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

## Die Landtagswahlen und die Frauen.

Referentinnen: Genossin **Zetkin** und Genossin **Zietz**-Hamburg.

**Genossinnen und Genossen!** Beweist durch Eure Teilnahme an den Versammlungen, welches Interesse Ihr an der Wahl habt. Namentlich die Frauen sind verpflichtet, zu zeigen, daß sie dem politischen Leben nicht gleichgültig gegenüber stehen, sondern als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen gelten wollen und Anspruch erheben, über das Wohl und Wehe des Gesamtvolkes mitzuberaten und mitzubestimmen. 1/16*

**Gäste sehr willkommen!** **Der Vorstand.**

---

**„Geld sparen kann Jedermann"!**
indem er seinen Bedarf an
**„Herrenkleidern"**
**Anzüge** und **Paletots**
in neu, sowie speziell
**„Monatsgarderobe"**
von Kavalieren getragene Sachen
bei dem berühmten
**„Kleiderprinz"**
1. Geschäft:
**120 Skalitzerstraße 120**
2. Geschäft (Gelegenheitskäufe):
**132 Frankfurter Allee 132**
billig und gut kauft.
**Jeder staune!**
**Max Lowicki.**

---

**Rauchen Sie Phanomen Cigaretten!**
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

---

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Branche der Vergolder.**

Die **Vertrauensmänner-Versammlung** der **Vergolder** findet heute **Mittwoch, 6. Mai,** abends 8 Uhr, im Lokale **Nerkowski, Andreasstr. 26,** statt.

Jede Werkstatt, auch die der Vororte, müssen einen Vertreter entsenden.

**Der Branchenleiter.**

---

**Steppdecken**
größte Auswahl, sehr preiswert, direkt in d. Fabrik
**Bernhard Strohmandel,**
nur allein **72 Wallstr. 72,** S. 14,
(zwischen Roß- u. Inselstr.),
wo auch alte Steppdecken aufgearb. werd.

---

# Deutscher Buchbinder-Verband.

**Zahlstelle Berlin.**

**Donnerstag, 7. Mai, abends 5½ Uhr, im Restaurant J. Meyer, Oranienstraße 103:**

## Branchen-Versammlung

**aller in den Berliner Etuisfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.**

Tages-Ordnung: 23/13

1. Der Kampf in der Pforzheimer Etuisindustrie. Referent: E. Kloth. 2. Branchenangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Branchenleitung.**

---

Haben Sie Stoff?
*Ich fertige davon* ***Anzug*** *od.* ***Paletot*** *nach* ***Maß****, schick, dauerh. Zutaten, von* ***20 Mark*** *an.* ***Moritz Laband,*** *Neue Promenade 8, II. (Städt. Börse).*

---

# Verband der Isolierer u. Steinholzleger Deutschl.

**Abteilung II: Steinholzleger Berlins.**

**Mittwoch, den 6. Mai 1908, abends 8½ Uhr, bei Heufelder, Dragonerstraße 15:**

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 287/5

1. Die 8. Konferenz und Stellungnahme zu derselben. 2. Verbandsangelegenheiten. **Der Vorstand.** J. A.: W. Karin.

---

# Steinarbeiter!

**Berlin I.**

**Mittwoch, den 6. Mai 1908, abends 8 Uhr:**

## Mitglieder-Versammlung

in der **„Lebensquelle"**, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

**Stellungnahme zur Aussperrung.**

Sämtliche Ausgesperrte und Arbeitslose sowie die in Arbeit stehenden Kollegen sind dringend eingeladen.

171/14* **Die Ortsverwaltung.**

---

**Jedes Wort 10 Pfennig.**
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**10,00,** Deckbett, Unterbett, Kissen, rotrosa Inlett. Pfandleihe Andreasstraße 38. 6702R*

**Landbett,** zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00. Aussteuer, Damastbezüge. Pfandleihe Andreasstraße 38. 6718R*

**Bauerndeckbett,** Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Kreischwinger, Regulatore 9,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. *

**Pfandleihhaus,** Küstrinerplatz 7, am Grünenweg. Verfallener Pfänderverkauf, spottbilliger Gardinenverkauf, Portierenverkauf, Wäscheverkauf, Deckenverkauf, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen, Silbersachen passende Einsegnungsgeschenke. 331R

**Federbetten,** Stand 11,00, große 16,00, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. Tischdecken spottbillig. 332R*

**Teppiche!** (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

**Gaskronen,** Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

**Steppdecken** spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993R*

**Anzüge,** Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgehalte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Boß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

**Gelegenheitskäufe:** Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131

**Reisegläser,** Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Kreischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 1881b*

**Bekanntmachung!** Spottbilligste Einkaufsquelle! Für Arm und Reich! Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Staunenddbillige hochfeine Sommerpaletots! Herrenanzüge! Herrenhosen! Pfänderverkauf! Riesenauswahl! Bettenverkauf! Brautbetten! Vermietungsbett! Bettstücke, Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Nähmaschinen! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Belohnt wird selbst der weiteste Weg! Durch extrabilligen Einkauf! Im Pfandleihhause Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet! †103*

**Kinderbettstelle,** Kinderwagen, Sportwagen. Sommer, Wienerstraße 51. 1887b*

**Nähmaschinen.** Vergütet bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden. 2970R*

**Monatsgarderobenhaus.** Hochelegante Monatspaletots, einzelne Hosen, sehr preiswert nur Andreasstraße 54. 702R

**Monatsgarderobenhaus.** Elegante Monatsanzüge in allen Preislagen nur Andreasstraße 54. 701R

**Photoapparate!** Musikinstrumente spottbilligst. Ernst, Holzmarktstraße 48.

**Metallbetten,** Kinder-bettstelle, Kinderwagen, hochmoderne Muster, spottbillig Alterstraße 90 III. 129/19*

**Wegen** Auflösung der Handelsgesellschaft Sommer u. Wolf, Gardinen- und Teppichhaus spottbilliger Inventurverkauf in Teppichen, Gardinen, Steppdecken, Plüschportieren usw. bis zur Hälfte des Wertes. Schnellster Einkauf unbedingt empfehlenswert. Richard Wolf vorm. Sommer u. Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). *

**Pumpenwolff,** Ackerstraße 81, hat 800 Abessinier eigenhändig aufgestellt. Pumpen von 8,00 bis 100,00, gebrauchte 5,00. Gartenspritzen, Leiterdbohrer umsonst. †149*

**Kongressstoffe,** Stores, Gardinen, Stickerei, Tüllbettdecken verkauft unter Preis wegen Erbschaftsregulierung und Auflösung Grüner Weg 80, parterre. 698R*

**Engrosfabrik** verkauft vorrätige überzählige Herrenanzüge, Herrenpaletots ausnahmsweise einzeln zu Engrospreisen. Nur beste hochfeinste Fabrikate. - Enorme Geldersparnis. Verkaufszeit bis 2. Sonntagsverkauf 12—2. Neue Friedrichstraße 37, III. *

**Lauben - Baumaterialien,** gebrauchte und neue, wie: Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Auswahl, billigst. Hasenheide 2 (am Hermannplatz). 990b*

**Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9,** parterre kein Laden. Mauerhoff. Vorwärtsleser 6 Prozent Rabatt. [†27

**Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre.** Kein Laden. Mauerhoff. †27

**Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.** †27

**Pfandleihhaus!** Rixdorf, Bergstraße 58. Täglicher Verkauf verfallener Pfänder. Bettenverkauf! Hochmoderne Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Sommerpaletots! Herrenhosen! Damensachen! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Deckenverkauf! Herrenuhren! Damenuhren! Kettenverkauf! Wanduhren! Nähmaschinen! Verschiedenes! Fahrvergütung! Spottpreise! 755R*

**Kegelbahn.** Kegel, Kugel billig abzugeben Greifenhagenerstraße 5, Milchgeschäft. †92

**Littauer-** Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte spottbillig. Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67. 1911b

**Monatsanzüge** und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naß, Mulackstraße 14.

**Paletots,** Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. 237/14*

**Damenhemden,** Herzfasson, mit gestickter Passe 1,25, Herrenhemden 1,30, Bettbezug nebst zwei Kopfkissen 4,75. Normalwäsche, Arbeiterhemden, sowie einzelne Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. Sonntags geöffnet. 253/7

### Geschäftsverkäufe.

**Lokal,** größeres, gutgehend, in Ober-Schöneweide, ist krankheitshalber zu verkaufen. Wo, sagt die Parteispedition, Edisonstraße 10 I. 717R*

**Gemüsegeschäft,** 400 Mark, Spottpreis, Lichtenberg, Dorfstraße 25 b.

**Zigarrengeschäft** mit schöner Wohnung ist für 1000 Mark zu verkaufen. 600 Mark monatliche Einnahme, 900 Mark Miete. Adresse unter Bruno, Postamt 94. †92

**Klempnerei** mit guter Kundschaft (Frau im Krankenhause), allein zu schwer, sofort verkäuflich. Erfragen Mittelstädt, Stolpischestraße 56, Ecklokal. †92

**Kolonialwaren-,** Obst- und Gemüse-Geschäft sofort billig zu verkaufen. K. G. 5 Postamt 58. †103

**Eckdestillation** S., altes Geschäft, Miete 204,—, Umsatz 30 Halbe, Preis 3400,— Mark. Näheres 1569 Vollrath, Co., Elsasserstraße 21. 751R

**Kolonialwarengeschäft** NW., drei Jahre bestehend, Miete 1300,—, Umsatz zirka 80,—, Preis 2200,— Mark. Näheres 2237 Vollrath Co., Elsasserstraße 21, Filiale Breslau, Karlstraße 7. 752R

**Restaurant,** 15 Jahre bestehend NO., Miete 1600,—, Umsatz 400,—, Preis 1800,— Mark. Näheres 227 Vollrath Co., Elsasserstraße 21. 753R

**Parteilokal,** gutgehend, billige Miete, schöne, anschließende Wohnung, sechs Jahre in letzter Hand, preiswert zu verkaufen Admiralstraße 18.

**Schankgeschäft,** große Räume, anschließende Wohnung, guter Ausschank in Bier, viel Spirituosen, passend für Parteigenossen, billig zu verkaufen. Auskunft Peschel, Schliemannstraße 6.

**Ecklokal,** gutgehend, anderer Unternehmungen halber sofort zu verkaufen. Erfragen Stolpischestraße 56, Lokal. †92*

### Möbel.

**Teilzahlung.** Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanien-Allee 49. *

**Verliehen** gewesene Möbel, noch ganz neu! Kleiderschrank 27, englische Bettstelle mit guter Staubschutzmatratze 45, Ausziehtisch 17, Schlafsofa 39, moderne, bildschöne Küchen, komplett 62 Mark! Lothringerstraße 26, Aufbewahrungs-Speicher. 1783b*

**Speisezimmer,** Eiche, komplett 725, sofort Lothringerstraße 26, Aufbewahrungs-Speicher. 1784b*

**Herrenzimmer,** Eiche, komplett 480, sofort Lothringerstraße 26, Aufbewahrungs-Speicher. 1785b*

**Schlafzimmer,** komplett 240, gute Arbeit Lothringerstraße 26, Aufbewahrungs-Speicher. 1786b*

**Salon,** gute Arbeit, entzückend, 500, sofort Lothringerstraße 26, Aufbewahrungs-Speicher. 1787b*

**Mehrere** Einrichtungen 150, 225, 300, 380, 450—1500 Mark, sonst zirka der doppelte Wert, sofort Lothringerstraße 26, Aufbewahrungs-Speicher. *

**Federbetten,** breiter Stand, 18 Mark, Bettstelle mit Federmatratze 28. Neue Königstraße 29, vorn I rechts.

**Möbelverkauf!** Durch günstigen Einkauf selten billig, auch Teilzahlung. Besichtigung erbeten. Kastanien-Allee 58. 406R*

**Krautstraße** 50, Möbel, Spiegel, Polsterwaren. Verkauf Möbelspeicher Hof 2 Etagen. Besichtigung für Möbelsuchende ohne Kaufzwang lohnend. Preise bekannt billig. Saalfeld, Krautstraße 50. 1919b*

**Todesfallshalber** spottbilliger Möbelverkauf. Arndt, Grünerweg 72.

**Bettstelle** für 6 Mark verkauft Becker, Reichenbergerstraße 123. †9

**Verkaufe** mein neues Speisezimmer, eichen, komplett 600,00, oder mein niedliches Herrenzimmer für 530,00. Beide Zimmer fast neu. Gaskrone, piksfeine Küche, Portieren billigst. Chausseestraße 52, vorn II, Fräulein Bölling. 1918b

**Räumungsverkauf!** Zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel sollen vom 5. bis 9. Mai zu außergewöhnlich billigen Preisen verkauft werden. Darunter hochelegante Garnituren von 100,— an, Kleiderspind 24,—, Vertiko 28,—, Ausziehtisch 16,—, Bettstellen mit Matratzen 19,—, Waschtoilette 20,—, elegante Taschensofas, Büfetts staunend billig, Herrenschreibtisch 28,—, moderne Küchen von 38,— an. Lagerung und Transport frei. Stargardts Möbelfabrik und Speichereien, Dresdenerstraße 107/108. Auch Sonntags geöffnet. 253/6

### Fahrräder.

**Herrenfahrrad,** Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 212R*

**500** gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Sämtliche Marken und Systeme, Brennaboräder, Dürkopräder, Opelfahrräder, Wandererräder, Adlerfahrräder. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher. Machnow, jetzt Weinmeisterstraße 14. *

**Fahrräder,** Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

**Fahrräder,** Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Skalitzerstraße 40. 320R*

**Lauf decken** 2,50, Garantieschläuche 2,00, Herrenräder (Garantieschein), Doppelglockenlager 50,00, Damenräder 60,00. Merkau, Ritterstraße 94.

**Herrenfahrrad,** fast neues, ganz billig. Gubenerstr. 16, zweites Quergebäude I. †52*

**Halbrennerrad** und Damenrad, kurze Zeit benutzt, 85,00. Große Frankfurterstraße 14, Quergebäude, Keller.

**Herrenfahrrad,** hochelegantes, Schulden angenommen, Witwe, Neue Schönhauserstraße 1a II. †63*

**Herrenfahrrad,** nagelneues (Garantieschein), krankheitshalber jeden Preis. Exerzierstraße 25, III links.

**Herrenluxusrad,** Garantieschein, aufgabehalber dringend verkäuflich. Kolbergerstraße 14 III links. 1920b

**Halbrennerrad,** hochschick, verkauft spottbillig Schellhase, Strausbergerstraße 15, Milchgeschäft. †33

**Fahrräder,** auch defekte, zahle allerhöchsten Preis, Kraus, Wallstraße 61. 1906*

## Verschiedenes.

**Patentanwalt Wessel,** Gitschinerstraße 91a. 2555R*

**Lernt** die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

**Kunststopferei** von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

**Wer** ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4375. 145R*

**Komiker** billig, wohnt Köpenickerstraße 147, Schwartz. 1925b

**Pfandleihe** Markusstraße 27. *

**Achtung!** Kaufe Lumpen, Eisen und Metalle. Produktenhandlung Liebenwalderstraße 15, Skalitzerstraße 125. †81*

**Tischler** Andreas Brüstle wird ersucht, seine Adresse umgehend seinem Freunde E. Kräuter in Freiburg i. B. mitzuteilen. 754R

**Die** Beleidigung gegen das Ehepaar Scholz, Swinemünderstraße 81, nehme hiermit zurück. Mehlafe, Exerzierstraße 1a. †63

## Vermietungen.

### Wohnungen.

**Billige** Wohnungen, 1, 2 und 3 Stuben, mit und ohne Bad, reichliches Nebengelaß. Mariendorf, Bergstraße 15. Näheres daselbst oder (III 596). 267/13

### Zimmer.

**Möbliertes** Zimmer vermietet Schmidt, Gothenstraße 35 vorn III.

**Möbliertes** Zimmer, desgleichen Schlafstelle. Sondereingang. Mücksch, Weberstraße 39, an Landsberger, fünf Minuten Alexanderplatz. 1891b*

**Möbliertes** Zimmer zu vermieten Pannierstraße 27, 1. Etage links.

### Schlafstellen.

**Schlafstelle** (Herrn) vermietet Wolke, Gitschinerstraße 78, III.

**Möblierte** Schlafstelle für Herrn, sofort oder später, Strübig, Löwestraße 6, Quergebäude IV. 1905b

**Möblierte** Schlafstelle für einen Herrn, separater Eingang, Annenstraße 23, Quergebäude III links.

**Separate** Schlafstelle für 2 Herren Plehn, Kolbergerstraße 27, vorn I.

### Mietsgesuche.

**Junger** Mann sucht per 15. möbliertes Zimmer (Süden, Südosten). Andresen, Wißmannstraße 13, I.

## Arbeitsmarkt.

### Stellenangebote.

**Presser** verlangt Kristan, Charlottenstraße 7. 1908b

**Grundlocher** verlangt Kristan, Charlottenstraße 7. 1909b

**Granit**-Schrifthauer Ackerstr. 38.

**Gesucht** für sofort ehrliche Frau oder Mädchen für drei kleine Kinder, Immanuelkirchstraße 30, Quergebäude II links. †67

**Älteres** Schulmädchen für nachmittag zu zwei Kindern gesucht Wilhelm-Stolzestraße 26 IV, Quergebäude. †52

**Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.**

**Möbellederfabrik**
sucht **jungen, tüchtigen Färber,** der in Herstellung von **antiken Rind- und Schafledern** durchaus erfahren ist, per sofort bei **gutem Lohn** und **dauernder Stellung** zu engagieren.
Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an **Eugen Singer & Co., Waldheim i. Sa.** erbeten. *

---

**Achtung! Achtung!**

# Klavierarbeiter!

Wegen enormer Lohnabzüge haben die Kollegen der Fabrik **Neukeld** die Arbeit niedergelegt. Wegen dieser Differenz ist auch der Zwischenmeisterbetrieb von **E. Schlenner,** Rixdorf, Pflügerstr. 52, gesperrt.

Zuzug ist streng fernzuhalten!

**Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter.** *

---

# Stukkateure!

Nur die Firmen **Jos. Junkersdorf** und **Karl Caspary** belieben, daß in ihren Betrieben eine länger als einen Tag dauernde Maifeier platzgreift. Wir erwarten von allen Kollegen so viel Solidarität, daß Arbeitsangebote dieser Firmen so lange abgewiesen werden, bis die Gemaßregelten melden, daß sie ihre alten Arbeitsplätze wieder eingenommen haben.

Hoch die Solidarität! 173/7

**Die Ortsverwaltung der Fil. Berlin d. Zentralverbandes der Stukkateure.**

---

### Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

**Zentrum:**
**Fritz Linke,** Mauerstr. 89.
**A. Hahnisch,** Auguststr. 50.

**Westen:**
**G. Schmidt,** Kirchbachstr. 14.

**Osten:**
**W. Mann,** Petersburgerplatz 4.
**R. Wengels,** Rüdersdorferstr. 8.
**Gustav Vogel,** Koppenstr. 83.

**Nordosten:**
**L. Zucht,** Immanuelkirchstr. 12.
**J. Neul,** Barnimstr. 42.

**Norden:**
**H. Raschke,** Ackerstr. 36.
**F. Trapp,** Stettinerstr. 10.
**Karl Mars,** Lychenerstr. 123.
**Karl Weihe,** Nazarethkirchstr. 49.
**L. Dechand,** Ruheplatzstr. 24.
**H. Vogel,** Lortzingstr. 37.
**R. Tietz,** Invalidenstr. 124.

**Nordwesten:**
**Karl Anders,** Salzwedelerstr. 8.
**W. Schrolle,** Gotzkowskystr. 29.

**Südwesten:**
**H. Werner,** Gneisenaustr. 72.
**H. Schröder,** Hagelbergerstr. 27.

**Süden:**
**St. Fritz,** Prinzenstr. 31.
**F. Gutschmidt,** Kottbuser Damm 8

**Südosten:**
**Paul Böhm,** Lausitzer Platz 14/15.
**P. Horsch,** Engel-Ufer 15.

**Charlottenburg:**
**G. Scharnberg,** Steinheimerstr. 1.

**Friedrichsberg:**
**O. Seifel,** Kronprinzenstr. 50.

**Rixdorf:**
**M. Heinrich,** Neckarstr. 7.
**Conrad,** Hermannstr. 50.

**Rummelsburg:**
**A. Rosenkranz,** Alt-Borbagen 56.

**Schöneberg:**
**Wilh. Bäumler,** Martin Lutherstr. 51.

**Weißensee:**
**K. Fuhrmann,** Sedanstr. 105.
**Jul. Schillert,** König-Chaussee 39a.

**Reinickendorf:**
**P. Gurich,** Provinzstraße, Ecke Grünerweg.

**Treptow:** 245/2*
**R. Gramenz,** Miethstr. 412.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.